

Die Politische Meinung

AUTORITÄT

—
Wer bestimmt und warum?

ZUM SCHWERPUNKT Tilman Allert, Überlegenheit verpflichtet. Autorität und Eliten; Eva-Maria Ziege, Gehorsame Rebellen; Norbert Lammert, Souveräne Repräsentation; Amelie Duckwitz, Wie viel Autorität verleihen 100.000 Follower?; Ina Schaede, Politische Ikonographie in Russland

INTERVIEW Matthias Herdegen über die Autorität des Rechts in den internationalen Beziehungen

SOZIALFIGUREN Gina Atzeni, Die Sozialfigur des Arztes in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen; Annekathrin Kohout, Wie Influencer zu Autoritäten werden

IMPULSE Ahmad Mansour, Über das Ankommen in einer freiheitlichen Gesellschaft

ERINNERT Norbert Seitz, Vom Nimbus der Friedensbewegung



Stéphanie Frappart (links), Niclas Füllkrug (rechts). Die französische Schiedsrichterin pfißt am 1. Dezember 2022 in Katar als erste Frau ein Fußballweltmeisterschaftsspiel der Männer (Gruppenspiel Costa Rica gegen Deutschland).

Foto: © picture alliance / sampics / Stefan Matzke

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Schiedsrichter ans Telefon! Verwünschungen gegen Referees haben Tradition, und doch kommen selbst Ultras nicht daran vorbei, dass es auf dem Platz jemanden geben muss, der die Regeln um- und Grenzen setzt. Zeternd und maulend fügen sich am Ende auch millionenschwere Profispieler und Trainer dem Mann oder der Frau mit Pfeife. Ist der Schiri womöglich die einzige intakte Autorität?

VW-Vertuschung, RBB-Reibach, MdB-Maskendeals, die Kaili-Katar-Connection im Europäischen Parlament oder die Öko-Schwesternwirtschaft beim BMWK – sämtlich Beispiele für die (Selbst-)Beschädigung gesellschaftlicher Instanzen. In Köln sitzt ein Kardinal und Erzbischof ziemlich allein zu Hause, selbst der Bundespräsident musste nach der „Zeitenwende“ um Glaubwürdigkeit ringen.

Aus guten Gründen ist der Gedanke an Autorität in der Nachkriegszeit infrage gestellt worden, doch zeigt sich längst bis ins Alltägliche, dass es auch nicht ohne sie geht. Wenn Lehrkräfte sich in der Klasse bisweilen nicht mehr sicher fühlen und vor Schülern fürchten, dann kann dies keine gute Entwicklung sein. Dass Gewalt gegen die Polizei und Rettungsdienste zunimmt, ist ebenso wenig hinnehmbar.

Autoritätsverluste hinterlassen brisante Leerstellen, in die Populisten mühelos eindringen. Überspitzt: Wo es an Autorität fehlt, kommen die Autoritären. Gänzlich antiautoritär versuchen sie zu zerstören, was an Autorität geblieben ist, und tragen gleichzeitig eine libidinöse Autoritätssehnsucht vor sich her, die – wie zu befürchten – nur Unterwerfung bedeuten kann.

Die Begriffe „Autorität“ und „autoritär“ unterscheidet nur ein Buchstabe. Wer sich mit ihnen befasst, betritt heikles Terrain. Und doch kommt man nicht umhin, sich dem zu stellen, wenn es darum geht, die gewiss nicht unbeträchtlichen Akzeptanz- und Vertrauensreserven der Demokratie zu mobilisieren und zu stimulieren. Appelle zum Guten und Warnungen vor den Bösen sind dagegen wohlfeil und kontraproduktiv. Dazu bedürfte es einer Autorität, die es in den Augen derjenigen, die vor allem zu erreichen wären, nicht mehr gibt.

Der Aufruf zum Zusammenhalt aller Demokraten überdeckt so lange eigene Verantwortlichkeiten, wie die Gründe für Glaubwürdigkeitsverluste reflexhaft nur in der mangelnden Einsicht anderer gesucht werden. Mit Autorität gewinnt man andere, wenn es auch als Aufruf an sich selbst verstanden wird – ohne ängstliches Ducken gegenüber der Wucht des Misstrauens, aber auch ohne die Entrückung in die Schwerelosigkeit moralischer Überlegenheit.

Bernd Löhmann

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Autorität – wer bestimmt und warum?

16 ÜBERLEGENHEIT VERPFLICHTET

Tilman Allert

Autorität und Autoritätszerfall politischer Eliten

23 GEHORSAME REBELLEN

Eva-Maria Ziege

Der „autoritäre Charakter“ in der Gesellschaft ohne Zentrum

28 SOUVERÄNE REPRÄSENTATION

Norbert Lammert

Autorität und Mandat

37 STAATSAUTORITÄT

Judith Froese

Zur Akzeptanz von Recht und Ordnung

46 MEHRHEITSFÄHIG?

Thomas Petersen

Über tatsächliche und angemaßte Autorität

55 AUF DIE DOSIS KOMMT ES AN

Dieter Thomä

Demokratien brauchen Autorität, die Frage ist nur, wie viel

61 (SICH SELBST) VORBILD SEIN?

Jürgen Nielsen-Sikora

Über Autoritäten in einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft

70 AUTORITÄTSVERWEIGERER

Felix Neumann,
Friederike Engelbrecht

Einblick in die Reichsbürger-, Esoterik- und Querdenkerszene

77 GELIKED

Amelie Duckwitz

Wie viel Autorität verleihen 100.000 Follower?

90 KRIEG ALS REALITYSHOW

Tamina Kutscher

Die manipulative „Autorität“ der Lüge in russischen Staatsmedien

96 WLADIMIR WIRKT

Ina Schaede

Politische Ikonographie in Russland

101 INTERVIEW: GROSSE ERNÜCHTERUNG

Völkerrechtler Matthias Herdegen über die Autorität des Rechts in den internationalen Beziehungen

Sozialfiguren

33 KOMMUNALPOLITIK UNTER DRUCK

Miriam Marnich

Über das Ansehen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Krisenzeiten

52 ZWISCHEN BÜRGERPOLIZEI UND FEINDBILD

Stefan Goertz

Polizeibeamte und Autorität

65 DER GUTE ARZT

Gina Atzeni

Die Sozialfigur des Arztes in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen

74 NGUYENS KACHELN

Annekathrin Kohout

Wie Influencer zu Autoritäten werden

86 BEGLEITER UND VORBILDER

Barbara Nolte

Autorität bei Erzieherinnen und Erziehern in Kindertagesstätten

Impulse

42 EMOTIONALE INTEGRATION

Ahmad Mansour

Über das Ankommen in einer freiheitlichen Gesellschaft

82 HALTLOSE KINDER

Sascha Dümig

Zur Notwendigkeit institutioneller Autorität in Erziehung und Bildung

Erinnert

107 PERVERSION VON FRIEDEN

Norbert Seitz

Vom Nimbus der Friedensbewegung

121 1923: WEG NACH PAN-EUROPA

Paul Michael Lützeler

Richard Coudenhove-Kalergis Traum von einer demokratischen, Frieden stiftenden Weltmacht (Teil II)

Gelesen

113 WO SITZT DIE MACHT?

Burkard Steppacher

Zur Visualisierung von Autorität im Parlamentarismus

Grundsätzlich

117 „DER STAAT IST FÜR DEN MENSCHEN DA“

Gisela Meister-Scheufelen

Zum Verhältnis von Bürger und Staat

126 AUS DER STIFTUNG



Obacht?

Bis hierhin und nicht weiter, markieren weiß-rot gestreifte Kunststoffbänder.
Meist ist die Warnung hilfreich, bisweilen aber im Höchstfall gut gemeint.
Dann gebietet es die Selbstachtung, ihre Geltung nicht unhinterfragt zu lassen.

In der Fotostrecke „Signal fatal“ dokumentiert die Fotografin Marion Hammer
öffentliche Orte, an denen Absperrbänder weit mehr Verwirrung als
Wegweisung schaffen.

Ein souveräner Umgang mit den Störungen des Alltags sieht anders aus.
So billig lassen sich Lenkungswirkungen nicht herbeireglementieren.

Erst recht in orientierungsbedürftigen Zeiten geht es um klare Handlungsschritte
und transparente Ziele. Dann kann selbst ein Flatterband zur Instanz werden.

© Marion Hammer

Autorität

—

Wer bestimmt und warum?









ANTIFA - 4012

420
100
100





Überlegenheit verpflichtet

—
Autorität und Autoritätszerfall politischer Eliten

TILMAN ALLERT

Geboren 1947 in Lübbecke, emeritierter Professor für Soziologie und Sozialpsychologie mit dem Schwerpunkt Bildungssoziologie, Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Autorität ist *anerkannte* Überlegenheit, nicht etwa *erzwungene* Überlegenheit. Diese knappe Umschreibung lässt kaum erahnen, dass der Begriff eine komplexe Wechselwirkung zwischen Akteuren erfasst. Autorität impliziert eine Verhältnismäßigkeit. Sie bezieht sich auf eine Konstellation voneinander abhängiger

Personen, bezogen auf etwas Drittes, auf ein individuelles Vermögen, eine Fähigkeit, eine Expertise. Systematisch betrachtet, impliziert Autorität ein asymmetrisches Verhältnis, das allein kraft der eingebauten unterschiedlichen Handlungschancen fragil ist. Autorität wird zugeschrieben, jedoch nicht auf immer und ewig, sie ist kein Adelsprädikat. Autorität wird erworben,

sie steht unter Bewährungszwang. Autorität stiftet Anerkennung nicht nur dem Überlegenen – vielmehr bildet sie die Grundlage für eine Selbstanerkennung desjenigen, der Autorität zuschreibt. Einem Deppen oder einem Tyrannen Anerkennung zu zollen, würde einen zum Sklaven von Dummheit oder von Gewalt machen; darauf hat bereits Hannah Arendt hingewiesen. Autorität erkennt an, wer sich frei fühlt, Überlegenheit zuzulassen, ja hierin sogar eine Grundlage des eigenen Wertgefühls sieht.

Was hier allgemein und einleitend aufgeschlüsselt wird, gilt erst recht für Voraussetzungen und Folgen von Autorität im politischen Raum. Die Anerkennung, die eine Bevölkerung der politischen Elite zuschreibt, unter der Prämisse, deren Tätigkeit sei sachorientiert, umsichtig und verantwortungsvoll, umschließt mehr als den Respekt vor der *Ausübung* eines Amtes. Sie gilt vielmehr einer spezifischen Performanz in der Ausübung des Amtes. Auch im politischen Raum gilt, dass die Anerkennung der Überlegenheit der Entwicklung eines Selbstwerts der Bevölkerung, des Souveräns, zugutekommt.

PARADOXIEN DES MODERNEN LEBENS

Autorität meint keineswegs ein Relikt aus vergangenen Zeiten. Es handelt sich um eine Zuschreibung, mit der Macht und Reputation verbunden sind und die deshalb auch für die Sozialordnung moderner Gesellschaften unverzichtbar ist. Zweifellos nimmt die Bereitschaft, Überlegenheit anzuerkennen, in dem Maße ab, in dem berufsspezifische Kooperation in den Arbeitsvollzügen der modernen Gesellschaft allen Bürgern autonome Gestaltung, Selbstständigkeit und Kooperativität abverlangt. Keineswegs verschwindet Autorität; allerdings haben sich die Bedingungen für die Anerkennung von Überlegenheit verändert. Die Gütekriterien, mithin die Bewährungskriterien, sind andere als zu Zeiten traditionaler Herrschaft und einer nicht hinterfragten Autoritätszuschreibung, gar einer mit Gewalt durchgesetzten. Zu den Paradoxien des modernen Lebens zählt, dass Autorität zugleich gewünscht und bestritten wird. Es wäre deshalb abwegig, Autoritätsschwund als Anfang einer sozialen Erosion zu deuten, die in Chaos und Anomie enden müsse. Vielmehr kommt es darauf an, Voraussetzungen und Folgen von Anerkennungsentzug zu untersuchen.

Um im engen Raum einer Skizze die Beziehung zwischen Überlegenem und Unterlegenen, also denjenigen, die eine Überlegenheit zuschreiben, genauer bestimmen zu können, greifen wir auf eine analytische Unterscheidung aus der Soziologie Max Webers zurück. Sie bemüht die begriffliche Trias von Motiven, Sinn und Konstellation. Das sei hier nur kurz entworfen und auf den Bereich des Handelns von politischen Eliten eingegrenzt: Von sozialen Beziehungen sprechen wir *erstens*, wenn sich Akteure begegnen, die auf eine gegebene Situation handelnd, das heißt mit Motiven ausgestattet, antworten.

Menschen handeln motivgesteuert. Motive, *zweitens*, haben einen Sinnbezug, sind grundsätzlich verstehbar, sogar in Fällen, bei denen Sinnbezüge des eigenen Tuns dem Handelnden selbst verschlossen bleiben. Und schließlich *drittens*: Handeln lässt Konstellationen entstehen, die in ihrer sozialen Komplexität die individuellen Motive transzendieren. Autorität als anerkannte Überlegenheit bezeichnet demnach eine komplexe soziale Konstellation unter Personen, die Autorität verkörpern, beziehungsweise Personen, die Autorität zuschreiben.

In der modernen Gesellschaft entsteht die Anerkennung von Überlegenheit weitgehend auf der Grundlage erwiesener Kompetenz, beschränkt auf die zentralen Funktionsbereiche der Gesundheitsvorsorge, der Rechtskonformität und der Sicherung psychosozialer Integrität der Person. Gemeint sind zunächst Gesundheitsberufe, Rechtsberufe, Berufe, die ihre Kompetenz der Gewährleistung beziehungsweise Wiederherstellung von Handlungsfähigkeit widmen. Professionen übernehmen gegenüber ihren Klienten eine stellvertretende Krisenlösung. Sie sind in ihrer Funktionsausübung über ein Kompetenzmonopol, zumeist begründet auf wissenschaftlicher Rationalität, ausgewiesen und beanspruchen von daher eine Autorität. Professionen bilden eine Sondergruppe in der Arbeitswelt, deren Tätigkeit systematisch eine Überlegenheit gegenüber den Laien impliziert. Autorität ist gebunden an erworbene funktionsspezifische Expertise.

In Stellvertretungsberufen, wie bei dem Arzt oder der Anwältin, dem Priester oder der Therapeutin, aber auch der Architektin oder dem Künstler, entsteht qua Expertise ein Abhängigkeitsverhältnis zum Laien, eine Überlegenheit, die als solche anerkannt wird, in dem Maße, in dem das Leistungsversprechen eingelöst wird: wiederhergestellte Gesundheit, Rechtsfrieden, moralische Stimmigkeit oder, im Falle der Kunst, Erweiterung der Realitätswahrnehmung. Selbstredend zählen auch pädagogische Berufe zu den Tätigkeiten mit einer gleichsam eingebauten, inhärenten Autorität.

POLITIK IST KEIN AUSBILDUNGSBERUF

So einfach sich aus einer idealtypischen Perspektive die Autorität in den sogenannten klassischen Professionen darstellt, so kompliziert erweist sich die Situation im Fall der politischen Professionen. Die Funktionsausübung ist zwar vergleichbar – stellvertretende Lösung von Krisen der Gerechtigkeit sowie von Krisen des nationalgesellschaftlichen Miteinander zählen zu den vorrangigen Aufgaben von „Politik als Beruf“ (Max Weber) –, hingegen unterscheiden sich Kompetenzprofil und Bewährungskriterien erheblich voneinander. Politik ist kein Ausbildungsberuf. Stellvertretend für Sorgen und Nöte des Souveräns einzutreten, ist keine Sache für Spezialisten, vielmehr für „Generalisten“, so eine Formulierung des Bundeskanzlers Helmut Kohl.

Das Professionalitätsprofil des Politikers ermutigt, begünstigt und toleriert eine einzigartige Heterogenität von Begabungen. Die von Max Weber in seinen ebenso weltgeschichtlichen Analysen wie zeitgeschichtlichen Beiträgen herausgestellte Fachgeschultheit als eine Signatur der modernen Gesellschaft ist im Fall der Politik spezifisch gebrochen. Diplome, Kompetenznachweise kennt das politische Handeln nicht. Politische Professionalität kennt den legitimen Dilettantismus als Rekrutierungskriterium. Politik meint eine Aktivität, die man Leuten anvertraut in der Erwartung, dass sie stellvertretend kollektive Interessenlagen vertreten. Politik als Beruf spielt unter den professionalisierten Dienstleistungen eine besondere Rolle, es ist Dilettantentätigkeit und darin gerade legitim, nicht etwa deviant. Aber nicht nur das: Politische Eliten relativieren, so wäre zu ergänzen, ihr Engagement durch die gleichzeitige Rücksichtnahme auf übergreifende und somit ihr Handeln einschränkende Verbindlichkeiten – die Bürgermeisterin auf die Interessen der Nachbargemeinden, der Ministerpräsident auf das Ensemble der Länder, der Kanzler auf die Interessen konkurrierender Nationalgemeinschaften und so weiter.

VORPROGRAMMIERTE UNVORHERSEHBARKEITEN

Max Weber umschrieb das Kompetenzprofil des Politikers mit folgenden drei Qualifikationen: „Leidenschaft im Sinn von Sachlichkeit: leidenschaftliche Hingabe an eine ‚Sache‘. Denn mit der blossen, als noch so echt empfundenen Leidenschaft ist es freilich nicht getan. Sie macht nicht zum Politiker, wenn sie nicht, als Dienst an einer Sache, auch die Verantwortlichkeit gegenüber dieser Sache zum entscheidenden Leitstern des Handelns macht. Und dazu bedarf es [...] des Augenmaßes, der Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen: also der Distanz zu den Dingen und Menschen.“

Mit dieser historischen Errungenschaft einer prinzipiellen Offenheit des Zugangs zum politischen Amt sind Unvorhersehbarkeiten vorprogrammiert – und die Voraussetzungen für die Anerkennung von Überlegenheit komplexer. Im Blick auf die strukturelle Offenheit des politischen Raums, die nahezu uneingeschränkte Zugänglichkeit zu Ämtern und Funktionen, die zu erwerben ohne spezifische Diplome für jedermann zugänglich sind, entsteht eine Anerkennungsproblematik unabhängig von den Personen, Kehrseite der Rekrutierungsoffenheit. Weber diskutiert daraufhin Vorläuferkompetenzen, die von ihrer typischen Qualifikation her für „Politik als Beruf“ relativ geeignet erscheinen und somit auf a) Strittigkeit und b) Kooperationsnotwendigkeit und c) Distanz zu Dingen und Menschen relativ angemessen vorbereitet sind: Neben dem fachgeschulten Beamtentum, das historisch überhaupt den Durchbruch zu einer vergleichsweise korruptionsimmunen Rekrutierung

und Praxis der politischen Elite ermöglicht hat, unterscheidet er mit den Journalisten, den Anwälten sowie der *Gentry* (dem niederen [englischen] Adel) idealtypisch drei Stände, die auf unterschiedliche Dimensionen des politischen Handelns vorbereiten. Gemeint sind Kompetenzvoraussetzungen, wie die Redekunst im Falle des Journalismus, die Streitfähigkeit im Falle der Rechtsberufe sowie die Unabkömmlichkeit im Falle der *Gentry*, eines Milieus, das in Webers Worten von den wirtschaftlichen Grundlagen der eigenen Existenz her auf die Alimentation durch „Politik als Beruf“ nicht angewiesen ist und somit „für“ und nicht etwa „von“ der Politik leben kann.

KOMPROMISS STATT KLARE KANTE

Webers historischer Diagnose lassen sich nun Kriterien für eine allgemeine Bestimmung des Kompetenzprofils einer politischen Elite entnehmen: Sie verfügt über die Fähigkeit, für Belange und Interessen stellvertretend streiten zu können, begründen zu können, kooperieren zu können.

Doch das Problem der Anerkennung von Autorität politischer Eliten beginnt genau hier.

Urteile über die Leistungseffizienz der politischen Eliten spiegeln die legitimen Erwartungen des Volkes als dem Souverän wider. Wie das Versprechen, sich für die Belange des Landes einzusetzen, dem Vaterland zu „dienen“, so Angela Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung, eingelöst wird, wird von der Bevölkerung sorgfältig verfolgt, in die politische Arena übersetzt und zum Kampf unter politischen Kontrahenten gebündelt. Der Streit ist agonial, rhetorisch deshalb enorm vereinfacht; ungeachtet der sachlichen Komplexität der Themen geht es um Macht und somit um Gestaltungsvorrechte. Über was in Wahlkämpfen gestritten wird, erscheint in grellen Szenarien unversöhnlicher Gegensätze – hier entstehen Rhetoriken der Vereinfachung, wie etwa das seit einiger Zeit beliebte „klare Kante“.

Der politische Betrieb in komplexen, differenzierten Gesellschaften kennt jenseits der strategischen Zuspitzung die wechselseitige Verpflichtung auf eine Kompromisskultur, die zwar nicht überall gleichermaßen selbstverständlich wirksam ist, aber auch die Kontrahenten in ihrem Streit produktiv aneinanderbindet. Die Erfahrung, das historisch gewachsene institutionalisierte Gefüge der politischen Ordnung sei hinreichend stabil, um Staat und Gesellschaft gegenüber den Auswüchsen persönlicher Idiosynkrasien ihrer Leader, Präsidenten oder Landesherren zu schützen, zählt zum verlässlichen Prozedere. Schließlich sorgen die Gewaltenteilung sowie das Zusammenwirken der Verfassungsorgane, deren Logik man über Jahrzehnte der Bewährung vertrauen konnte, für eine Zuversicht in das „Und-so-weiter“, das *muddling through* des politischen Betriebs. Diese Konstellation voneinander abhängiger Elemente sorgt für eine relative Elastizität, für ein *cooling out*, eine Abkühlung

der Debatte – der Kompromiss ist in den meisten demokratischen Regierungssystemen eingebaut. Just auf dieser personenunabhängigen Gestalt des politischen Lebens gründet der Stolz einer Nation. Stolz auf Prozeduren und Verfahrenslogiken, in lange zurückliegenden Kämpfen gegen Widerstand errungen und Ausdruck einer Entschlossenheit, die eigenen Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und Stellvertretern zu überlassen, denen man eine zeitlich befristete Zuständigkeit und Kompetenz einräumt. Nur Fundamentalisten und moralische Rigoristen stoßen sich daran, dass unter der Bedingung eines dynamischen Gleichgewichts der Fortschritt nicht mehr als eine Schnecke sein kann. Das Prozedere sorgt nicht nur für Nüchternheit, vielmehr sind es die in Verfassungsordnungen geronnenen historischen Erfahrungen, die Menschen unterschiedlicher Milieus und unterschiedlicher Berufe dazu ermutigen, Politik als Beruf zu wählen und Gestaltungsaufgaben zu übernehmen.

EROSION VON AUTORITÄT

Damit sind wir bei der Frage nach den spezifischen Voraussetzungen für Autoritätszuschreibung im politischen Raum. Steht zu befürchten, dass das historisch gewachsene Gefüge der Ordnung seine Widerstandskraft gegenüber der Laune und Willkür der Machthaber zu zerbröseln beginnt? Zeichnet sich mit dem Auftreten von Politikern wie Trump, Putin, Erdoğan ein Gestaltwandel des politischen Prozesses ab, der für die Zukunft Schlimmes befürchten lässt? Worin zeigt sich in modernen Gesellschaften die Autorität politischer Eliten? Welches sind die Angemessenheitskriterien und, anders gefragt: Wo liegen die Devianzpotenziale in der Ausübung von „Politik als Beruf“? Wodurch wird anerkannte Überlegenheit gefährdet?

Für die Antwort auf die Frage nach den Bedingungen von Anerkennungsentzug bieten sich zwei Erklärungen an. Die eine entsteht infolge einer bereits von Max Weber diagnostizierten Devianz: Eitelkeit und Selbstüberschätzung der Amtsinhaber. Diese Form der Erosion von Autorität geht letztlich auf die in Elitepositionen gleichsam eingebaute Verführung zurück, sich als Amtsinhaber einer Bewährungsverpflichtung entzogen zu glauben. In dem Maße, in dem die politische Elite ihre nur transitorische Funktionsausübung „vergisst“, sich für allzuständig hält und darüber hinaus der institutionell vorgesehenen Kooperation entzogen glaubt, verspielt sie die Grundlage ihres Status, und an die Stelle der Vertretung der Sache, eines Anliegens, treten die Distanzlosigkeit und Selbstpflege.

Eine zweite Möglichkeit, die Anerkennung von Überlegenheit zu verspielen, entsteht dann und dadurch, dass die institutionelle Komplexität, die Komplexität der Entscheidungsprozesse im politischen Raum, nicht mehr artikuliert wird. Autorität im politischen Raum entsteht nicht, wenn jemand

in seinem Amt einen guten Job macht. Autorität entsteht ebenso wenig auf der Grundlage einer erfolgreichen Lobbyarbeit, also der erfolgreichen Durchsetzung von Partikularinteressen. Autorität genießt, wem es gelingt, a) in der Ausübung des Amtes die Relativität der eigenen Perspektive gegenüber konkurrierenden Interessen zu berücksichtigen sowie b) die historischen Voraussetzungen, die Entstehungsgeschichte der eigenen Position in Erinnerung zu rufen und von daher die Gebundenheit des eigenen Handelns zum Ausdruck zu bringen. In diesem Sinne erlangt Autorität diejenige politische Performanz, die über die schlichte Funktionsausübung hinausweist und die somit den Unterlegenen, die Bevölkerung, den Souverän auf just das Urteilsvermögen verpflichtet, das ihm oder ihr nur stellvertretend einzulösen obliegt. Autorität wird denjenigen zugeschrieben, die insofern in ihrem eigenen Handeln die Klugheit und Urteilsfähigkeit des Souveräns unterstellen. Darin läge gerade die Kunst des politischen Handelns: Es verlangt Strittigkeit und Kampf (Max Weber) und tendiert von daher zu Komplexitätsreduktion, zur Vereinfachung der Dinge. Menschen sind hingegen bereit, Überlegenheit anzuerkennen, wenn sie nachvollziehen können, dass der Streit den Gegner nicht zum Feind macht und dass das Bemühen um Frieden und Gerechtigkeit übergreifendes Ziel für die Streitenden bleibt.

Die genannten Bedingungen eines Autoritätsschwunds können ineinandergreifen. Entscheidend hierfür ist das Differenzierungsvermögen des politischen Journalismus. Im Sinne der oben ausgeführten Dimension der Stellvertretung übernimmt der Journalismus die stellvertretende Evaluation der Leistung politischer Eliten. In dieser Berufsgruppe, eingeschlossen der Amateurjournalismus in Gestalt der sogenannten sozialen Medien, zeichnet sich ein ähnliches Bild ab: Professionell erzwingt die Aktualitätsverpflichtung den Journalismus zur Komplexitätsreduktion, zur Skandalisierung, zur Vereinfachung, zur Offenlegung von Fehlern und Devianzen – eine der Aktualität gegenläufige Verpflichtung schreibt hingegen dem Journalismus vor, wahrheitsgetreu sowie in Konformität gegenüber den Maximen einer auf Gewaltenteilung und Freiheitsrechten beruhenden öffentlichen Ordnung zu berichten. So betrachtet, sind Autoritätsanspruch und Autoritätsschwund politischer Eliten in hohem Maße abhängig von der Qualität des massenmedial vermittelten Effizienzurteils. Nicht zu Unrecht werden die verschiedenen Medien des Journalismus als die „vierte Gewalt“ bezeichnet. Das auszuführen, wäre allerdings ein weiterer Schwerpunkt.

Gehorsame Rebellen

Der „autoritäre Charakter“ in der Gesellschaft ohne Zentrum

EVA-MARIA ZIEGE

Geboren 1961 in Köln, Professorin für Politische Soziologie, Universität Bayreuth.

Der Begriff „Autorität“ hat einen doppelten Sinn – den der Anerkennung eines fremden Willens und den der Unterwerfung unter einen fremden Willen. Verwandt, aber nicht gleichbedeutend mit dem Begriff „Macht“, ist jener einer klassischen Definition zufolge die Chance, den eigenen Willen in einer sozialen Beziehung durchzusetzen – auch gegen Widerstreben. Doch setzt jede Machtausübung ein Minimum an Gehorchenwollen voraus, eine Freiwilligkeit im Verhältnis zu heteronomen Mächten. Insofern schwingt im Begriff Autorität ein polysemes Spiel mit, das in das Begriffsfeld von Macht changiert.

Die Kritik an Autoritätsgebundenheit ist im Programm der Aufklärung elementar. Die Aufforderung zur Mündigkeit, der Wahlspruch Immanuel Kants, sich des eigenen Verstandes zu bedienen, selbstverantwortlich zu handeln, stehen im Gegensatz zur Leitung durch andere, zur Subordination. Aber auch diese Vernunft wird im Prozess der immer weitergreifenden rationalen Naturbeherrschung selbst zu einer autoritären Struktur. Sie schlägt von einer

befreienden Kraft in ihr Gegenteil um, in den totalen Herrschaftsanspruch der Zweck-Mittel-Kalkulation. Das ist die These der *Dialektik der Aufklärung* (1947), eines Klassikers des 20. Jahrhunderts von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, während des Zweiten Weltkriegs im US-Exil geschrieben.

Als Autoritätskrise wurde auch der Erfolg von Faschismus, Nationalsozialismus wie korporatistisch-rechtsextremen Gruppierungen der Zwischenkriegszeit in Europa und den USA gedeutet: In diesem Kontext stand die Arbeit einer US-Forschungsgruppe von Adorno und anderen Sozialwissenschaftlern. Sie fragte, warum sich Menschen Faschisten oder Rechtspopulisten anschließen, und vor allem, wo nach 1945 deren *zukünftiges* Rekrutierungspotenzial, die Attraktivität dieser Bewegungen liegen könnte.

DAS GEGENTEIL VON AUTORITÄTSHINGEGEBENHEIT

Das Ergebnis war ein völlig neues Konzept – nichts weniger als der kühne Versuch einer Anthropologie des Individuums im gegenwärtigen Kapitalismus. Demnach hatte sich ein neuer sozialer Typus herausgebildet, der „autoritäre Charakter“, den eine spezifische Rezeptionsbereitschaft für solche Bewegungen auszeichne. Er verbinde die für die hochindustrialisierte Gesellschaft typische Rationalität mit irrationalen Überzeugungen: „Er ist zugleich aufgeklärt und abergläubisch, stolz, Individualist zu sein, und in ständiger Furcht, nicht so zu sein wie alle anderen, eifersüchtig auf seine Unabhängigkeit bedacht und geneigt, sich blindlings der Macht und Autorität zu unterwerfen.“¹

Man ging von der psychoanalytischen Hypothese aus, dass dieser Typus durch eine bestimmte Charakterstruktur gekennzeichnet war, die ihn – durch unbewusste psychologische Bedürfnisse – für Autoritarismus empfänglich mache, manchmal sogar im Widerspruch zur eigenen Weltanschauung. Schon eine frühere Studie über Arbeiter und Angestellte vor 1933 hatte etwa gezeigt, dass ein erheblicher Anteil der männlichen Mitglieder der Kommunistischen Partei starke autoritäre Überzeugungen vertrat, die in eklatantem Widerspruch zur sozialistischen Weltanschauung standen: etwa zur Unterordnung von Frauen unter die Autorität von Männern oder der von Kindern unter die Eltern. Als Hauptmerkmal galt eine tiefe Ambivalenz, die innere Spannung zwischen dem Wunsch, sich einer Autorität zu unterwerfen, und dem, zugleich gegen andere Autoritäten destruktiv zu rebellieren. Dieses Phänomen war weit entfernt von dem, was man demütige Autoritätshingegenheit nennen würde.

Auch für die Nationalsozialisten sah man diesen Sozialtypus als maßgeblich an. Sie waren, so die Vorgängerstudie, erfolgreich nicht nur durch Unterdrückung und brutale Gewalt, vielmehr öffneten sie ihren Gefolgsleuten zugleich Ventile der Rebellion gegen Mächte und Autoritäten: gegen die demokratische Ordnung der Weimarer Republik, das „internationale Finanzkapital“ und „das“ Judentum. Damit befriedigte der Nazismus zwei

gegensätzliche Bedürfnisse zugleich, offene Rebellion und latente Sehnsucht nach Unterordnung.

Die rechtsautoritären Agitatoren und Meinungsführer verstünden es, Gefühle der Entfremdung durch wirksamste Stimuli zu mobilisieren. Das wurde als Manipulation gedeutet, aber nicht nur: Der „autoritäre“ Charakter verkörpere sich nicht bloß im Gefolge, sondern ebenso in den Führern, seien es Hitler, Father Charles Coughlin, der antisemitische US-Rundfunkagitorator, oder Martin Luther. Für all diese Gestalten galt, dass der autoritäre Charakter offensiv sein kann – aber nur angreift, wenn „er sich in trotziger Auflehnung gegen Autoritäten befindet oder sich im Besitz der Macht fühlt; er muss glauben, im Auftrag einer höheren Macht zu handeln und ihr Vollstrecker zu sein“.² Dafür wurde der Begriff des „Rebellen“ geprägt, ein Terminus technicus der Kritischen Theorie.

SEHNSUCHT NACH KRISE

1944, kurz nach der Befreiung von Paris, schrieb Jean-Paul Sartre die *Réflexions sur la question juive*.³ Auch er untersuchte in einer idealtypischen Konstruktion den Typus, der im zeitgeschichtlichen Kontext so relevant geworden war. Den Antisemitismus betrachtete Sartre als dessen zeitgemäße, doch nicht einzig mögliche Gestalt. In anderen Zeiten könne sich dies im Hass auf Schwarze oder Asiaten äußern, und Unruhen könnten auch im Kontext von Meutereien, Verbrechen oder irgendwelchen Ungerechtigkeiten entstehen – immer aber seien es Krisen, die geschürt würden.

Sartre kennzeichnete den Idealtypus des Antisemiten durch die Sehnsucht nach Krisen: Unfähig, die Organisationsform der modernen Gesellschaft zu verstehen, nutze er diese Perioden für Rebellionen gegen die herrschende Ordnung. Eine gewisse Fusionstemperatur sei es, die, so Sartre, diese hinterhältige Form des Kampfes gegen die Staatsgewalt in einer demokratischen Ordnung brauche.

Befrage man den lärmenden Störer, werde der antworten, er wünsche sich eine starke Staatsmacht. Gewissermaßen treibt ihn die Liebe zum Gehorsam zum Ungehorsam. Wollte er wirklich eine starke Macht? Sartre meint, im Gegenteil, der Störer wolle für die andern eine strenge Ordnung und für sich eine Unordnung ohne Verantwortung. In einer Art permanentem Aufstand sei er Feind der Machtorgane, „das disziplinierte Mitglied einer undisziplinierten Gruppe“ in einer „Unabhängigkeit gegen den Strich“. Das, was Sartre den „Lausub“ nennt – der prügelt, ‚aufräumt‘, Radau macht, in der Scheinkollektivität der Hassenden aufgeht, in der Negativität den Schein einer individuellen Existenz erzeugt – ist eine andere Formulierung einer Theorie des autoritären Charakters und ihres Hauptmerkmals: Ambivalenz zwischen autoritärer Unterwürfigkeit und destruktiver Rebellion.

Adorno und Sartre sahen in der Unfähigkeit, die Organisationsform der modernen Gesellschaft zu verstehen oder sich in ihr zurechtzufinden, die Ursache des Phänomens. Adorno verstand diese Organisationsform mit Karl Marx als Klassengesellschaft, für Sartre als Existenzphilosophen war die Freiheit entscheidend.

Machen wir zum besseren Verständnis einen soziologischen Umweg. Elementare Autoritätstypen wie der Älteste oder Anführer haben ihren Ursprung in vormodernen Gemeinschaften. Für die moderne Gesellschaft gilt nicht mehr die elementare „mechanische“ Solidarität von Gemeinschaften gleicher Teile (Clans, Dorfgemeinschaften), sondern eine „organische“ Solidarität ungleicher, sich ergänzender Teile. Émile Durkheim führte diese Begriffe zur Beschreibung einer komplexeren Form arbeitsteiliger Solidarität der verschiedenen Einheiten als den Beginn moderner Gesellschaftsentwicklung ein.

In der Soziologie seit 1945 finden wir zunehmend die Konzentration auf funktionale Differenzierung, die die Autonomie „primärer Teilsysteme“ (Niklas Luhmann) oder der „Felder“ (Pierre Bourdieu) betont. Diese Einheiten werden als Welten des Möglichen aufgefasst. Man hat es, sagt Bourdieu, mit einem Ensemble von in komplexer Weise voneinander abhängigen Teilbereichen zu tun, die jeweils relativ autonom, anonym, scheinbar anarchisch, tatsächlich aber strukturell zwingend sind.

Im 18. Jahrhundert entwickelte Montesquieu die Idee der Gewaltenteilung politischer Instanzen als Schutz vor Tyrannei. Bourdieu, in einer metaphorischen Übertragung, wendet das auf die moderne funktionale Differenzierung an: „Gewaltenteilung“ der anderen Art. Die Ausdifferenzierung in Felder ermöglicht Freiheit und schützt vor ‚Tyrannei‘. Sie schiebt sich wie ein „Schutzriegel“ vor die Etablierung eines Zentrums, einer zentralen Machtinstanz.⁴

FUNKTIONALE AUTORITÄT

Die neue Autorität der Felder oder Teilsysteme ist ‚funktionale Autorität‘.⁵ Sie ist durch die Funktion als Sachdimension, ja Sachzwang gekennzeichnet. Das führt zu Repression: zu Heteronomien, anonymen, durch Sachzwang durchgesetzten Repressionen, dezentral, an vielen Orten parallel, in unterschiedlichen Graden, denn es gibt kein Zentrum (und keine Spitze) der Gesellschaft mehr.

Zugleich gibt es Möglichkeitsräume, Kontingenz. Sartre sagt treffend: zur Freiheit verurteilt, denn es ist mehr möglich, als je realisiert werden kann. Mit Luhmann ist man zu „Komplexitätsreduktion“ gezwungen, sonst wird das Individuum gelähmt, überwältigt von Angst. Komplexität kann durch Vertrauen reduziert werden, durch Systemvertrauen in funktionale Autorität.⁶ Dieses Vertrauen ist nicht mehr personalisierbar. Bourdieu betont einerseits stattdessen die Repression, ja symbolische Gewalt innerhalb jedes Feldes,

ein immer enger werdendes Repressionsnetz. Andererseits verfügt jedes Feld über relative Autonomie gegenüber allen anderen Feldern. Das bietet auch die Chance, gegen Autoritäten eines Feldes rebellieren zu können, ohne andere zu tangieren – ein Teilaufstand sozusagen, ausgebremst durch moderne ‚Gewaltenteilung‘.

ANOMIE

A-nomisch, ohne Nomos, Ordnung, Sitte: Wem die Gesellschaft so erscheint, der ist auf sich geworfen. Im Zustand der Kontingenz, der Luhmann’schen Gesellschaft ohne Zentrum, ist das Individuum „in der Schwebel“. Das erzeugt Angst, Angst als Schweben in der Kontingenz. Mit Sartre und Adorno muss man diese Angst – Angst vor Verantwortung – bejahen; mit Luhmann kann man ihr durch Komplexitätsreduktion begegnen.

Aber auch Rebellion ist Komplexitätsreduktion – allerdings nicht des Ver-, sondern des Misstrauens. Im Idealtypus des „autoritären Charakters“ ist eine Tendenz erfasst, die erst heute richtig greift oder begriffen werden kann. Die aktuelle Autoritätskrise – die bis hin zu Eigensabotage, ja -destruktion gehen kann – ist selbst Element der modernen Gesellschaft, in der der Ruf des Rebellen nach Wiederherstellung alter Autoritäten die volle Befriedigung der Insubordination bietet, ohne die eigentlichen Strukturen anzutasten.

Moderne Gesellschaft ohne Zentrum – das heißt nicht, dass sie das Chaos des Anomischen ist, sondern dass sie Horizonte des Möglichen öffnet, die zu Freiheit und Entscheidungen zwingen. Als Dystopie erscheint dann der Rebell: Er versteht nichts von Ordnung – außer, dass man sich einer Gewalt unterwerfen muss und als Ventil der Destruktivität andere Angriffsziele attackiert. Aufklärung als Konformität missverstehend, immer angepasst und zugleich Individualität durch Rebellion, ja als Rebellion inszenierend, macht der Rebell aus der Menschenwürde eine große Schwierigkeit und aus der Ordnung sein endemisches Chaos der Gesellschaft.

¹ Max Horkheimer: Vorwort, Theodor W. Adorno / Else Frenkel-Brunswik / Daniel J. Levinson / R. Newitt Sanford: *The Authoritarian Personality*, New York 1950, S. IX [Übersetzung: Eva-Maria Ziege].

² Erich Fromm: *Studien über Autorität und Familie*, herausgegeben von Max Horkheimer, Paris 1936.

³ Jean-Paul Sartre: *Réflexions sur la question juive*, Paris 1954.

⁴ Pierre Bourdieu: *Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft*, Frankfurt am Main 2001.

⁵ Heinz Hartmann: *Funktionale Autorität. Systematische Abhandlung zu einem soziologischen Begriff*, Stuttgart 1964.

⁶ Niklas Luhmann: *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, 5. Aufl., Konstanz/München 2014.

Souveräne Repräsentation

—
Autorität und Mandat

NORBERT LAMMERT

Geboren 1948 in Bochum, Sozialwissenschaftler, 1998 bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 2005 bis 2017 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2018 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Wer sie hat, muss nicht darauf verweisen; wer sie für sich ausdrücklich reklamiert, hat meist keine: Autorität. Hannah Arendt hat diese Funktionsweise folgendermaßen beschrieben: „Da Autorität immer mit dem Anspruch des Gehorsams auftritt, wird sie gemeinhin für eine Form der Macht, für einen Zwang besonderer Art gehalten. Autorität jedoch

schließt gerade den Gebrauch jeglichen Zwanges aus, und wo Gewalt gebraucht wird, um Gehorsam zu erzwingen, hat Autorität immer schon versagt.“

Dieses Verständnis von Autorität unterscheidet sich von den meist negativ konnotierten populären Vorstellungen und Wahrnehmungen des Begriffs und verweist auf den römischen Ursprung *auctoritas*, die der Historiker Theodor Mommsen beschrieb als „mehr als ein Ratschlag und weniger als ein Befehl, ein Ratschlag, dessen Befolgung man sich nicht füglich entziehen kann“. Das kennen wir aus dem Alltag: Wir verlassen uns oft auf den Rat von Autoritäten – sei es aus dem persönlichen Umfeld oder von Experten. In diesem Sinne gibt Autorität einerseits Orientierung, sie erleichtert die eigene Urteilsbildung, nicht selten verdrängt oder ersetzt sie diese sogar. Andererseits sind wir als aufgeklärte Bürger überzeugt, zumindest angehalten, uns unseres Verstandes zu bedienen und Autoritäten kritisch zu hinterfragen, ihnen nicht blind zu vertrauen. Insofern ist das Verhältnis moderner, demokratisch verfasster Gesellschaften zu Autorität zwiespältig.

Den Ausschlag, ob wir dem Rat einer Autorität folgen, gibt in der Regel unser Vertrauen in diese Person, in ihre Kompetenz und ihre Redlichkeit. Umgekehrt gilt allerdings auch: Schwindet das Vertrauen in eine Autorität, lässt auch deren orientierungsgebende Wirkung nach. Im Kern geht es bei einem Autoritätsverlust also um einen Vertrauensverlust.

Seit einiger Zeit lässt sich in unserer Gesellschaft ein solcher Vertrauensverlust auf breiter Front feststellen; er berührt eine große Bandbreite gesellschaftlicher Akteure – von Unternehmern und Bankern über Journalisten bis hin zu Wissenschaftlern – und stellt deren Autorität infrage. Besonders betroffen von diesem Vertrauens- und damit auch Autoritätsverlust ist die Politik. Aktuelle Umfragen zum Vertrauen der Deutschen in politische Institutionen verdeutlichen das Ausmaß dieser Vertrauenskrise: Im Vergleich zum Vorjahr sind die Vertrauenswerte für zehn zentrale politische Institutionen zurückgegangen, teils um zweistellige Werte. Weniger als vierzig Prozent der Befragten vertrauen dem Bundestag; die politischen Parteien rangieren traditionell auf dem letzten Rang mit nicht einmal zwanzig Prozent.

VERTRAUENSVERLUST IN INSTITUTIONEN UND PARTEIEN

Das mangelnde Vertrauen in die beiden Kerninstitutionen der parlamentarischen Demokratie weist darauf hin, dass die Beziehung zwischen den Repräsentierten und ihren Repräsentanten merklich gestört ist. Bei einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung ist der Eindruck entstanden, dass ihre Besorgnisse von den Mandatsträgern in den Parlamenten ignoriert werden. Ein solch ausgeprägtes Misstrauen, wie es sich nicht nur in Umfragen, sondern auch in einer niedrigen Wahlbeteiligung ausdrückt, wirkt delegitimierend auf die repräsentative Demokratie. Denn Vertrauen ist die Grundlage unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung. So ist beispielsweise

jedes politische Mandat ein Vertrauensvorschuss der Bürger auf künftiges Handeln der Repräsentanten.

Zum Teil geht der Vertrauensverlust auf das Fehlverhalten einiger Repräsentanten zurück, die Privilegien schamlos ausnutzen oder sich auf unanständige Weise bereichern (wie beispielsweise bei der Maskenaffäre in der Hochphase der Corona-Pandemie). Mit steigender Amtsdauer kann es auch bei untadeliger Amtsführung zu einem Autoritätsverschleiß kommen. Und schließlich tragen die Medien dazu bei, die Autorität von Mandatsträgern zu untergraben, wenn kritische Berichterstattung allzu gern die Aufmerksamkeit durch Dramatisierung und Skandalisierung befördert.

Verstärkt wird das Misstrauen in die politischen Repräsentanten und die damit verbundenen Institutionen – vor allem Parteien und Parlamente –, wenn es diesen nicht gelingt, widerstrebende Meinungen im politischen Willensbildungsprozess aufzunehmen, der durch die zunehmende Individualisierung von Interessen gekennzeichnet ist. Je vielfältiger und kontroverser der Prozess der politischen Willens- und Meinungsbildung ist, desto anspruchsvoller wird die Aufgabe, dieses breite Spektrum in die staatliche Entscheidungsfindung zu integrieren.

Das bekommen vor allem die politischen Parteien zu spüren, die zunehmend Mühe haben, als Transmissionsriemen zwischen Staat und Gesellschaft zu wirken. Denn in Zeiten, in denen es die Bürger gewohnt sind, sich in einer Gruppe Gleichgesinnter zu bewegen, ist es schwer zu vermitteln, warum sie ausgerechnet Repräsentanten wählen sollen, die politischen Parteien angehören, deren politisches Programm einen Kompromiss vieler, jeweils legitimer Interessen darstellt und deshalb nicht deckungsgleich mit den jeweils besonderen eigenen Erwartungen ist.

REPRÄSENTATIVITÄT DER REPRÄSENTANTEN

Auch die durch die digitale Kommunikation enorm ausgeweiteten Möglichkeiten zur Partizipation am gesellschaftlichen Diskurs tragen zur Erosion politischer Autoritäten bei. Das gilt übrigens nicht nur für die Politik und für Politiker, sondern auch für Unternehmer und Banker, es gilt für Funktionäre unterschiedlichster gesellschaftlicher Bereiche, es betrifft Journalisten, und es macht auch vor den Kirchen nicht halt. Mit dem breiten Zugang zu Informationen aus dem Internet, deren Wahrheitsgehalt sich nicht immer direkt und für jedermann verifizieren lässt, sind Ärzte, Versicherungsvertreter, Kundenberater, Anwälte und viele mehr mit einer Konkurrenzsituation konfrontiert, in der sie sich gegenüber dem „zusammengesuchten Wissen“ von Patienten, Kunden und Mandanten behaupten müssen. Das befördert eine Entkopplung von Profession und Autorität, die mit den gegenwärtigen Ansehensverlusten von Mandatsträgern und Parteien korrespondiert.

Ein oftmals vorgebrachter Erklärungsversuch der Autoritätskrise betrifft die Repräsentativität der Repräsentanten; populär ist hierbei der Verweis auf den Anteil der Hochschulabsolventen im Deutschen Bundestag, der höher ist als in der Gesamtbevölkerung, oder die Forderung nach Geschlechterparität, der statistisch angemessenen Berücksichtigung von Jüngeren und Älteren, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, um nur einige Beispiele zu nennen. Dabei handelt es sich allerdings um ein Missverständnis: Die repräsentative Demokratie beruht auf der politischen Gleichheit aller Bürger. Demnach muss das Parlament im Gegensatz zu einem identitätspolitischen Repräsentationsverständnis, nach dem die Interessen von Bäckern oder Rentnern am besten durch Angehörige eben dieser Gruppen vertreten werden können, kein statistisches Spiegelbild der Gesellschaft sein; das ist weder sein Anspruch noch sein Zweck. Es hat die Aufgabe, Gesetze zu verabschieden, die Regierung zu kontrollieren und den Haushalt mit seinen Einnahmen und Ausgaben zu beschließen. Dazu sind sachverständige und verantwortungsvolle Abgeordnete notwendig, die in freien Wahlen für eine befristete Zeit bestellt werden, wobei jede Wählerin und jeder Wähler selbst entscheidet, von wem sie oder er repräsentiert werden will.

VERMITTLUNG VON GLAUBWÜRDIGKEIT

Wie kann dem Autoritätsverlust begegnet werden? Politiker haben die Aufgabe, Antworten auf komplexe Fragen zu erarbeiten und ihre Entscheidungen zu erklären. Es ist dabei von prinzipieller Bedeutung, ob sie in der Regel Antworten geben, von denen sie vermuten, dass sie populär sind; oder ob sie nach einem Abwägungsprozess zu Antworten gelangen, die ihnen politisch überzeugend erscheinen – mit der sich anschließenden Aufgabe, dafür Mehrheiten zu suchen, sie also populär zu machen. Bedenklich wird es, wenn der erste Mechanismus als der einzig erfolversprechende angesehen wird. Wichtiger als die Popularität von Politik ist ihre Glaubwürdigkeit. Mandatsträger sollten nicht wankelmütig sein, wohl aber ihre eigenen Abwägungen und Zweifel öffentlich machen, denn auch das vermittelt Glaubwürdigkeit.

Ein zentraler Faktor bei alledem ist die Fähigkeit von Mandatsträgern, mit den Bürgern zu kommunizieren. Je komplizierter die Zusammenhänge werden, desto geduldiger und verständlicher müssen sie erläutert werden. Kommunikation ist jedoch keine Einbahnstraße; es geht auch darum, zuzuhören und auf die Anliegen der Bürger einzugehen. Dabei handelt es sich vielleicht um eine der wichtigsten Qualifikationen, die Repräsentanten in der Welt von heute aufbringen müssen. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund kommunikationsstarker Konkurrenzautoritäten, die es durch ihre offensive Präsenz in den Sozialen Medien und die Artikulation vermeintlich einfacher Lösungen verstehen, öffentliche Diskussionen zu beeinflussen.

Die zunehmende Distanz der Bevölkerung zu den Repräsentanten hängt auch mit einer kaum erfüllbaren Erwartungshaltung zusammen. Dazu zählt, dass einerseits Entscheidungskraft und Kompromissfähigkeit erwartet, andererseits gefundene Einigungen mit dem Vorwurf der Profilschwäche quittiert werden. In einer politischen Kultur, die statt des diskursiven Austauschs sachlicher Argumente vorzugsweise wütende Konfrontation zur Kenntnis nimmt, offenbart sich ein gravierender Mangel an Verständnis der Grundlagen unserer pluralistisch verfassten Gesellschaft und eine fatale Verweigerung, die Mindestansprüche politischer Entscheidungsfindung in der Demokratie anzuerkennen.

SOUVERÄN IST, WER SICH VERTRETEN LÄSST

Seit Langem wird in der öffentlichen Meinung mehr direkte Beteiligung der Bürger als probates Mittel gegen den attestierten Autoritäts- und Vertrauensverlust erachtet. Das ist nicht falsch, verdrängt jedoch, dass Volksentscheide die unzulässige Vereinfachung komplizierter Zusammenhänge tendenziell begünstigen und damit die ideale Plattform für populistische Stimmenfänger bilden. Das Brexit-Referendum ist hierfür ein folgenreiches Beispiel. Wer im Aufweichen des repräsentativen Gedankens den Königsweg aus der Vertrauenskrise sucht, sollte auch bedenken, dass die meisten Bürgerbegehren und Volksentscheide bereits an der Mindestbeteiligung der Wahlberechtigten scheitern.

Dem Philosophen Volker Gerhardt verdanken wir den schlichten, aber treffenden Hinweis: „Souverän ist der Bürger, der sich aus Einsicht in die Tatsache, dass er ohnehin nicht alles selbst bestimmen oder gar selbst ausführen kann, einer Vertretung anvertraut.“ Noch pointierter formuliert: Souverän ist der Bürger, der sich vertreten lässt. Damit er das aber guten Gewissens tun kann, braucht er Vertrauen in die Autorität seiner Repräsentanten. Ein gutes Maß an Skepsis der Repräsentierten ist systemimmanent und durchaus hilfreich, allerdings geht es nicht ohne Grundvertrauen. Gleichzeitig tun die Repräsentanten gut daran, sich immer wieder in Erinnerung zu rufen, worauf ihre Autorität basiert.

Kommunalpolitik unter Druck

Über das Ansehen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Krisenzeiten

MIRIAM MARNICH

Geboren 1983 in Berlin, Volljuristin, Referatsleiterin Ausländerrecht, Flüchtlingspolitik/Asyl, Integration, Kriminalprävention/Hasskriminalität, Antidiskriminierung, Urheberrecht, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin.

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Kommunalpolitik und damit auch das Ansehen der vielen haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister¹ in Deutschland ist nach

wie vor sehr hoch. Die Bürgernähe, das Engagement für die örtlichen Belange und für die Interessen der Bürger sowie die Tatsache, dass sie als demokratisch gewählte Vertreter auftreten, sind dafür wichtige Gründe. Allerdings wird das Vertrauen in die politischen Institutionen bis in die kommunale Ebene in den aktuellen Krisenzeiten auf eine besondere Probe gestellt.

Die Energie- und Klimakrise, die Inflation, der Krieg in der Ukraine sowie die damit verbundene Aufnahme von über

einer Million Geflüchteter in den Kommunen beunruhigen die Menschen vor Ort und lassen die Wut und den Druck auf „die Politik“ wachsen. Nachdem während der Coronakrise das Vertrauen insbesondere in die Kommunalpolitik gestiegen ist, nehmen im Jahr 2022/23 Ansehen und Vertrauen in politische Institutionen in erster Linie auf Bundes- und Landesebene, aber auch auf kommunaler Ebene ab (forsa/KOMMUNAL 2023). Die Kluft zwischen denjenigen, die mit dem Staat und seinen Institutionen zufrieden sind, und denjenigen, die sich alleingelassen fühlen und deren Politik- und Staatsverdrossenheit zunimmt, ist groß. Dabei lässt sich feststellen, dass das Vertrauen insbesondere in kleineren Kommunen in ländlichen Räumen besonders hoch bleibt. Auch das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie ist trotz vielfältiger Krisen insgesamt stabil (Best et al. 2023).

Sowohl Ansehen als auch Autorität der Bürgermeister geraten zunehmend unter Druck. Mit dem Vertrauen der Bürger in die Kommunalpolitiker geht vielfach eine immense Erwartungshaltung einher. Schnell werden letztere zur Projektionsfläche für allgemeinen Unmut gegenüber „den Politikern“ oder „der Politik da oben“. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Entscheidungen von der Kommune getroffen wurden oder – wie aktuell in der Energiekrise oder der Flüchtlingspolitik – von Bund und Ländern. Einfache Lösungen, wie sie oftmals eingefordert werden, gibt es kaum noch. Dennoch müssen auf kommunaler Ebene oft von heute auf morgen Wege gefunden und Akzeptanz bei den Bürgern geschaffen werden. Widerstand und harte Diskussionen gilt es auszuhalten und zu moderieren. Dagegen nehmen Entscheidungskompetenzen und

Handlungsspielräume der Bürgermeister aufgrund der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, aber auch angesichts zunehmender Aufgabenfülle und -komplexität sowie der schwierigen Finanz- und Personalsituation immer weiter ab. Oft steht nur noch der reine Vollzug der Aufgaben, die den Kommunen von der Europäischen Union, von Bund und Land aufgebürdet werden, im Mittelpunkt. Dies verdeutlicht die derzeitige Flüchtlingssituation, die die Kommunen und die Gesellschaft vor Ort vor erhebliche Probleme stellt.

RAUER UND RESPEKTLOSER UMGANGSTON

Hass, Bedrohungen und Anfeindungen gegenüber Kommunalpolitikern haben in den vergangenen Jahren weiter zugenommen und bewegen sich längst auf einem besorgniserregenden Niveau. In den Rathäusern und kommunalen Ämtern sowie im digitalen Raum laufen „Wutbürger“ auf, die sich oft zunächst niedrigschwellig gegen ein Bauvorhaben oder Straßenausbaubeiträge wehren, deren Ton aber dann immer schärfer wird, bis hin zu sogenannten Reichsbürgern, Selbstverwaltern und Querdenkern – ob von rechts, von links, aus der Mitte –, die verbal oder auch tätlich aggressiv auftreten.

Diese erschreckende Entwicklung bestätigen aktuelle Umfragen, wie das *Kommunalmonitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern* (motra 2022) sowie weitere Umfragen aus den Bundesländern und der forsa. Danach erlebten bundesweit 39 Prozent der kommunalen Amtsträger solche Anfeindungen.

Auch die jüngst erschienenen Ergebnisse zur politisch motivierten Kriminalität im Jahr 2022 zeigen, dass Angriffe und Hasskriminalität gegen den Staat und seine Vertreter bis in die kommunale Ebene um deutliche 47,29 Prozent zugenommen haben (Bundesministerium des Innern und für Heimat 2023). Dabei ist die Anzeigerate, die Grundlage dieser Zählung war, insgesamt sehr gering, sodass von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist.

Der Ton der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung sowie der Umgang miteinander werden deutlich rauer und respektloser. Zudem schlagen verbale Anfeindungen nicht selten in Radikalisierungen und extremistische, demokratiefeindliche Äußerungen und tätliche Übergriffe um.

FATALE FOLGEN

Hass und Hetze im Netz und in den sozialen Medien sind ein besonderes Problem. Teilweise werden die Wutgefühle und Ängste im digitalen Raum und durch Medienereignisse besonders geschürt. Hinzu kommen die Schwierigkeiten im Umgang mit Falschnachrichten und dem Verbreiten von Verschwörungsideologien: Sie verbreiten sich in Windeseile und verbleiben oft für eine lange Zeit im Netz, ohne dass sachlich klarstellende und richtigstellende Fakten, Tatsachen und Gegenreden die Nutzer im notwendigen Umfang erreichen.

Hass und Anfeindungen ausgesetzt sind neben den Bürgermeistern auch deren Familienangehörige, Ratsmitglieder, kommunale Beschäftigte in der Verwaltung, in Jobcentern, Ausländer- und Ordnungsbehörden bis hin zu Feuerwehr-

und Rettungskräften. Das gilt auch für zahlreiche ehrenamtliche Kräfte. Frauen in kommunalpolitischen Ämtern sind im besonderen Maße betroffen.

Die Folgen dieser Entwicklungen sind fatal. Während einige Kommunalpolitiker den Anfeindungen standhalten und nach dem Motto „Jetzt erst recht!“ weitermachen, trauen sich andere nicht mehr, ihre Meinung offen zu äußern, manche treten von ihren Ämtern zurück, andere treten erst gar nicht mehr an. Die Resilienz der meisten Betroffenen ist ausgesprochen hoch. Der scharfe Ton der Auseinandersetzungen ist vielfach auch unter den politischen Parteien bereits salonfähig geworden. Unter der Gesamtsituation leidet nicht zuletzt die Attraktivität der Ämter. Es wird immer schwieriger, haupt- und ehrenamtliche Bürgermeister zu finden.

Allerdings erfahren Kommunalpolitiker auch große Unterstützung zahlreicher Bürger und Bürgerinnen, Rückhalt und Respekt. Das ist und bleibt die ganz große Mehrheit.

BEKÄMPFUNG VON HASS UND KRIMINALISIERUNGEN

Wenn Unmut und Unzufriedenheit gegen politische Entscheidungen in Hass, Hetze und Gewalt umschlagen, sind alle gefordert, zu handeln – die Gesellschaft, die Politik, der Staat und die Medien. Kommunale Amts- und Mandatsträger bilden das Fundament der Demokratie. Auch wenn bereits viel auf Bundes- und Landesebene zum Schutz von Kommunalpolitikern unternommen worden ist: Die Rahmenbedingungen müssen weiter

verbessert und die Kommunalpolitiker präventiv und repressiv noch stärker unterstützt werden. Dafür muss ein starker Staat auftreten, in dem Polizei und Justiz konsequent gegen verbale und tätliche Anfeindungen vorgehen, die Betroffenen aktiv beraten sowie den bestehenden Strafrechtsrahmen voll ausschöpfen und konsequent durchsetzen.

Insbesondere müssen die Strafverfolgung von Hasskriminalität im Netz effektiver ausgestaltet sowie rechtsfreie Räume vermieden werden. Dabei spielen präventive Maßnahmen wie die Stärkung der politischen Bildung, die Ausweitung von Präventionsmaßnahmen zur Stärkung der Demokratie in allen Altersklassen und sozialen Milieus vor Ort sowie die Bekämpfung von Hass und Radikalisierungen auf kommunaler Ebene eine besondere Rolle. Nur so können wir die Autorität unserer kommunalen Amts- und Mandatsträger schützen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund beschäftigt sich seit vielen Jahren mit den Ursachen von Hass und Gewalt in den Kommunen und hat einen breiten Maßnahmenkatalog entwickelt sowie wichtige Projekte mit zahlreichen Partnern zum Schutz der kommunalen Amts- und Mandatsträger angestoßen und umgesetzt.

Literatur

Best, Volker / Decker, Frank / Fischer, Sandra / Küppers, Anne: „Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?“, Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, April 2023, <https://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie> [letzter Zugriff: 23.05.2023].

Bundesministerium des Innern und für Heimat: Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2022. Bundesweite Fallzahlen, 9. Mai 2023, www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2023/05/pmk2022-factsheets.html [letzter Zugriff: 23.05.2023].

Deutscher Städte- und Gemeindebund: Informationsmaterial zu „Hass, Bedrohungen und Gewalt gegen Kommunalpolitiker:innen“, <https://www.dstgb.de/aktuelles/archiv/archiv-2021/neues-dstgb-papier-hass-bedrohungen-und-gewalt-gegen-kommunalpolitiker-innen/> [letzter Zugriff: 23.05.2023].

forsa/KOMMUNAL: Dramatische Vertrauenskrise in kommunale Ebene. Ergebnisse der forsa-Umfrage und der Zeitschrift KOMMUNAL, 04.01.2023, <https://kommunal.de/dramatische-vertrauenskrise-kommunalpolitik> [letzter Zugriff: 23.05.2023].

motra (Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung): Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Ergebnisse der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamtes in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, Auswertung der Herbstbefragung 2022, www.motra.info/radikalisierungsmonitoring/kommunalmonitoring/ [letzter Zugriff: 23.05.2023].

¹ Zur besseren Lesbarkeit wird im weiteren Verlauf dieses Beitrags das generische Maskulinum verwendet. Die in dem Text verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich – sofern nicht anders kenntlich gemacht – auf alle Geschlechter.

SCHWERPUNKT

Staatsautorität

Zur Akzeptanz von Recht und Ordnung

JUDITH FROESE

Geboren 1985 in Köln, seit 2021 Inhaberin des Lehrstuhls für Öffentliches Recht mit Neben- gebieten, Universität Konstanz.

Das Recht erhebt den Anspruch, autoritär zu sein, als allgemein verbindliche Verhaltensnorm aufzutreten.¹ Legt man das Selbstbild des Rechts zugrunde, so kommt ihm ein umfassender oder jedenfalls weitreichender Autoritätsanspruch zu:

Das Recht erhebt den Anspruch, jeden denkbaren Lebensbereich rechtlicher Regelung zuführen zu können und diesem damit verbindliche Vorgaben zu machen. Tatsächlich ist das Recht aber ungeachtet dieses Anspruchs beziehungsweise dieses Selbstbildes nur begrenzt autoritär; es lassen sich sogar Bereiche identifizieren, in denen das Recht – im Sinne eines Rechts auf Nicht-Recht² – Zurückhaltung üben muss.

Die Autorität eines freiheitlich-demokratischen Staates ist in einem doppelten Sinn begrenzt: *Erstens* kann die Werteloyalität der Bürger nicht erzwungen werden. Das Bundesverfassungsgericht formuliert dies dahingehend, die Bürger seien „rechtlich nicht gehalten, die Wertsetzungen der Verfassung persönlich zu teilen“. Zwar baue das Grundgesetz „auf der Erwartung auf, dass die Bürger die allgemeinen Werte der Verfassung akzeptieren und verwirklichen, [es] erzwingt die Werteloyalität aber nicht. Die Bürger sind daher auch frei, grundlegende Wertungen der Verfassung in Frage zu stellen, solange sie dadurch Rechtsgüter anderer nicht gefährden“. ³ Innere Zustimmung und Loyalität kann dem Einzelnen nicht abverlangt werden.

Die Begrenzung erschöpft sich aber *zweitens* nicht in der fehlenden Möglichkeit, innere Einstellungen und Anschauungen zu erzwingen, sondern betrifft auch das Handeln des Bürgers: Selbst sein nach außen gerichtetes Verhalten muss sich nicht vollumfänglich dem staatlichen Machtanspruch beugen. Insbesondere die Grundrechte fungieren als Begrenzung der staatlichen Herrschaft. Entsprechend schützt die Meinungsfreiheit (Artikel 5 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz [GG]) auch solche Meinungen, „die auf eine grundlegende Änderung der politischen Ordnung zielen, unabhängig davon, ob und wie weit sie im Rahmen der grundgesetzlichen Ordnung durchsetzbar sind“. ⁴ Die Versammlungsfreiheit (Artikel 8 Absatz 1 GG) gewährleistet das Recht des Bürgers, „aktiv am politischen Meinungsbildungsprozeß und Willensbildungsprozeß teilzunehmen“ und zählt zu den „unentbehrlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens“. ⁵ Ihre Kritik an den staatlichen Institutionen und einzelnen Politikfeldern wie beispielsweise dem Klimaschutz dürfen die Bürger auch in Form von Protesten – friedlich – zum Ausdruck bringen.

AKZEPTANZ UND NORMATIVER GRUNDKONSENS

Der Geltungsgrund des Rechts liegt – so Rechtswissenschaftler Hans Kelsen – im Bereich des Sollens, nicht des Seins. Gemeint ist damit, dass nur aus einem Sollen ein anderes Sollen abgeleitet werden kann und damit jede Norm auf eine andere, höherrangige Norm bis hin zu einer Grundnorm zurückgeführt werden können muss. Aus einem Sein kann hingegen kein Sollen abgeleitet werden. Ob eine Norm wirksam ist, beantwortet hingegen das empirische Sein: Wird der normative Geltungsanspruch eingelöst, die Norm real befolgt und angewendet? Beim empirischen Sein geht es also um die Frage, ob die Norm in der Wirklichkeit Beachtung findet. Dies besagt nun aber keineswegs, dass die reale Rechtsbefolgung irrelevant wäre: „Eine Norm, die nirgends und niemals angewendet und befolgt wird, das heißt eine Norm, die – wie man zu sagen pflegt – nicht bis zu einem gewissen Grade wirksam ist, wird nicht als gültige Rechtsnorm angesehen.“ ⁶ Von der Frage nach der Geltung des Rechts

lässt sich das darüber hinausweisende Verhältnis der geltenden Rechtsordnung zu den Bürgern unterscheiden. ⁷ Wird die Erwartung der Rechtsordnung erfüllt, dass die Bürger zu einem normativen Grundkonsens finden und dass sie das geltende Recht im Großen und Ganzen befolgen?

Gerade weil die Machtbefugnisse einer durch die Verfassung, namentlich die Grundrechte, eingehegten Staatsgewalt begrenzt sind, ist der Staat auf die Akzeptanz seiner Institutionen und seines Rechts angewiesen. ⁸ In Abwandlung des berühmten Böckenförde-Diktums ⁹ hängt der Verfassungsstaat von den Voraussetzungen der Akzeptanz und eines normativen Grundkonsenses ab, die er um der Freiheit willen indes nicht garantieren kann. ¹⁰ Dass staatliche Maßnahmen auf öffentliche Akzeptanz stoßen sollten, erweist sich in der Demokratie als politische Klugheitsregel. Denn der Staat vermag den normativen Grundkonsens nicht zu erzwingen; „er ist wehrlos, wenn die Bürger in großer Zahl sich abwenden, wenn der allgemeine Wille zur Verfassung erlahmt“. ¹¹

AUTORITÄTSVERLUSTE UND „DIE KRAFT DER FREIEN AUSEINANDERSETZUNG“

Autoritätsverluste sind kein neues Phänomen; in jüngerer Zeit werden sie vor allem bezüglich der Polizei beklagt. Insbesondere zwei Erklärungsversuche lassen sich hierfür anführen: Zum einen kann ein Autoritätsverlust als Folge eines Vertrauensverlusts eintreten. Ursächlich dafür kann das Fehlverhalten von Polizeibeamten, aber auch das bloße Empfinden einer übermäßigen Gewaltanwendung sein. Dies gilt in besonderem Maße, wenn der Eindruck entsteht, dass es sich nicht um bloß individuelles Fehlverhalten einzelner Beamter handelt, sondern dieses auf strukturelle oder institutionelle Gegebenheiten zurückzuführen ist. Ein aktuelles Beispiel sind die gegenüber der Polizei erhobenen Rechtsextremismus- und Rassismuskorruptionen.

Zum anderen können Autoritätsverluste aber auch eintreten, weil sowohl der Staat als auch seine Institutionen und seine Rechtsordnung von den Bürgern grundlegend infrage gestellt oder erst gar nicht anerkannt werden. Hierzu können Fälle der organisierten Bandenkriminalität (sogenannte Clankriminalität) und das Entstehen sogenannter No-go-Areas gezählt werden.

Sowohl der Autoritätsverlust infolge fehlenden Vertrauens als auch das Infragestellen oder Nichtanerkennen von Staat und Rechtsordnung können durchaus miteinander verwoben sein. Wenn staatliche Institutionen und ihre Bediensteten anhand personenbezogener Merkmale differenzieren (und nicht etwa aufgrund konkreter Verdachtsmomente) oder auch nur ein solcher Eindruck entsteht – wie es beispielsweise beim sogenannten *Racial Profiling* der Fall ist –, kann dieses (angenommene) Fehlverhalten zu einem Vertrauensverlust in die staatlichen Institutionen führen. In der Konsequenz erscheint

auch ein Infragestellen der staatlichen Institution als solcher und ihres Handelns möglich.

Staat und Rechtsordnung sind auf Befolgung und Akzeptanz angewiesen, gerade weil der freiheitliche Verfassungsstaat seinen Herrschaftsanspruch nur begrenzt durchsetzen kann. Dieser Befund besagt nun jedoch keineswegs, dass der Staat zum Fatalismus verurteilt wäre. Zunächst kann und muss der Staat das geltende Recht durchsetzen und rechtswidriges Verhalten – beispielsweise Straßenblockaden durch Klimaaktivisten, die den Straftatbestand der Nötigung (Paragraph 240 Strafgesetzbuch) erfüllen – untersagen und ahnden. Zudem kann der Staat selbst durchaus dazu beitragen, dass seine Maßnahmen auf Zustimmung stoßen. Für die Akzeptanz der staatlichen Institutionen und des Rechts lassen sich nämlich Gelingensbedingungen identifizieren. Hinsichtlich der staatlichen Institutionen ist das Vertrauen der Bürger die zentrale Voraussetzung. Schaffen und stützen kann der Staat dies zunächst durch die Gestaltung seiner Institutionen (einschließlich ihrer personellen Besetzung) und des Verfahrens, ferner durch die kommunikative Vermittlung seiner Rechtsakte. Die transparente Aufarbeitung von Missständen kann verlorenes Vertrauen zurückgewinnen.

Fehlt es nicht nur punktuell, sondern grundlegend an einer Anerkennung der staatlichen Autorität und der Rechtsbefolgung, so richtet sich der Blick auf die Möglichkeiten zur Durchsetzung des staatlichen Herrschaftsanspruchs – auch gegen Widerstände. Aber selbst hier sind die staatlichen Machtbefugnisse um der Freiheit willen begrenzt. Das Grundgesetz setzt insofern auf die „Kraft der freien Auseinandersetzung“, auf „bürgerschaftliche(s) Engagement im freien politischen Diskurs“ und auf die „staatliche Aufklärung und Erziehung in den Schulen gemäß Art. 7 GG“.¹² Als letzte Reserve fungiert schließlich die wehrhafte Demokratie, die mit Partei- und Vereinsverbot (Artikel 21 Absatz 2, Artikel 9 Absatz 2 GG) sowie der Möglichkeit der Grundrechtsverwirkung (Artikel 18 GG) und auch der Ewigkeitsgarantie (Artikel 79 Absatz 3 GG) Instrumente zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bereithält.

STABILISIERUNG DURCH INFRAGESTELLUNG

In Bezug auf die Rechtsordnung und das staatliche Handeln im Allgemeinen bedarf es einer grundsätzlichen Überzeugung der Bürger von der Notwendigkeit und Richtigkeit des staatlichen Handelns. Die Rechtsordnung muss an grundlegenden Gerechtigkeitsvorstellungen ausgerichtet sein und die Interessen aller Bürger hinreichend berücksichtigen. Die Vorstellungen, was das im Einzelnen bedeutet, divergieren naturgemäß in einem pluralen Gemeinwesen, das – nicht allein, aber eben auch durch Einwanderung – zunehmend diverser wird.

Der Staat als „Heimstatt aller Staatsbürger“¹³ muss deren unterschiedliche Belange adressieren, um in allen Bevölkerungskreisen auf Akzeptanz zu stoßen. Dies bedeutet zwangsläufig auch, die Regeln des Gemeinwesens nicht schlicht als gegeben anzusehen, sondern sie immer wieder zu hinterfragen und neu auszuhandeln. Aus Sicht der Bürger bestehende Missstände gilt es zunächst ernst zu nehmen und zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung zu machen. Dies betrifft gegenwärtig insbesondere die unter dem Begriff des Rassismus¹⁴ geführten Debatten, Fragen der Repräsentation und Partizipation von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund in staatlichen Institutionen und die Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation. Öffentliche Meinung und Zeitgeist sind keineswegs Richtschnur für Rechtssetzung und -anwendung, sondern notwendigerweise vage bleibende Vorgaben, die jedoch als Seismograf für das staatliche Handeln und seine Akzeptanz fungieren können.

Die Autorität partiell infrage zu stellen, kann also paradoxerweise bei einem richtigen Umgang des Staates mit den Reaktionen der Bürger zu ihrer Stabilisierung beitragen. Behandelt und beantwortet der Staat die Kritik seiner Bürger an seiner Autorität, kann er damit Akzeptanz und Autorität stärken. Aufseiten der Bürger setzt dies allerdings eines voraus: die grundsätzliche Anerkennung der staatlichen Herrschaft. Hinterfragt und in Zweifel gezogen wird dann nicht das „Ob“ der staatlichen Autorität, sondern das „Wie“.

¹ Joseph Raz: *Practical Reason and Norms*, Oxford University Press 1999 (1. Aufl. Princeton 1975), S. 150 f.; ders.: *The Authority of Law. Essays on Law and Morality*, Oxford University Press 1979; näher: David Kuch: *Die Autorität des Rechts. Zur Rechtsphilosophie von Joseph Raz*, Tübingen 2016, S. 175 ff., S. 212 ff.

² Ino Augsberg / Steffen Augsberg / Ludger Heidbrink (Hrsg.): *Recht auf Nicht-Recht. Rechtliche Reaktionen auf die Juridifizierung der Gesellschaft*, Weilerswist 2020.

³ Bundesverfassungsgericht (BVerfG) NJW 2001, 2069 (2070).

⁴ BVerfGE 124, 300 (320).

⁵ BVerfGE 69, 315, 1. Leitsatz.

⁶ Hans Kelsen: *Reine Rechtslehre*, 2. Aufl., Tübingen / Wien 1960, S. 10.

⁷ Stephan Harbarth: „Der Auftrag des Staates zur Verwirklichung seiner Voraussetzungen als produktives Dilemma“, in: *Archiv des öffentlichen Rechts (AöR)*, 148. Band, Heft 1, März 2023, S. 9 f.

⁸ Vgl. Josef Isensee: „Gerechtigkeit – zeitlose Idee im Verfassungsstaat der Gegenwart“ (2000), in: Otto Depenheuer (Hrsg.): *Staat und Verfassung*, Heidelberg 2018, S. 3, S. 21.

⁹ Der zentrale Satz des Diktums lautet: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“

¹⁰ Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation“ (1967), in: ders. (Hrsg.): *Staat, Gesellschaft, Freiheit*, Frankfurt 1976, aktuelle Auflage Berlin 2016, S. 92, S. 113 f.

¹¹ Josef Isensee: „Das Volk als Grund der Verfassung – Mythos und Relevanz der Lehre von der verfassungsgebenden Gewalt“ (1995), in: Otto Depenheuer, a. a. O., S. 395, S. 466, siehe En. 8.

¹² BVerfGE 124, 300 (320).

¹³ BVerfGE 108, 282 (299).

¹⁴ Siehe dazu Judith Froese / Daniel Thym (Hrsg.): *Grundgesetz und Rassismus*, Tübingen 2022, passim.

Emotionale Integration

Über das Ankommen in einer freiheitlichen Gesellschaft

AHMAD MANSOUR

Geboren 1976 in Tira bei Kfar Saba (Israel), Diplom-Psychologe, Islamismus-Experte, Gründer und Geschäftsführer, MIND prevention (Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention), und Buchautor, Berlin. Sein viertes Buch „Operation Allah. Wie der politische Islam unsere Demokratie unterwandern will“ erschien am 28. September 2022 im S. Fischer Verlag.

Ob bei Radikalisierungsprozessen oder der Integration von Zuwanderern: Autoritäre Ideologien sind wieder angesagt. Für so manche Migranten stellen sie eine Alternative zur Demokratie dar und erschweren das emotionale Ankommen in Deutschland. Die Suche nach Orientierung, nach Entlastung von Verantwortung sowie Überforderung unter Heranwachsenden macht gerade junge Menschen anfällig für autoritäre Weltanschauungen.

Sie finden darin die Vereinfachung einer komplizierten Welt, ein Schwarz-Weiß-Bild mit geordneten Verhältnissen.

Die von mir und meiner Frau gegründete Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention bietet Workshops in Schulen, Gefängnissen, Asylantenheimen und Jugendzentren an. Unser primäres Ziel ist es, Jugendlichen auf Augenhöhe zu begegnen, ihnen Denkanstöße mitzugeben, Alternativen aufzuzeigen und mit ihnen eine emotionale Reise zu den Grundwerten dieses Landes anzutreten. Wir wollen sie ebenso für die Demokratie und für die Freiheit begeistern wie ihre Sehnsüchte nach Selbstbestimmung und kritischem Denken wecken. Im Zuge unserer Arbeit merken wir jedoch immer wieder: Diverse Autoritäten stehen uns dabei im Weg. Wir können unsere Ziele nur erreichen, wenn wir unseren Zielgruppen zu Mündigkeit verhelfen und sie in ihrem Widerstand gegen bestimmte Autoritäten stärken.

Wir arbeiten theaterpädagogisch und nutzen dafür verschiedene Rollenspiele, um die Teilnehmer zu aktivieren. Eines der Rollenspiele kreist um einen Vater, der seinen Sohn anschreit, warum er nichts auf die Reihe kriege, warum er nicht könne, was der Sohn des Nachbarn kann. Der Vater macht den Sohn nieder, der seinen Kopf senkt und von Minute zu Minute kleiner wird. In der Feedbackrunde danach äußern viele Jugendliche ihre Begeisterung für den Vater. Manche sagen uns, genauso lief es in ihren Familien: Der Sohn werde kritisiert, der Vater dagegen kaum, er sei doch eine Autorität, er wolle nur das Beste für seinen Sohn und ihm müsse mit Gehorsam und Respekt begegnet werden. Andere, die ohne Vater aufgewachsen sind oder ihren Vater als schwach

wahrnehmen, wünschen sich sogar solch eine Autorität, die ihnen zeigt, wo es langgeht – ein Wunsch, den übrigens Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund teilen.

PATRIARCHALE SOZIALISATION

Die wichtigste Aufgabe in unserer Arbeit ist es, genau dieses Rollenverständnis und das Verhalten des Vaters zu hinterfragen sowie den Jugendlichen die Angst vor solchen „autoritären“ Respektpersonen zu nehmen. Darin besteht auch die wichtigste Aufgabe für unsere Gesellschaft insgesamt. Denn nur selbstbewusste, mündige Menschen, die Autoritäten auch kritisch hinterfragen und ihnen gegebenenfalls entgegentreten, können die Demokratie schützen und mittragen.

Wenn man sich anschaut, welche Themen in den vergangenen Jahren in der Integrations- oder Radikalisierungsdebatte vorwiegend präsent waren, wird deutlich: Patriarchale Sozialisationsstrukturen gehörten nicht dazu. Dabei ist das gelebte Patriarchat in den Herkunftsländern vieler Migranten eine Herausforderung, die uns schon seit Jahrzehnten begleitet. Wer in patriarchalen Strukturen aufwächst, hat gelernt, dass die eigene Identität und deren Wert eng an den Gehorsam gegenüber Respektpersonen geknüpft ist. Hierzulande drohen genau deshalb Ängste vor Identitätsverlust: Der Umgang mit den verschiedenen Geschlechtern, mit Sexualität, mit Individualität und auch die Erziehungsmethoden in Deutschland unterscheiden sich stark von denen der Herkunftsländer wie etwa Syrien oder dem

Irak. Die Menschen müssen erst einmal davon überzeugt werden, dass Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung Chancen und kein Risiko für die eigene Identität darstellen.

Wenn wir nicht alles dafür tun, diese Überzeugungsarbeit zu leisten, werden viele Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland zwar physisch ankommen, aber niemals emotional. Denn die Sozialisation in patriarchalen Strukturen sowie die daraus resultierenden beschriebenen Ängste führen dazu, dass die Menschen auf Distanz zur Aufnahmegesellschaft gehen. Durch das Patriarchat wird die Entmündigung von Menschen vorangetrieben, kritisches Denken verhindert, Gehorsam gefordert, Kontrolle und Gewalt ausgeübt, Individualität als Risiko gesehen, Angst vor Freiheit geschürt, Sexualität tabuisiert, Gleichberechtigung unterdrückt. Und es fördert die Herabwürdigung anderer Menschen, Kulturen und ihrer Werte.

SCHULE FUNKTIONIERT ANDERS

Patriarchale Strukturen sind vor allem durch zwei Dinge geprägt: die Macht der Älteren über die Jüngeren und die Macht der Männer über die Frauen. Ersteres bedeutet, dass man sich nach oben duckt und nach unten tritt. In diesem System, das man sich wie eine Pyramide vorstellen kann, steht das Familienoberhaupt, also der Vater oder Großvater, ganz oben. Alle darunter müssen ihm gehorchen. Ihm folgen erst die Männer, dann die Frauen und schließlich die Kinder. Wer in diesem System aufwächst, muss seine

Position sehr früh erkennen und danach handeln.

Für das Individuum gibt es kaum Möglichkeiten zur Selbstentfaltung. Kritisches Hinterfragen der eigenen und der Positionen derer, die über einem stehen, ist nicht erlaubt. Beziehungsstrukturen zielen darauf ab, die Positionen zu respektieren und zu gehorchen. Wer sie infrage stellt, wird bestraft.

Ein weiteres Problem: Ältere Menschen aus der eigenen Community werden von Kindern und Jugendlichen als absolute Autoritäten anerkannt, in ihren deutschen Lehrern und vor allem Lehrerinnen hingegen sehen sie nichts als Bedeutungslosigkeit. Warum ist das so? Um es zu erklären, zeige ich den Lehrern oft die gerade beschriebene Pyramide und frage sie: „Wo, glauben Sie, stehen Sie in dieser Pyramide?“ Dann sagen sie meistens: „Ganz unten wahrscheinlich?“ Ich antworte: „Nein. Sie haben mit diesem System nichts zu tun. Sie stehen daneben. Sie werden ignoriert.“ Weibliche Lehrkräfte werden manchmal sogar verachtet. Und so gelten deutsche Lehrer weder als Respektpersonen, noch werden sie als adäquate Wissensvermittler anerkannt. Sie und der Rest der Gesellschaft bleiben außen vor oder werden geringgeschätzt, weil sie nicht wie das System agieren: Weder bestrafen sie, wie es dort geschieht, noch verlangen sie strikten Gehorsam. In Deutschland funktioniert Schule anders. Das ist natürlich gut so, jedoch merken die Kinder schnell, dass es „draußen“ weicher zugeht als zu Hause. Viele Probleme in Schulen, vor allem respektloses Verhalten, sind auf diesen Sachverhalt zurückzuführen.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass nicht alle Migranten in patriarchalen Systemen aufgewachsen sind. Und

auch nicht alle, die in einem solchen System groß werden, sind von allen negativen Auswirkungen betroffen.

UM DIE MENSCHEN KÄMPFEN

Es gibt allerdings Aspekte, vor denen wir die Augen nicht verschließen sollten, weil sie hinderlich für ein Ankommen in einer Demokratie und für ein friedliches Zusammenleben sind. Und das betrifft Flüchtlinge genauso wie Menschen, die seit Generationen in diesem Land leben und auch in der vierten Generation noch immer nicht bereit sind, diese patriarchalen Strukturen aufzugeben. Es betrifft auch Menschen ohne Migrationshintergrund, die durch Überforderung, fehlende Orientierung, Sinnsuche und wegen des Wunsches nach Vereinfachung und dem Abgeben von Verantwortung anfällig für Autoritäre werden. Diese nutzen ebenjene Bedürfnisse, um den Menschen den Zugang zu Extremismus und radikalen Ideologien anzubieten, egal, ob es um Islamismus, Rechtsextremismus oder Querdenken geht. In einer Welt der Krisen und Veränderungen wirken Autoritäre als Alternative, die mehr und mehr Menschen weltweit anspricht.

Bei der Integration und im Kampf gegen jegliche extremistische Ideologie müssen wir um die Menschen kämpfen. Wir müssen dort sein, wo Menschen für Extremismus anfällig werden. Demokratie darf niemals eine Selbstverständlichkeit sein. Politik und Gesellschaft müssen sie vermitteln, in den sozialen Medien, Schulen, Integrationskursen und in der Vereinsarbeit. Wir können das schaffen: mit der Vermittlung von Empathie und Mündigkeit, mit einer gesunden Debattenkultur, mit zeitgemäßer politischer Bildung und mit Vorbildern, die tagtäglich Demokratie vorleben.

Nur wenn wir den Menschen näherbringen, welche Geschenke Freiheit und Demokratie sind, wird eine (emotionale) Integration überhaupt möglich – auch wenn diese Geschenke im ersten Moment vielleicht bedrohlich wirken. Denn natürlich erfordert das Ankommen in einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft ein Umdenken, insbesondere dann, wenn man aus patriarchalen Strukturen kommt. Ein Umdenken, um die Art und Weise, wie Menschen hier in Europa leben, zu akzeptieren und anzunehmen, anstatt sie abzuwerten und jede gedankliche oder emotionale Annäherung als Verrat an der eigenen Identität, Kultur, Religion, Familie und den eigenen Werten zu sehen.

Mehrheitsfähig?

Über tatsächliche und angemäÙte Autorität

THOMAS PETERSEN

Geboren 1968 in Hamburg,
Kommunikationswissenschaftler
und Meinungsforscher,
Projektleiter beim Institut für
Demoskopie Allensbach (IfD).

„Autorität“ ist ein schwieriger Begriff. Er wird oft missverstanden, wirkt altmodisch, wenn nicht gar aus der Zeit gefallen, und ist doch unersetzlich. Aber was ist „Autorität?“

Der Begriff leitet sich aus dem lateinischen „auctoritas“ ab, das für eine charismatische Macht stand.

Der Schlüsselsatz zu seinem Verständnis findet sich im Tatenbericht des ersten römischen Kaisers Augustus, der im Jahr 27 v. Chr. seine vorher gewaltsam erworbenen Machtbefugnisse feierlich an die (allerdings zuvor politisch gleichgeschalteten) legitimen Verfassungsorgane zurückgab und seitdem formal als Privatmann lebte, faktisch jedoch auch weiterhin unangefochten über das Reich herrschte. Er schrieb: „Seit jener Zeit [nämlich der Rückgabe der Ämter, Anmerkung des Autors] überragte ich alle an *auctoritas*, an Amtsgewalt, aber besaß nicht mehr als alle anderen, die ich im Amt zu Kollegen hatte.“ „Auctoritas“

steht für eine informelle, auf Ansehen, Würde und Respekt gegründete Machtposition und ist damit zu trennen von „Potestas“, der formellen Amtsgewalt.

Diese Bedeutung bildet auch heute noch den Kern des Begriffs „Autorität“. Der Pädagoge Winfried Böhm drückt es so aus: „Autorität ist streng zu unterscheiden von Macht und Gewalt. Während diese die faktische Möglichkeit bezeichnen, anderen zu befehlen und sie zu einem bestimmten Handeln und Verhalten zu zwingen, setzt jene grundsätzlich die freie Zustimmung dessen voraus, über den Autorität ausgeübt wird [...]. Autorität meint also die anerkannte Fähigkeit einer Person, einer Gesellschaft oder Einrichtung, auf andere einzuwirken, um sie einem bestimmten Ziel näherzubringen.“

VERMISCHUNG VON BEGRIFFEN

Allerdings wird im Alltagsverständnis die logische Trennung zwischen Autorität und einer auf Zwang gegründeten Machtausübung nicht immer vollständig vollzogen. Die klare Unterscheidung zwischen „authority“ und „authoritarianism“, wie sie im Englischen üblich ist, hat sich im Deutschen nicht gänzlich durchgesetzt. Eine Schlüsselrolle spielt hier wahrscheinlich die berühmte Studie *The Authoritarian Personality* von Theodor W. Adorno aus dem Jahr 1950, die den Begriff des Autoritären prominent in der intellektuellen Debatte platzierte. Dieses Stichwort wurde in den folgenden Jahrzehnten in verschiedener Form aufgegriffen – etwa in der Debatte um „antiautoritäre Erziehung“ – und dabei oft mit der Forderung verbunden, traditionelle Autoritäten infrage zu stellen. Die dadurch entstehende Vermischung der Begriffe klingt im heutigen Verständnis des Begriffes „Autorität“ nach.

Als das Institut für Demoskopie Allensbach im Jahr 2011 im Auftrag der Herbert-Quandt-Stiftung eine Repräsentativumfrage über die Einstellung der Bevölkerung zur Autorität durchführte, wurde dies deutlich erkennbar. Es zeigte sich, dass die beiden Bedeutungsdimensionen in den Vorstellungen der Befragten durcheinandergingen. Es dominierten jedoch die positiven Aspekte: So wurden die Befragten gebeten, anzugeben, ob sie bestimmte nacheinander vorgelesene Begriffe mit dem Stichwort „Autorität“ in Verbindung brächten. 79 Prozent antworteten daraufhin, man könne ihrer Ansicht nach den Begriff „Macht“ mit „Autorität“ in Verbindung bringen. 78 Prozent sagten das Gleiche vom Stichwort „Respekt“. Es folgten in der Häufigkeit der Nennungen die Punkte „Ansehen“ (67 Prozent), „Charisma, Ausstrahlung“ (62 Prozent) und „Kompetenz“ (61 Prozent). Stichworte, die ein Verständnis des Begriffes „Autorität“ im Sinne von „autoritär“ nahelegten – wie „Willkür“ und „Gewalt“ – wurden dagegen deutlich seltener genannt.

Nahezu Einigkeit herrschte in der Bevölkerung, dass die Gesellschaft Autoritätspersonen braucht. Bei einer entsprechenden Frage gaben damals 79 Prozent diese Antwort. Nur neun Prozent widersprachen. Dabei gaben,

anders, als man im Vorfeld vielleicht hätte vermuten können, jüngere Befragte im Alter unter dreißig Jahren keine grundlegend anderen Antworten als die Angehörigen der anderen Altersgruppen. Deutlich wurde in der Umfrage auch, dass Autorität zwar überwiegend als Persönlichkeitseigenschaft angesehen wird, aber bis zu einem gewissen Grad auch an Ämter und Positionen gebunden ist. Autorität ist daher nicht mit bloßer Gefolgschaft aufgrund von Vertrauen zu verwechseln, wenn auch beides miteinander verbunden ist. Zur Bereitschaft, die Autorität einer Person anzuerkennen, gehört der Respekt vor ihrer gesellschaftlichen Position.

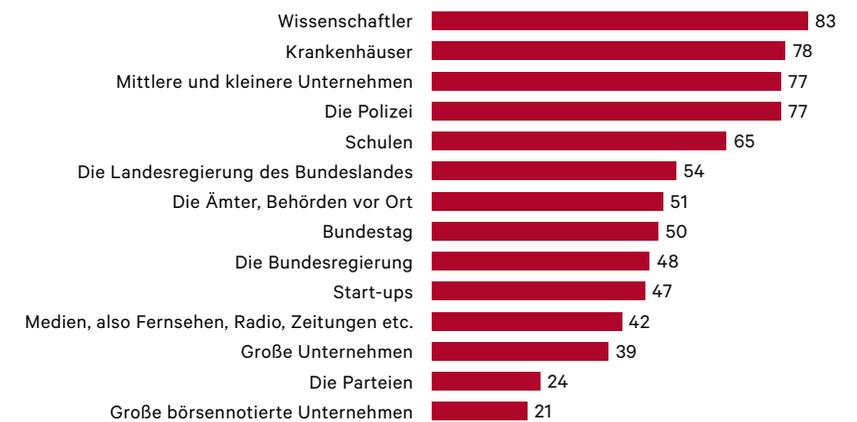
In der Demokratie spielt Autorität eine zentrale Rolle, denn sie ist eng verbunden mit dem Ansehen demokratisch legitimierter Institutionen. Gruppen, die die Demokratie bekämpfen, versuchen darum, die Autorität ihrer Institutionen zu schwächen. Das klassische Vorgehen besteht darin, „das Volk“ gegen die Institutionen in Stellung zu bringen. Ob bei der demonstrativen Verachtung des „Establishments“ durch die 68er-Bewegung vor einem halben Jahrhundert oder aktuell beim Versuch der „Letzten Generation“, demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen mithilfe eines „Gesellschaftsrates“ zu entmachten, ob bei den Angriffen Donald Trumps auf die angeblich korrupte politische Elite in Washington oder denen der AfD auf das, wie sie es nicht zufällig nennt, „System“ – immer geht es letztlich um die Aushöhlung der Autorität der repräsentativen Demokratie und ihrer demokratisch verfassten Institutionen.

Vor diesem Hintergrund ist die Tatsache von Bedeutung, dass das Ansehen der wichtigsten staatlichen Institutionen in Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten nicht etwa, wie oft behauptet wird, gesunken, sondern umgekehrt gestiegen ist. Dies zeigen die Antworten auf die vom Institut für Demoskopie Allensbach im Dezember 2022 gestellte Frage, zu welchen staatlichen oder gesellschaftlichen Institutionen und Einrichtungen man Vertrauen habe. Die Befragten erhielten eine Liste mit vierzehn Punkten zur Auswahl und wurden gebeten, zu jeder Institution auf der Liste anzugeben, ob sie ihr gegenüber sehr viel, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen haben. In Grafik 1 sind die Anteile derjenigen zusammengefasst, die sagten, sie hätten zu der betreffenden Institution sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen. An erster Stelle in der Rangliste, genannt von 83 Prozent, standen die Wissenschaftler. Es folgten knapp dahinter Krankenhäuser, mittlere und kleinere Unternehmen, die Polizei und, mit etwas Abstand, die Schulen. Mit deutlichem Abstand, genannt jeweils von etwa der Hälfte der Bevölkerung, rangierten die wichtigsten Institutionen des Staates im Mittelfeld: die Landesregierungen, der Bundestag und die Bundesregierung. Dagegen sagte nur knapp jeder vierte Befragte, er habe sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Parteien.

Zu einigen der auf der Liste vorgelegten Institutionen liegen Trendergebnisse aus früheren Jahren vor: Das Vertrauen der Bürger in den Bundestag,

Grafik 1: Vertrauen in Institutionen

Frage: „Auf dieser Liste stehen verschiedene staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen bzw. Institutionen. Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben?“ (Listenvorlage)
Antwort: „Sehr viel, ziemlich viel Vertrauen“



Angaben in Prozent

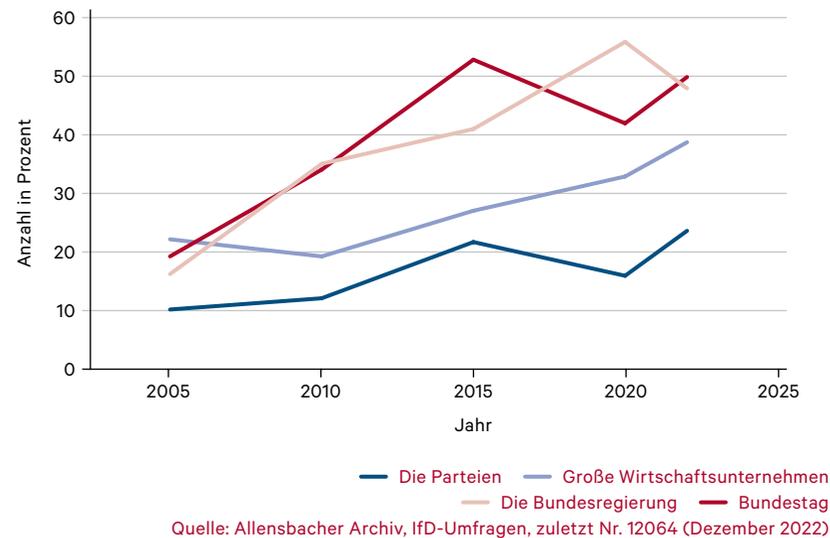
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage Nr. 12064 (Dezember 2022)

die Bundesregierung, die Parteien und große Wirtschaftsunternehmen wurde bereits wiederholt in der Vergangenheit mit der gleichen Frageformulierung ermittelt. Die Trendentwicklung zeigt, dass das Vertrauen in diese vier Institutionen alles in allem zugenommen hat (Grafik 2, Seite 50). Das gilt auch für die Bundesregierung, die derzeit für ihr Krisenmanagement vielfach kritisiert wird. Zwar ist der Anteil derjenigen, die sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Bundesregierung haben, kleiner als die Zahl derer, die vor zwei Jahren Vertrauen in die damalige Regierung äußerten; dennoch war das Vertrauen in die Bundesregierung Ende des vergangenen Jahres noch immer deutlich größer als vor einem oder zwei Jahrzehnten. Man erkennt, dass die derzeitige in vielerlei Hinsicht krisenhafte Lage zwar durchaus eine Herausforderung für das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern bedeutet. Doch von einer tiefen Vertrauens- und damit auch Autoritätskrise kann zumindest Ende des Jahres 2022 keine Rede sein.

Wie beschrieben, funktioniert Autorität, weil Menschen anderen Menschen aus Respekt vor der Person und ihrer gesellschaftlichen Stellung freiwillig folgen. Das unterscheidet echte Autorität von den Versuchen, die Gesellschaft durch Einschüchterung und medialen Druck zur Gefolgschaft zu zwingen. Ein Beispiel hierfür ist die sogenannte „gengerechte Sprache“, die seit einiger Zeit an vielen Universitäten, öffentlichen Institutionen und auch in einigen Medien verwendet wird.

Grafik 2: Vertrauen in Institutionen – Trend

Frage: „Auf dieser Liste stehen verschiedene staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen bzw. Institutionen. Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben?“ (Listenvorlage)
Antwort: „Sehr viel, ziemlich viel Vertrauen“

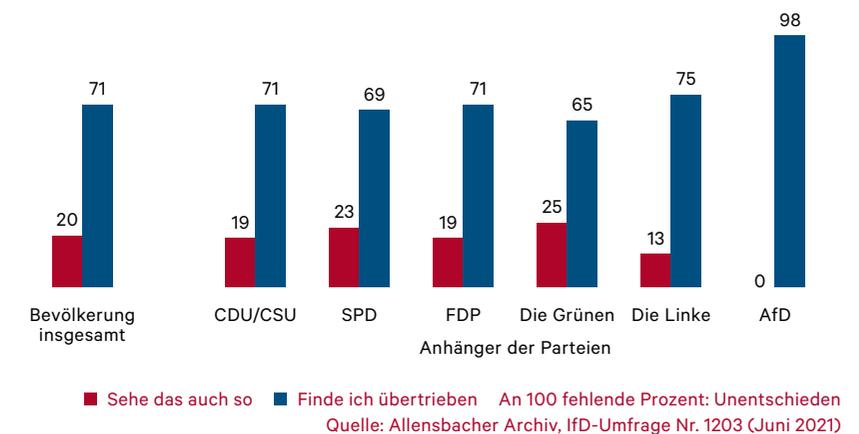


In einer Allensbacher Umfrage vom Juni 2021 wurde die Frage gestellt: „Wenn jemand sagt: ‚Man sollte in persönlichen Gesprächen immer darauf achten, dass man mit seinen Äußerungen niemanden diskriminiert oder beleidigt. Daher sollte man zum Beispiel neben der männlichen auch immer die weibliche Form benutzen.‘ Sehen Sie das auch so, oder finden Sie das übertrieben?“ Die Antworten der Befragten auf diese Frage waren eindeutig: Lediglich zwanzig Prozent sagten, sie sähen das auch so, 71 Prozent hielten ein solches Verhalten für übertrieben. Frauen sprachen sich zu 65 Prozent gegen die „gendergerechte Sprache“ aus. Die Einstellung zum „Gendern“ war offensichtlich auch keine Frage der Generation: Unter-30-Jährige waren zu 65 Prozent der Ansicht, ein solcher Sprachgebrauch sei übertrieben. Diese Haltung zog sich auch durch alle politischen Lager: Am relativ größten war der Anteil der Befürworter der „gendergerechten Sprache“ noch unter den Anhängern der Grünen – doch auch bei ihnen betrug er nur 25 Prozent. 65 Prozent der Grünen-Anhänger sprachen sich dagegen aus (Grafik 3).

Ähnlich eindeutig fielen die Antworten zu anderen Aspekten der Political Correctness aus. Es zeigte sich, dass, wer im persönlichen Umfeld „Zigeunerschnitzel“ bestellt, von „Indianerhäuptlingen“ spricht und es sich erspart, im privaten Gespräch „Gendersternchen“ mitzusprechen, kaum

Grafik 3: „Gendern“ – Analyse nach Parteianhängerschaft

Frage: „Wenn jemand sagt: ‚Man sollte in persönlichen Gesprächen immer darauf achten, dass man mit seinen Äußerungen niemanden diskriminiert oder beleidigt. Daher sollte man z. B. neben der männlichen auch immer die weibliche Form benutzen.‘ Sehen Sie das auch so, oder finden Sie das übertrieben?“



jemals auf den Unmut seiner Mitmenschen stoßen wird. Warum aber haben viele Menschen dennoch den Eindruck, dass man sich Ärger einhandelt, wenn man dies tut? Dies ist nur erklärbar, wenn man die Rolle der Massenmedien in diesem Prozess mitberücksichtigt. Ohne sie könnte ein solcher öffentlicher Druck gegen die Einstellungen der Mehrheit nicht aufgebaut werden. Es spricht einiges dafür, dass sich die intellektuellen Diskussionen um derartige Themen – einschließlich der Diskussionen in vielen Massenmedien – weitgehend von der Lebenswirklichkeit der Bürger entkoppelt haben.

Dies aber birgt für die Gesellschaft Konfliktpotenzial. Für die beteiligten Medien ist es problematisch, weil Zuspruch und Glaubwürdigkeit in Gefahr sind, denn tatsächlich verfügen sie bei der Bevölkerung nicht über die Autorität, die sie bräuchten, um ihre Vorstellungen von „korrektem“ Verhalten und „korrekter“ Sprache durchzusetzen. Die Bereitschaft der Bürger, sich sprachlich gängeln zu lassen, ist nicht grenzenlos. Es mag ein gewisses Maß an Selbsttäuschung dahinterstecken; dennoch ist es bemerkenswert, dass in der Umfrage vom Juni 2021 55 Prozent der Befragten der Aussage zustimmten: „Ich weigere mich mit Absicht, meine Ausdrucksweise anzupassen und mich politisch korrekt auszudrücken, weil es mich nervt, wenn andere versuchen, mir ihre Sprachregelungen aufzudrängen.“ Nur neunzehn Prozent stimmten der Aussage ausdrücklich nicht zu. Das unterscheidet echte von angemessener Autorität: Wer versucht, Regeln zu setzen, denen sich die Mehrheit zu folgen weigert, ist am Ende machtlos.

Zwischen Bürgerpolizei und Feindbild

—
Polizeibeamte und Autorität

STEFAN GOERTZ

Promovierter Staatswissenschaftler,
Professor für Sicherheitspolitik, Schwer-
punkt Extremismus- und Terrorismus-
forschung, Hochschule des Bundes,
Fachbereich Bundespolizei, Lübeck.

Laut dem *Standard Eurobarometer* der Europäischen Kommission hatten im Winter 2022/23 rund 78 Prozent der Deutschen Vertrauen in die Polizei, rund achtzehn

Prozent vertrauten ihr nicht. Im Herbst 2019 war das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in ihre Polizei mit 85 Prozent auf einem Höchststand. Trotz einer Abnahme um sieben Prozentpunkte in den vergangenen drei Jahren bleibt das Vertrauen in die Polizei demnach groß.

Die Polizei ist Teil der Exekutive. Ihre primäre Aufgabe ist die Gewährleistung der inneren Sicherheit. Polizeibeamte

müssen Autorität ausüben und zugleich bei den Bürgerinnen und Bürgern Vertrauen erwecken. Die Wahrnehmung von Autorität und Respekt ist eine Grundvoraussetzung für polizeiliches Handeln. Die Autorität der Polizei stützt sich einerseits auf ihren gesetzlichen Auftrag, andererseits auf das hohe Ansehen innerhalb der Bevölkerung. Die Amtsautorität wird Polizeibeamten zugeschrieben, weil sie gesetzlich legitimiert ist. Diese Autorität konkretisiert sich in jeder Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Weil Autorität zugeschrieben wird, ist Autorität (Amtsautorität sowie personale Autorität) nur beständig, wenn diese auch von den Bürgerinnen und Bürgern bejaht wird. Vertritt das Gegenüber die Auffassung, dass Polizeibeamte nicht automatisch Autorität innehaben, so ist die Amtsautorität trotz ihrer gesetzlichen Legitimation für das Gegenüber hinfällig.¹

HERAUSFORDERNDER POLIZEIALLTAG

Im Vergleich zu anderen Autoritäten ist für Polizeibeamte der Umgang mit Gewalt ein integraler Bestandteil ihres Berufs. Polizeibeamte setzen das Gewaltmonopol des Staates durch – zur Not mit körperlicher Gewalt. Polizeibeamte begeben sich in Situationen, in denen Gesetzesbrüche begangen worden sind. Sie müssen Recht und Ordnung wiederherstellen und treffen dabei nicht selten auf heftige körperliche und verbale Gegenwehr.

Der Eindruck vieler Polizeibeamter ist, dass die Polizei in den letzten Jahren immer heftiger kritisiert und attackiert wird. Wer diese Polizeibeamten fragt, ob

und wie sich ihr Beruf verändert habe, bekommt häufig Klagen über die zunehmende Gewalt und Respektlosigkeit zu hören, die ihnen im Polizeialltag entgegenschläge.²

In Bezug auf die massiven Angriffe auf Polizeibeamte in der Silvesternacht 2022/23 sprach der Zürcher Kriminologe Dirk Baier von einer Art „Machtspiel“ mit der durch die Polizei vertretenden Staatsgewalt. Baier nutzte hierfür auch die Begriffe „Hassobjekt“, „Freiwild“ und „Verrohungstendenzen“.³

Die Polizei und ihre Arbeit werden heute stärker hinterfragt, ihre Autorität wird häufiger infrage gestellt. Es gibt Jugendliche, die sich über unverhältnismäßige Kontrollen während des Corona-Lockdowns beschwerten, Studierende, die gegen Polizeigewalt und strukturellen Rassismus protestieren. Dazu kommen radikale und extremistische Milieus der Bereiche Rechts- und Linksextremismus, „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sowie bei der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates. Dort werden Polizeibeamte als „Bullen“, „Bullenschweine“, „Bastarde“ (*ACAB, All Cops Are Bastards*) und „Söldner der Coronadiktatur“ diffamiert.

Dass bestimmte radikale und extremistische Milieus Polizeibeamte ablehnen und ihre Autorität infrage stellen, ist allgemein bekannt. Eine massive Gefährdung der Autorität der Polizei wäre es, wenn diese Ablehnungshaltung, diese Feindbilder auf größere Teile der Gesellschaft übergriffen. Um dies zu verhindern, sind Transparenz, eine sensible Fehlerkultur aufseiten der Polizei, jedoch auch eine gesamtgesellschaftliche Debatte über Ablehnungshaltungen gegen die Polizei unabdingbar.⁴

Polizeibeamte werden deutschlandweit pro Tag Opfer von mehr als 200 Angriffen.⁵ In der Hauptstadt Berlin werden täglich durchschnittlich zwei Polizeibeamte Opfer einer Gewalttat.⁶

SINKENDE HEMMSCHWELLE

Eine lautstarke Minderheit erklärt Polizeibeamte permanent in den Sozialen Netzwerken zu „Feinden“, macht sie zu personifizierten, zu entmenschlichten Hassobjekten. Enthemmte Sprache in den Sozialen Netzwerken senkt die Hemmschwelle für Gewalt gegen Polizeibeamte.

In den letzten Jahren ist das Thema Gewalt gegen Polizeibeamte von den Medien und der Politik (etwas) breiter in der Öffentlichkeit thematisiert worden. Das Bundeskriminalamt veröffentlicht hierzu jährliche Lagebilder. Zu den Gewalttaten gegen Polizeibeamte nennt das aktuelle Bundeslagebild für den Berichtszeitraum 2021 insgesamt 39.649 Fälle von Gewalttaten; dadurch wurden 88.626 Polizeibeamte Opfer von Gewalt, davon waren 79,3 Prozent männlich und 49,5 Prozent zwischen 25 und 35 Jahren alt. 87 Prozent der Polizeibeamten, die Opfer von Gewalttaten wurden, waren von Widerstand und tätlichem Angriff betroffen.⁷

Polizeibeamte schützen – mit ihrem Leben und mit ihrer Gesundheit – die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger, unsere Demokratie, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Polizei-

beamte riskieren für unsere Demokratie, für unseren Rechtsstaat, tagtäglich ihr Leben. Polizeibeamte befinden sich in einem Spannungsverhältnis zwischen Bürgerpolizei und Feindbild. Wer einen Polizeibeamten angreift, greift unsere Demokratie an, unsere Bundesrepublik Deutschland.

Gewalt gegen Polizeibeamte muss mit der vollen Härte des Rechtsstaats beantwortet und ein gesamtgesellschaftlicher Konsens zur Ächtung der Gewalt gegen Polizeibeamte, Rettungskräfte und andere Menschen, die den Staat vertreten, erzielt werden. Wir müssen die schützen, die uns schützen!

¹ Vgl. Matthias Weber: „Relevanz von Autorität und Respekt für polizeiliches Handeln. Wie entstehen polizeiliche Autorität und Respekt und wie können sie in polizeiliches Handeln integriert werden?“, in: SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis, Nr. 4/2020, S. 15.

² Tanjev Schulz: Dein Freund, dein Feind? Zur Wahrnehmung der Polizei in der Mediengesellschaft, Bundeszentrale für politische Bildung, 02.08.2021, www.bpb.de/themen/innere-sicherheit/dossier-innere-sicherheit/335489/dein-freund-dein-feind/ [letzter Zugriff: 03.05.2023].

³ Uwe Pagels: „Mob sucht ‚Machtspiel‘ mit Polizei“. Interview mit Dirk Baier, in: Bayerischer Rundfunk, 03.01.2023, www.br.de/nachrichten/bayern/experte-ueber-silvester-gewalt-mob-sucht-machtspiel-mit-polizei,TRsUPM7 [letzter Zugriff: 03.05.2023].

⁴ Ebd., siehe En. 3.

⁵ „Polizisten in Deutschland zunehmend Opfer von Gewalt“, in: Handelsblatt, 28.05.2020, www.handelsblatt.com/politik/deutschland/angriffe-polizisten-in-deutschland-zunehmend-opfer-von-gewalt/25868692.html [letzter Zugriff: 03.05.2023].

⁶ Ebd.

⁷ Vgl. Bundeskriminalamt: Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte. Bundeslagebild 2021, Wiesbaden 2022, S. 4.

Auf die Dosis kommt es an

Demokratien brauchen Autorität, die Frage ist nur, wie viel

DIETER THOMÄ

Geboren 1959 in Heidelberg, ehemaliger Fellow und Gastprofessor unter anderem am Getty Research Institute, Los Angeles, am Wissenschaftskolleg zu Berlin, am Institute for Advanced Study, Princeton, und an der Yale University, Professor für Philosophie, Universität St. Gallen.

Wenn die Welt kompliziert ist, wächst die Sehnsucht danach, dass alles rundläuft und glattgeht. Den Wunsch, dass man „glücklich ist, nicht nur sich nervös plagt“, äußerte vor hundert Jahren der Schriftsteller Robert Musil – und wer würde ihm nicht beistimmen? In schweren Zeiten steigen allerdings auch die Erfolgchancen von Politikern, die einfache

Antworten geben, scharfe Ansagen machen und – wie Donald Trump kurz vor seinem Amtsantritt im Jahr 2017 – erklären: „I am the only one who can fix it.“

Für den demokratischen Diskurs sind solche Politiker Gift. Von ihnen heißt es, sie verträten autoritäre Tendenzen, und es wird vor ihnen gewarnt. Vor der Bezeichnung „autoritär“ in diesem Zusammenhang möchte ich nun allerdings meinerseits warnen. Das hat wohlgemerkt nichts damit zu tun, dass ich klammheimliche Sympathien für autoritäre Regime hätte. Was mich vielmehr umtreibt, ist die Sorge, dass wir uns einen Bärendienst erweisen, wenn wir Demagogen und Autokraten als „autoritär“ bezeichnen. Denn damit fällt unweigerlich auch ein Schatten auf das Wort „Autorität“. Es wirkt verdächtig und droht auf die Seite der Demokratiegegner zu rutschen. Das aber hat die Autorität nicht verdient. Sie ist – wie sich zeigen wird – besser als ihr Ruf. Eine Demokratie, die diesen Namen verdient, muss sich auf Autorität in der einen oder anderen Form einlassen.

UNVERHOHLENES BEGRIFFSWIRRWARR

Manche Internetlexika, die sich dem Auftrag der Jugend- und Volksbildung verpflichtet sehen, wollen davon nichts wissen. Auf der vom österreichischen Bildungsministerium geförderten Plattform *www.politik-lexikon.at* ist zu lesen: „Es gibt Menschen, die nur ihre eigene Meinung zulassen. Das nennt man autoritär. Auch Regierungen können so sein. [...] Zum Beispiel regiert eine Diktatur autoritär.“ In dem Nachschlagewerk *Das junge Politik-Lexikon* der Bundeszentrale für politische Bildung klingt das ähnlich: „Wenn ein Mensch sich allen anderen überlegen fühlt, wenn er weder Kritik noch Widerspruch zulässt, bezeichnet man ihn als ‚autoritär‘. [...] Übertragen auf einen Staat würde das bedeuten: Eine Herrschaft, eine Regierung, die autoritär handelt, hindert Parteien oder Gruppen daran, demokratisch im Staat mitzuwirken. [...] Dies ist zum Beispiel in einer Diktatur [...] der Fall [...]“

Den Verfassern des zweiten Lexikons kam bei der Formulierung dieses Textes immerhin eine Einsicht in die Quere, die sie nicht verschweigen wollten. So haben sie eine Anmerkung ergänzt: „Das Wort ‚autoritär‘ wird meistens in negativem, ablehnendem Sinne gebraucht. Eine ‚Autorität‘ dagegen ist jemand, der wegen seiner Stellung, seiner Kenntnisse und Leistungen ein besonderes Ansehen genießt.“ Diese Aussage ist allerdings ein Armutszeugnis. Selten ist ein Begriffswirrwarr derart unverhohlen zur Schau gestellt worden. Mit wild wechselnden Bewertungen steht das böse Adjektiv „autoritär“ Seite an Seite neben dem guten Substantiv „Autorität“. Das wäre in verwandten Fällen – etwa bei „pubertär“ und „Pubertät“ – undenkbar. Dass gerade bei der Frage der Autorität eine derartige sprachliche Verwirrung auftritt, lässt den Schluss zu, dass wir mit diesem Ausdruck nicht im Reinen sind. Er löst Unbehagen oder Verunsicherung aus, die – wie man vermuten darf – vor

allem politischer Natur ist. Die Demokratie hat ihre liebe Mühe mit der Autorität. Sie weiß nicht recht, was von ihr zu halten ist.

Pädagogik und Philosophie haben zu dieser Verunsicherung teilweise beigetragen. In ihrem pünktlich zum Jahrhundertbeginn 1900 erschienenen Buch *Das Jahrhundert des Kindes* behauptete die schwedische Reformpädagogin und Schriftstellerin Ellen Key, „das Wort Kind“ sei „nur ein anderer Ausdruck für den Begriff Majestät“, und überließ es ihren Nachfolgern, ob die Autorität geradewegs von den Eltern auf das Kind verschoben oder gleich die antiautoritäre Erziehung eingeführt werden sollte. Die philosophische Diskussion wurde vor allem von der Frankfurter Schule geprägt, die mit Thesen zu *Autorität und Familie* (Max Horkheimer, 1936) sowie *Studien zum autoritären Charakter* (Theodor W. Adorno, 1950) hervortrat und den Zusammenhang zwischen Autorität und Faschismus erforschte. Oft wird allerdings übersehen, dass die Vertreter dieser Schule den Begriff Autorität keineswegs rundweg verwarfen, sondern ihn in einem „positiven“ Sinn bewahren und verteidigen wollten.

BESONDERE FORM VON MACHTAUSÜBUNG

Es ist an der Zeit, die Verwirrung um die „Autorität“ zu beseitigen. Zu diesem Vorhaben gehört auch – sogenannte „autoritäre“ Regime hin oder her –, ausgehend von der Demokratie einen positiven Zugang zur Autorität zu finden. Bei diesem Unterfangen hilft eine Arbeitsdefinition, die Hannah Arendt im Jahre 1956 in ihrem Essay *Was ist Autorität?* entwickelt hat. Sie erklärt, „die autoritäre Beziehung“ sei gekennzeichnet durch eine „Hierarchie [...], deren Legitimität beide [beteiligten] Parteien anerkennen und die jedem von ihnen seinen von ihr vorbestimmten [...] Platz anweist“. Zur Autorität gehört demnach eine besondere Form von Machtausübung, die an der Kooperation der Beteiligten hängt. Arendt unterscheidet deshalb auch zwischen Autorität und Gewalt. Wenn jemand sich nur mit Gewalt durchsetzen kann, wird er zwar vielleicht sein Ziel erreichen, aber seine Autorität einbüßen. Zu letzterer gehört eine Wirkung auf Menschen, die ohne physischen Zwang auskommt. Das heißt keineswegs, dass Autorität über jeden Zweifel erhaben wäre, aber sie nähert sich nach diesem Verständnis jedenfalls der Demokratie an, in der die Gewalt ja ebenfalls eingeht.

Wenn jemand, der Autorität beansprucht, auf die Anerkennung anderer Menschen angewiesen ist, dann bleibt die Frage, warum sie dazu überhaupt bereit sein sollen. Eigentlich wären sie doch schön blöd, wenn sie sich darauf einließen, oder? Schließlich sind die Menschen heutzutage an Gleichheit und Augenhöhe gewöhnt. Man kann aber nicht an der Tatsache vorbeigehen, dass auch und gerade in der Demokratie eine Vielzahl sozialer Beziehungen auf Autorität basieren. Genau genommen kommen insgesamt vier

Typen von Autorität zum Einsatz. Sie haben, wie fast alles im Leben, Stärken und Schwächen, Licht- und Schattenseiten. Konkret heißt dies, dass die verschiedenen Typen jeweils in mehr oder weniger demokratiefreundlichen Varianten auftreten. So darf man beim Umgang mit der Autorität wählerisch sein und prüfen, ob und wann sie sich von ihrer besten Seite zeigt.

STÄRKEN UND SCHWÄCHEN VERSCHIEDENER AUTORITÄTSVARIANTEN

Institutionelle Autorität. Dauernd haben wir mit Menschen zu tun, die als Vertreter einer Institution auftreten. Man denke etwa an Zugbegleiterinnen oder Zollbeamte. Sie sind befugt, uns zu kontrollieren, und normalerweise lassen wir das bereitwillig über uns ergehen. Autorität bedeutet in ihrem Fall, dass sie offiziell autorisiert sind, ein Amt auszufüllen oder eine Aufgabe wahrzunehmen. Wir alle sind darauf angewiesen, dass sie die Ordnung sichern. So weit, so gut, so demokratisch. Man sollte jedoch nicht verschweigen, dass diese Art von Autorität auch ins Negative umschlagen kann. Dies ist der Fall, wenn diejenigen, die ein Amt ausfüllen, sich in ihrer Macht sonnen. Statt der Demokratie zu dienen, wird die institutionelle Autorität dann Teil einer verwalteten Welt. Jeder Bittsteller, der an irgendeiner Dienststelle (was für ein Wort!) von oben herab behandelt worden ist, kann ein Lied davon singen oder – wie Franz Kafka – einen Roman darüber schreiben.

Fachliche Autorität. Nicht immer wirken Vertreter institutioneller Autorität besonders kompetent in dem, was sie tun. Die Autorität wird ihnen übertragen, kommt also nicht aus ihnen selbst. Das ist bei der fachlichen Autorität oder bei der Autorität als Fähigkeit anders. Am besten lässt sich dies am Beispiel des Handwerks erfassen. Ein Wasserhahn tropft, eine Schraube greift nicht, und während die meisten stümperhaft selbst herumprobieren, machen die Könner zwei, drei Handgriffe, und alles ist gut. Die Autorität, die sie auf ihrem Gebiet verkörpern, basiert auf Erfahrung, Übung, erlernter, erarbeiteter Kompetenz. Die Meister der Kompetenz sind ins Gelingen verliebt, und das tut der Gesellschaft gut. Ihre Stärke zeigt sich am Ergebnis.

Wie bei der institutionellen, so sind allerdings auch bei der fachlichen Autorität Schwächen oder Schattenseiten zu erkennen. Als *Déformation professionnelle* können bei den Meistern der Kompetenz Beratungsresistenz und Schlaubergerei auftreten. Für die Demokratie ist vor allem dann ein kritischer Punkt erreicht, wenn gewisse Vertreter fachlicher Autorität dazu neigen oder dazu angestiftet werden, ihre Rolle zu übertreiben. Das betrifft nicht die gerade erwähnten Handwerker, wohl aber selbst ernannte oder offiziell anerkannte Experten. In sie setzen verunsicherte Bürger gern komplett überzogene Erwartungen. Experten sollen fertige Lösungen für gesellschaftliche Probleme liefern, die doch nur im gemeinsamen Beratschlagen und Entscheiden zu

bewältigen sind. Wenn fachliche Autorität an die Stelle politischer Willensbildung tritt, wenn die Entscheidungsmacht an Experten übergeht, wird die Demokratie ausgehöhlt.

Traditionale Autorität. Fragt man amerikanische Kinder nach ihren Helden, dann nennen sie oftmals ihre Großväter oder -mütter. Das liegt nicht nur daran, dass sie bei ihnen Süßigkeiten abstauben können, sondern an deren Vorsprung an Lebenserfahrung. Die Alten können Geschichten erzählen von der Welt, in die die Kinder erst hineinschnuppern. Wenn alles gut geht, können Großeltern – und natürlich auch Eltern – als Lebenshelfer fungieren. Dann genau verfügen sie über traditionale Autorität. Auch in der Politik, auch in der Demokratie ist dieser Typ von Autorität anzutreffen. Er reicht weit zurück in die Vergangenheit: Man denke nur an die *Founding Fathers* der USA, an Wilhelm Tell als mythische Gründungsfigur der Schweiz oder auch an symbolisch aufgeladene Orte wie die Paulskirche in Frankfurt oder den *Place des Invalides* in Paris. An all diesen Figuren, Geschichten und Orten bestätigt sich eine Einsicht, die Alexis de Tocqueville vor fast 200 Jahren formuliert hat: „Wenn die Vergangenheit die Zukunft nicht mehr erhellt, tappt der Geist im Dunkeln.“ Auch auf die politische Sphäre lässt sich der alte Werbeversprechen einer großen Elektrofirma übertragen: „Aus Erfahrung gut.“ Die traditionale Autorität kann in der demokratischen Welt für Orientierung sorgen, jedoch hat auch sie – genau wie die anderen Typen von Autorität – eine dunkle Seite. Wenn die Tradition zu viel Gewicht erhält, wenn das, was heute geschieht, zur blinden Fortsetzung alter Handlungsmuster wird, ist die Demokratie nicht mehr – wie Thomas Jefferson gefordert hat – eine Gemeinschaft der Lebenden, sondern sie verwandelt sich in eine Gemeinschaft der Toten. Beim Umgang mit traditionaler Autorität darf man wählerisch bleiben, denn schließlich ist auch die alte Generation alles andere als fehlerlos.

HEROLDE EINER GANZEN WELT

Institutionen, fachliche Fähigkeiten, Traditionen – bei all den genannten Varianten von Autorität fällt auf, dass sie versachlicht, also von Personen abgerückt wird. Manchmal liegt es im Interesse der Individuen, sich hinter der Autorität, die sie repräsentieren, zu verstecken (Bürokraten und Priester tun das gern). Aber Versachlichung und Anonymisierung haben ihre Grenzen. In schwierigen Zeiten ist nicht nur die Beachtung von Sachzwängen gefragt, sondern auch der Mut, unter unsicheren Bedingungen zu handeln und Verantwortung zu übernehmen. Diesen Mut demonstrieren einzelne Figuren, starke Charaktere, die über *personale Autorität* oder „Charisma“ (Max Weber) und damit über den vierten Typ von Autorität verfügen. Sie sind nicht nur Meister ihres Fachs, sondern Herolde einer ganzen Welt. Zugegeben: Diese Autorität ist schwer zu fassen, sie lässt sich jedoch aus der Weltgeschichte

nicht herauskomplimentieren – und ist auch aus der Demokratie nicht wegzudenken. Die Strahlkraft solcher Personen geht Hand in Hand mit gesellschaftlicher Dynamik. Zu erinnern ist hier an die provokative Auskunft des großen demokratischen Juristen Hans Kelsen, der in den 1920er-Jahren – als der Führer-Begriff noch nicht kompromittiert war – die These aufstellte, dass sich die Demokratie „nicht durch den Mangel, sondern eher durch die Fülle der Führer von der realen Autokratie unterscheidet“.

Es liegt auf der Hand, dass Stärken und Schwächen, Licht- und Schattenseiten bei der personalen Autorität besonders nahe beieinanderliegen. Charismatische Figuren können ebenso im guten wie im schlechten Sinne mobilisieren. Populisten haben in den letzten Jahren alles darangesetzt, Demokratie durch Demagogie zu ersetzen. Sie verkünden vermeintlich hohe Ziele, sprechen jedoch niedrige Instinkte an. Wenn sich die Faszination für charismatische Figuren zu blinder Gefolgschaft steigert, wird die personale Autorität zur Gefahr für die Demokratie.

Was ist nun die Moral von der Geschichte? Demokratien dürfen sich im Kampf gegen autokratische und diktatorische Regime nicht vor Autorität drücken. Sie brauchen sie auf Schritt und Tritt, in der richtigen Dosis und auf die richtige Art, um selbstbewusst, schlagkräftig und geschlossen auftreten zu können. Zum Schluss sei Hannah Arendt nochmals das Wort erteilt: „Autorität und Freiheit sind keineswegs Gegensätze, und einem Autoritätsverlust entspricht kein automatischer Freiheitsgewinn.“

(Sich selbst) Vorbild sein?

Über Autoritäten in einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft

JÜRGEN NIELSEN-SIKORA

Geboren 1973 in Köln, seit 2018
außerplanmäßiger Professor für
Bildungsphilosophie am Hans
Jonas-Institut, Universität Siegen.

Die etymologische Bedeutung von Autorität (lateinisch: *auctoritas*) schließt das *Vorbild* mit ein, sprich: Personen mit Ansehen, Geltung und sozialem Einfluss, Träger von Werten. Zwar stellt nicht jede Autorität auch ein Vor-

bild dar, doch jedes Vorbild hat Autorität und ist, zumindest im moralischen Sinne, ein Muster für Nachahmung.

In gesellschaftlichen Umbruchphasen und Krisensituationen, die die vergangenen Jahre durch Pandemien, Inflation und Krieg geprägt haben, dienen Vorbilder vor allen Dingen als Projektionsflächen für konfliktbehaftete Themen, die oft als moralische Debatten geführt werden. In ihnen manifestiert sich eine durch Diskurse kaum aufzulösende Opposition.

In einer integrativen Gesellschaft können Konflikte und Kontroversen, so der Soziologe Aladin El-Mafaalani, als stabilisierende Elemente betrachtet werden, weil sie zeigen, dass mehr Interessen und Sichtweisen in der Öffentlichkeit präsent sind. Doch resultieren aus den teils stark verhärteten

Debatten immer wieder Konflikte, die die soziale Ordnung zunächst fragil erscheinen lassen. Die mit harten Bandagen geführten Dispute verwandeln das Antlitz der Öffentlichkeit, trüben mitunter die persönliche Urteilskraft und stellen bewährte Wahrnehmungsmuster auf die Probe.

Zu beobachten ist dann nicht nur eine Veränderung, sondern teilweise die Auflösung institutionalisierter Vorbilder in einer sich permanent ausdifferenzierenden Gesellschaft. Dies betrifft nicht nur Familienstrukturen, Klassenverhältnisse und alte Loyalitäten, sondern auch öffentliche Institutionen mit Disziplinierungscharakter – von der Schule bis zum Militär. Mit dem Verlust traditioneller Sicherheiten korrespondieren neue Formen sozialer Kontrolle, neue Freiheiten und ein neuer, sozialer Anpassungsdruck.

DAS SOUVERÄNE SELBST

Carolyn Amlinger und Oliver Nachtwey haben dargelegt, wie in Zeiten zunehmenden gesellschaftlichen Drucks auf das Individuum sich dieses selbst gegen Zustände auflehnt, die vermeintlich seine eigene Autonomie gefährden. Daraus resultieren eine starke Identifikation mit dem eigenen, als souverän reklamierten Selbst sowie die Rückbesinnung auf die persönliche Autonomie: Man wird sich selbst zum Vorbild. Es ist das vorläufige, rebellische Ende einer Suche nach sozialen Sinnquellen in einer leistungsorientierten und überwiegend nach strikten Marktgesetzen funktionierenden Welt, in der man längst den Überblick verloren hat. Der Wunsch, ein erfülltes, individuelles Leben zu führen, scheint ebenso erschwert wie das Streben nach Differenz und Selbstverwirklichung, die sich in Massengesellschaften in unzähligen Nachahmungsprozessen auflösen. In dieser für das Individuum dilemmatischen Situation werden demokratische Institutionen mitsamt ihren Normen und Gesetzen als Beschneidung individueller Autonomie verstanden oder als Kränkung des Selbst wahrgenommen, das insofern, so die Überzeugung, aktiv gegen eine feindselige Außenwelt verteidigt werden muss.

Das Gefühl der Kränkung geht hierbei oft auf Kränkungen des Selbst in der eigenen Biografie zurück, die auf regressive Weise wieder und wieder reproduziert werden, weil frühe Kränkungen nicht aufgearbeitet wurden und so unbewusst weiterwirken. Psychologen sprechen vom „inneren Kind“, das sich immer dann meldet, wenn unbewältigte Konflikte der Kindheit das Handeln des Erwachsenen bestimmen und als bedrohlich empfundene Situationen jenen Situationen gleichen, die zu einem früheren Zeitpunkt die Autonomie des Selbst angetastet haben.

In *Gekränkte Freiheit* zeigen Amlinger und Nachtwey, zu welchen Problemen das Spannungsverhältnis zwischen einer als bedrohlich und chaotisch wahrgenommenen Außenwelt einerseits und dem andererseits zusehends verunsicherten, doch weiterhin nach persönlicher Freiheit strebenden Selbst

führt. Sie diagnostizieren einen wachsenden Zorn auf die staatliche Macht, die Wissenschaft und die Medien, als deren Opfer sich der Einzelne nun darstellt. Was meist unbemerkt bleibt: Es handelt sich um das Opfer, das man zu einem früheren Zeitpunkt gewesen ist. Das Selbst hält sich zwar für souverän, realisiert allerdings nicht, dass die Gekränktheit es im Grunde daran hindert, wirklich frei zu sein.

ELTERLICHE VORBILDER UND NEUE AUTORITÄTEN

Die Schlussfolgerung des vermeintlich souveränen Selbst erinnert im Kern an Friedrich Nietzsches Diktum aus dem 19. Jahrhundert, das verlangt, sich aller Vorbilder zu entledigen und selbst zu denken, um nach eigenem Gutdünken endlich selbstständig und mündig zu werden. Faulheit und Trägheit seien es, die das Individuum in der eigenen Unmündigkeit, mitunter in blindem Gehorsam verharren ließen.

Allerdings ist der Mensch von Geburt an auf Vorbilder angewiesen. Die ersten sind in der Regel die eigenen Eltern, ohne deren Anleitung und Fürsorge er in der Welt verloren wäre. Eltern tradieren Kultur in all ihren Facetten, damit wir lernen, eines Tages auf eigenen Füßen zu stehen. Diese Form von Autorität sei keine Eigenschaft einer Person, so der Schweizer Erziehungswissenschaftler Roland Reichenbach, sondern muss als Eigenschaft einer Beziehung verstanden werden. Kinder vergewissern sich in dieser Beziehung ihrer Freiheit weniger durch Nachdenken als vielmehr durch Handeln und Ausprobieren. Dieses kommunikative Unterfangen namens Erziehung kann unter Umständen missglücken: Die Fallbeispiele Schwarzer Pädagogik sind Legion. Sie zeigen, wie tabuisierte und unterdrückte Aggressionen später an anderen Menschen ausgelebt werden und neue Autoritäten und (gegebenenfalls schlechte) Vorbilder die Allmacht des elterlichen Vorbildes ersetzen. Dies zeigt: Die Macht von Vorbildern ist immer prekär. Ihre Wirkungen sind weder vorhersehbar noch kontrollierbar. Das Andere einer akzeptierten Ordnung verführt nicht minder: Was bewundert werden soll, stößt manchmal ab, und was erschrecken soll, zieht nicht selten in seinen Bann.

Keine Gesellschaft funktioniert ohne Vorbilder, die Werte verkörpern, deren Autorität – und damit der jeweils personifizierte Wert – jedoch stets umstritten respektive ambivalent ist. Bereits die Art und Weise, wie Werte über Vorbilder ausgehandelt werden und wie in dieser Auseinandersetzung kommuniziert und argumentiert wird, sagt viel über diejenigen aus, die sich dieser Auseinandersetzung stellen. Die zentralen Fragen lauten insofern: Wie wollen wir über Konflikte debattieren? Welche Streitkultur möchten wir innerhalb unserer Gesellschaft etablieren? Denn auch die Art und Weise, wie Meinungsverschiedenheiten gelebt werden, richtet sich an Vorbildern aus. Unterschiedliche Sichtweisen auf die Welt und die Formen der

Kommunikation werden frühzeitig in der Kindheit über Erziehungsstile und Bildungsangebote erlernt. Eltern sind Vorbilder für ein Kind und begleiten es bei allen wichtigen Entwicklungsschritten. Sprechweisen, Habitus und Verhalten eines Menschen gehen nicht nur, aber doch zu einem großen Teil auf das Konto der Erziehung.

Die Familientherapeutin Sandra Konrad hat aufgezeigt, wie wichtig es ist, sich von diesen Bindungen wieder zu lösen, um ein wirklich autonomes Leben führen zu können. Psychologen sprechen von *Selbst-Differenzierung*, das heißt der gesunden Ablösung von den Eltern, die über so lange Zeit Autoritäten und Vorbilder waren. Eine gesunde Ablösung bedeute, so Konrad, „weder in Hass noch in [...] selbstverleugnender Loyalität mit den Eltern verbunden zu sein, sondern sich so weit befreit zu haben, dass wir wählen können, was wir verzeihen, was wir ablehnen und was wir loslassen möchten“. Dies geschieht nicht von heute auf morgen; es kann ein langer und steiniger Weg sein, an dessen Ende man jedoch wissen sollte, wer man selbst ist, um Halt und Orientierung zu finden. Machen wir uns zeitlebens abhängig von unseren Vorbildern, hemmt uns diese Abhängigkeit meist, als Erwachsene zu uns selbst zu finden und endlich „frei“ und nicht bloß „gekränkt“ wie ein Kind und voller Zorn auf staatliche Macht, Wissenschaft und Medien zu sein. Andererseits, weiß Sandra Konrad, können Eltern im Prozess der Ablösung ebenfalls ein Vorbild sein: „Sie können vorleben, wie es gelingt, mit Veränderungen positiv umzugehen und existenzielle Sinn- und Lebensfragen nicht aufzuschieben, sondern bewusst zu beantworten und sich dadurch weiterzuentwickeln.“

Einmal mehr wird der Stellenwert von Erziehung und Bildung deutlich, wenn es darum geht, an einer Gesellschaft autonomer Individuen zu arbeiten. Denn Kränkungen des Selbst schlagen am Ende auf die Autorität demokratischer Institutionen, Normen und Gesetze zurück. Zu einer vorbildlichen Erziehung gehören daher nicht nur Gelassenheit und Vertrauen, sondern auch das Loslassen, damit heranwachsende Menschen eines Tages in der Lage sind, offene Diskurse zu führen, die Oppositionen und Antagonismen nicht nur immer wieder zementieren. Die Frage, die sich insofern alle Individuen einer Gesellschaft permanent neu stellen müssen, lautet: Welches Vorbild will ich (mir) selbst sein?

Literatur

Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver: *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Suhrkamp, Berlin 2022.

El-Mafaalani, Aladin: *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2020.

Konrad, Sandra: *Nicht ohne meine Eltern. Wie gesunde Ablösung all unsere Beziehungen verbessert*, Piper, München 2023.

Nielsen-Sikora, Jürgen / Schütte, André: *Wem folgen? Über Sinn, Wandel und Aktualität von Vorbildern*, Metzler, Stuttgart 2023.

Reichenbach, Roland: *Pädagogische Autorität. Macht und Vertrauen in der Erziehung*, Kohlhammer, Stuttgart 2011.

Der gute Arzt

Die Sozialfigur des Arztes in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen

GINA ATZENI

Geboren 1979 in München, promovierte Soziologin, Akademische Rätin a. Z., Institut für Soziologie, Ludwig-Maximilians-Universität München, mit den Forschungsschwerpunkten Medizin- und Professionssoziologie.

deutet, ein guter Arzt beziehungsweise eine gute Ärztin zu sein, erzählt viel über die Sozialfigur des Arztes in unserer Gegenwart.

Sozialfiguren kann man ganz allgemein als narratives Kernpersonal jeweiliger gesellschaftlicher Konstellationen verstehen, also als historisch-räumlich spezifische Indikatorfiguren, die uns, über sie selbst hinausweisend, ein besseres Verständnis unserer Gegenwart geben. Die Gegenwärtigkeit liegt dabei nicht allein in der Tätigkeit oder Funktionsbestimmung, für die die Sozialfigur steht,

The good doctor heißt eine populäre US-amerikanische Serie um einen jungen autistischen Arzt. Die Art und Weise, wie die Serie (Erstausstrahlung 2017; südkoreanisches Original 2013) Themen wie Krankheit, Identität, Vulnerabilität, Vorurteile mit der Frage verbindet, was es (heute) be-

sondern wesentlich in so etwas wie dem normativen Überschusssinn, der im Konzept der Sozialfigur mittransportiert wird. Üblicherweise kommen daher die klassischen Professionen wie Lehrer, Richterinnen, Politiker, Pfarrerinnen und nicht zuletzt Ärzte kaum vor. Sie scheinen – verglichen mit „Diven, Hackern, Spekulanten“ (Moebius/Schroer 2010) – zu wenig über die Gegenwartsgesellschaft oder eine ganz spezifische historische Gesellschaftsformation auszusagen. Ärzte waren in unserer Vorstellung schließlich immer schon da, und zugleich können wir sie und, bei aller Kritik, auch die Leistungen, die sie erbringen, kaum wegdenken. Exakt dieses Charakteristikum, das Kaum-wegdenken-Können, macht den Arzt jedoch als Sozialfigur so interessant.

Die ärztliche Sozialfigur ist deshalb als Sozialfigur üblicherweise unsichtbar, weil sie nicht gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten, Ideale oder Dystopien bestimmter Dekaden verkörpert, sondern weil sie dies in fortwährendem Austausch mit der sich verändernden Moderne tut.

OMNIPRÄSENT, HISTORISCH FLEXIBEL

Das Wesentliche dieser Sozialfigur liegt – und darin unterscheidet sie sich fundamental von anderen, häufiger diskutierten Sozialfiguren – in ihrer gleichzeitigen Persistenz und Wandelbarkeit. Auf den Pfaden dieser Sozialfigur kann man gewissermaßen den normativen Basiserwartungen der Gesellschaft folgen.

Es ist wohl kaum bei einer anderen Sozialfigur leichter, an den unterschiedlichsten sozialen Orten von ihr hinter-

lassene Spuren zu finden: Ärztinnen sind Sujet verschiedenster literarischer Verhandlungen, in Film oder Serie, der bildenden Kunst oder Gegenstand kulturwissenschaftlicher Auseinandersetzungen mit der modernen Gesellschaft, sie schreiben sich selbst in die (Welt-)Literatur ein, wenden sich mit Ratgebern oder (gesundheits-)politischen Einlassungen an ein breites interessiertes Publikum und begegnen jedem von uns auf unterschiedlichste Weise im Alltag.

Diese Omnipräsenz ist keineswegs so selbstverständlich, wie es scheint. Medizinhistorisch besteht Einigkeit, dass die Monopolstellung der Ärzteschaft in der modernen Medizin keineswegs auf realen Erfolgen in der Patientenversorgung zurückzuführen ist, sondern intensive politische Interventionen die Privilegierung der Ärzte gegenüber anderen Heilberufen maßgeblich befördert haben. Über die Effekte auf Lebenserwartung und Patientenversorgung in der Frühphase moderner Medizin gibt es ebenfalls kaum Illusionen (vgl. Göckenjan 1985).

Erklären lässt sich die Etablierung und Persistenz hingegen über den – außermedizinischen – Mehrwert der Sozialfigur. Von Beginn an wurde der Arzt nicht nur als Experte eines Fachs verstanden, sondern darüber hinaus als Garant gesellschaftlicher Stabilität. Fest mit einem Bein in den ständisch-religiösen Selbstverständlichkeiten der Vormoderne und zugleich mit dem anderen den wissenschaftlich-rationalen Aufbruch in die Moderne vollziehend, stellt die frühe ärztliche Sozialfigur einen zentralen Transformationsagenten dieser historischen Zeitenwende dar (vgl. Stichweh 1996). Die Integrations- und Stabilisierungsdimension der Sozialfigur lässt sich nicht

nur in alltagsweltlichen Dokumenten und ärztlichen Selbstzeugnissen finden, sondern zieht sich durch die sozialwissenschaftlichen Klassiker bis hin in den Mainstream der Nachkriegssoziologie. Von Karl Marx bis Talcott Parsons findet sich das Motiv der gesellschaftsintegrativen, nicht nur medizinischen Bedeutung von Ärzten (vgl. Atzeni 2016).

PROMOTION DES PATIENTEN

Diese fraglos zugeschriebene Bedeutung jenseits des unmittelbaren Bereichs medizinischer Expertise ist ab den späten 1960er-Jahren der Kernpunkt medizin- und professionskritischer Auseinandersetzungen. Es ist hier gerade der Bezug auf das Nicht-Medizinische in der Legitimation der Sozialfigur, das ebenso von der sozialwissenschaftlichen wie der zivilgesellschaftlichen Kritik aufs Korn genommen wird. Dass eine Berufsgruppe Kompetenz und Einfluss jenseits ihres eng umgrenzten funktionalen Expertisebereichs beansprucht und ihr beides auch gewährt wird, stößt in einer autoritätenkritischen Umgebung auf erbitterten Widerspruch. Man kann nun sagen, dass diese Kritik eine andere Sozialfigur erst hervor gebracht hat: die des Patienten und der Patientin. Die Kritik, die unter anderem von patientenrechtlichen Bewegungen getragen wurde, etablierte die Figur des Patienten zuallererst als relevant für medizinische Fragestellungen, sodann trat diese Figur einen bis heute anhaltenden Siegeszug an, der zwar die des Arztes nicht verdrängte, aber wesentlich veränderte.

Man kann in Selbst- wie Fremdzeugnissen, in Romanen wie Serien, in medizin-

ethischen und -rechtlichen Debatten zeigen, wie die Relevanz dieser neuen Sozialfigur die ältere Schritt für Schritt umgestaltete. Die Patienten und ihr autonomer Wille wurden mindestens ebenso wesentlich für die vielfältigen Darstellungen des Ärztlichen wie das Medizinische. Das heißt übrigens nicht, dass die Medizin nun endlich menschlich geworden wäre oder dass Ärztinnen früher kein Interesse an ihren Patienten gehabt hätten. Es sagt auch nichts über das Verhalten einzelner Ärztinnen aus, zeigt jedoch, dass sich soziale Erwartungen daran, was ein Arzt sein oder nicht sein soll, gewandelt haben und – das ist das Entscheidende – offenbar nicht einfach eine Sozialfigur obsolet geworden ist.

Die Promotion des Patienten zur Sozialfigur legitimiert die Sozialfigur des Arztes neu; zur fachlichen Expertise tritt nun die individuelle Verbundenheit mit dem autonomen Patienten. Nicht mehr der transzendente Bezug beziehungsweise die gesamtgesellschaftliche Stabilisierungsfunktion, sondern die Hinwendung zum individuellen Menschen prägt die soziale Idee vom Arzt. Auch hier zeigt sich wieder ein ähnliches Bild: ein sozialpolitischer Bruch, dieses Mal die Macht- und Institutionenkritik im Zuge der sogenannten 68er-Bewegung, wird über die flexible Sozialfigur des Arztes gewissermaßen geschient. Doch das ist wiederum nur eine sehr vorläufige Behandlung sich fortwährend verändernder sozialer Konstellationen (ausführlich hierzu Atzeni 2016).

Die eingangs angesprochene Streaming-Serie weist schon wieder auf eine neuerliche Veränderung der ärztlichen Sozialfigur hin, die sich seit etwa fünfzehn Jahren abzeichnet. Die Sozialfigur wird diverser, ärztliche Selbst- wie Fremddarstellung thematisiert zunehmend Fehlbarkeit,

Zweifel, Brüche, es sind nicht mehr vorwiegend weiße Männer bürgerlicher Herkunft, die als Ärzte sichtbar werden, sondern Frauen, People of Color, Menschen unterschiedlichster Herkunftsmilieus und, wie in *The good doctor*, ein junger Arzt mit Autismus. Die Sozialfigur des Arztes nähert sich in diesen Merkmalen immer mehr der des Patienten an.

MENSCHWERDUNG DES ARZTES

Was auf den ersten Blick aussieht wie ein maximaler Kontrast zur männlich-göttlichen Sozialfigur der Frühphase moderner Medizin, erweist sich auf den zweiten Blick als Kontinuität: Die Sozialfigur des Arztes – nun auch die der Ärztin! – hat die vielfältigen normativen Wandlungsprozesse der modernen Gesellschaft mitvollzogen. Mitvollzogen im Wortsinne, denn es ist nicht nur eine passive Anpassung an sozialen Wandel, sondern auch eine aktive Rolle, die der Sozialfigur hierbei zukommt. In der ärztlichen Sozialfigur, die am Beispiel der Serienfigur nun selbst unter anderem Betroffener ist und gerade *dadurch* erst in ihrer Professionalität erzählbar wird, werden gesellschaftliche Erwartungen nicht abgebildet, sondern ihrerseits geformt. Nicht so sehr die Gewissheit, ein guter Arzt zu sein, sondern die fortwährende Reflexivierung der Fragen „Was ist ein guter Arzt?“, „Bin ich eine gute Ärztin?“ kennzeichnet die zeitgemäße Form der Sozialfigur.

Die soziologische These zu dieser Beobachtung ist nun gerade *nicht* der Verlust jedweden Machtgefälles zwischen Professionellem und Laien, zwischen Ärztin und Patient. Die zeitgemäße Promotion der

Sozialfigur Patient und die damit vielschichtig verknüpfte Menschwerdung des Arztes fundieren ärztliche Expertise, ärztlichen Einfluss auf eine andere Art, als dies die Figur des gottgleichen Chirurgen-Heros im Übergang zum 20. Jahrhundert vermochte. Sie aktualisiert die Legitimationsbasis der Sozialfigur. Zugespitzt: Was unter Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft der autoritär-überlegene Paternalist vermochte, vermag heute der „Mensch wie du und ich“. So, wie es unter zeitgenössischen Bedingungen wohl kaum mehr möglich ist, eine Biographie im Modus einer bruchlosen Erfolgsgeschichte zu erzählen, so lässt sich ärztliche Autorität, die es fraglos nach wie vor in unterschiedlichsten Formen gibt, kaum mehr aus einer *grundsätzlich* überlegenen Position heraus begründen.

Zwei kleine Beispiele mögen die konstante Funktionalität illustrieren, die mit den sich wandelnden Ausprägungen der Sozialfigur einhergehen. Das erste stammt aus einer standespolitischen Schrift von 1926, das zweite aus einem an Laien adressierten Ratgeberformat von 2013.

„Zum Arzt wird man geboren oder man ist es nie. Gütige Götter legen ihm Gaben in die Wiege, die nur geschenkt, niemals aber erworben werden können“ (Liek 1926, S. 105). Die Semantik der sozusagen von oben gestifteten, nicht erwerblichen Gabe ist in ihrer Funktionalität für eine insgesamt noch stark an Autoritäten orientierte Gesellschaft im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts ähnlich einsichtig wie die der fundamentalen, eigenen Betroffenheit, die ein gewisses Maß an Gleichheit auch dort noch voraussetzen muss, wo es eindeutig um die Information von Laien durch Experten geht.

Das zweite Beispiel: Ein Ratgeber, 2013 erschienen, schildert ganz zu Beginn und in kleineren Passagen durch das Werk hindurch, dass der Autor nicht nur Onkologe ist, sondern selbst seine Frau durch Krebs verloren hat. Die professionelle Autorität des Buches resultiert *gleichermaßen* aus der Fachexpertise wie aus der individuellen Betroffenheit und Brüchigkeit, die sich darin manifestiert, „(d)ass Krebs auch den abgebrühten ‚Profis‘ zeigt, wie machtvoll diese Krankheit Perspektiven eröffnet oder erzwingt, die ärztliche Kunst und ärztliches Handeln weit übersteigen. Ein guter Arzt sollte wissen, wann er zu reden und wann er zu schweigen hat“ (Bleif 2013, S. 15).

„Reden“, aufklären, Bescheid wissen, handeln – das können Ärztinnen und Ärzte heute nach wie vor. Jedoch ist die Legitimationsbasis dieser Potenz eine andere. Ohne damit die fraglosen Brüche und Veränderungen in der Medizin und im Arztberuf kleinzureden, dürfen doch die Kontinuität und deren Basis, die flexible Sozialfigur, nicht vernachlässigt werden, will man den Realitäten gerecht werden.

CO-EVOLUTION VON GESELLSCHAFT UND SOZIALFIGUR

Bei der Rede von der Sozialfigur geht es nie um einen Realtypus und auch nicht um einen Durchschnittswert, sondern um die *Idee*, die wir uns in einer bestimmten historischen Konstellation von einem als relevant erachteten Typus machen. Die Vorstellung, welche Typen wir für relevant halten, wandelt sich. Daher werden üblicherweise die „Sozialfiguren der Gegenwart“ (Moebius/Schroer 2010) oder das

„Personal der Postmoderne“ (Frei/Mangold 2016) inventarisiert.

Im Fall der Sozialfigur Arzt wandelt sich der Typus – bislang jedenfalls – gemeinsam mit der Gesellschaft. Allerdings sagt der Blick zurück nichts über die weitere Entwicklung aus. Ob die Co-Evolution von Gesellschaft und Sozialfigur sich weiter in erstaunlicher Parallelität vollzieht, ist höchst unklar. Seit dem Übergang zur Moderne und bis heute stellt sie jedenfalls das Scharnier dar, das Gesellschaft und Medizin stets aufs Neue miteinander verbunden hat. Damit ist sie die Ressource, die die Zumutungen, die Medizin immer auch für Individuum und Gesamtgesellschaft bedeutet, legitimiert und die die Unwahrscheinlichkeit, sich individuell wie kollektiv trotz aller Risiken und Kosten immer wieder auf medizinische Behandlung einzulassen, in die Selbstverständlichkeit moderner Medizin transformiert.

Literatur

Atzeni, Gina: Professionelles Erwartungsmanagement. Zur soziologischen Bedeutung der Sozialfigur Arzt, Baden-Baden 2016.

Bleif, Martin: Krebs. Die unsterbliche Krankheit, Stuttgart 2013.

Frei, Alban / Mangold, Hannes (Hrsg.): Das Personal der Postmoderne. Inventur einer Epoche, Bielefeld 2016.

Göckenjan, Gerd: Kurieren und Staat machen. Gesundheit und Medizin in der bürgerlichen Welt, Frankfurt am Main 1985.

Liek, Erwin: Der Arzt und seine Sendung, München 1926.

Moebius, Stephan / Schroer, Markus (Hrsg.): Diven, Hacker, Spekulanten. Sozialfiguren der Gegenwart, Berlin 2010.

Stichweh, Rudolf: „Professionen in einer funktional differenzierten Gesellschaft“, in: Combe, Arno / Helsper Werner (Hrsg.): Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns, Frankfurt am Main 1996, S. 49–69.

Autoritäts- verweigerer

Einblick in die Reichsbürger-, Esoterik- und Querdenkerszene

FELIX NEUMANN

Geboren 1996 in Dresden, Referent für Extremismus- und Terrorismusbekämpfung, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

FRIEDRIKE ENGELBRECHT

Geboren 1997 in Berlin, Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Am 29. August 2020 stand Tamara K., eine esoterische Heilpraktikerin aus der Eifel, in der Nähe des Berliner Reichstags auf der Bühne von *Staatenlos.info*, einer Reichsbürgervereinigung, und rief der versammelten Menschenmenge „Wir haben gewonnen!“ zu. Während vor ihr eine seltsam anmutende Ansammlung von Deutschland-, Amerika-, Russland-, Reichs- sowie QAnon-Flaggen wehte, befanden sich im Publikum Verschwörungsideologen, Mitglieder der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene sowie bekannte rechte Blogger. Wenig später durchbrachen mehrere Hundert

Personen die Absperrungen, stürmten die Stufen des Parlamentsgebäudes und versuchten, in das Zentrum der deutschen Demokratie zu gelangen.

Diese Menschenmenge ist durch eine große Heterogenität gekennzeichnet, Esoteriker, Reichsbürger und Selbstverwalter sowie Querdenker stechen jedoch hervor. Für die verfassungsfeindlichen Mitglieder der dritten

Gruppe hat das Bundesamt für Verfassungsschutz im Jahr 2021 den neuen Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ etabliert.

Die weltanschauliche Bewegung der Esoteriker umfasst verschiedene Strömungen, die sich im Kern auf ein höheres Wissen berufen. Ihre Erkenntnisse werden oftmals durch „erleuchtete“ Persönlichkeiten erschlossen und sollen ausschließlich Eingeweihten zugänglich sein. Damit einher geht eine grundlegende Ablehnung naturwissenschaftlicher und medizinischer Forschung. Esoteriker glauben vielmehr an die Wirkung besonderer Gegenstände, etwa an die von magischen Kristallen, die einen positiven Einfluss auf die Gesundheit haben sollen.

Die Reichsbürger- und Selbstverwalterszene entwickelte sich in den 1980er-Jahren und erfuhr ab den 2010er-Jahren starkes Wachstum. Ihre Mitglieder lehnen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland ab und schließen sich einem fiktiven Königreich an, das meist von einem selbst ernannten Monarchen regiert wird. Ziel ist der Aufbau einer alternativen staatlichen Daseinsfürsorge – mit eigenem Ausweis, Führerschein sowie unabhängigem Gesundheits- und Bildungssystem. Die Sicherheitsbehörden konstatieren eine erhöhte Waffenaffinität und ordnen rund fünf Prozent der Mitglieder dem Rechtsextremismus zu.

Die dem Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ – kurz Delegitimierer – zugeordneten Akteure sind, wie bereits erwähnt, sowohl organisatorisch als auch ideologisch heterogen strukturiert. Bindendes Element ist die Ablehnung der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und die sich daraus entwickelnde Ablehnung staatlicher Institutionen. Neben der Verbreitung teils antisemitischer Verschwörungsnarrative finden auch Einschüchterungsversuche gegenüber Politikerinnen und Politikern statt.

ÜBERLEGENHEITSGEFÜHL GEGENÜBER „SCHLAFSCHAFEN“

Trotz individueller historischer Entwicklungen und unterschiedlich anmutender Charakteristiken gibt es zahlreiche Gemeinsamkeiten zwischen dem esoterischen Milieu, der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene sowie den Delegitimierern. So lässt sich unabhängig von der Gruppenzugehörigkeit eine erhebliche Affinität zu Verschwörungsnarrativen feststellen. Die Grundgedanken, dass „nichts durch Zufall passiert“ und zahlreiche Ereignisse durch eine geheime Elite beeinflusst würden, die im Hintergrund die Fäden ziehe, sind stark ausgeprägt.¹ Beispielhaft kann die Theorie einer sogenannten „Plandemie“, also der angeblich geplanten COVID-19-Pandemie, genannt werden, die sich in allen drei Gruppierungen wiederfindet – oft verbunden mit dem antisemitischen Ressentiment, dass sie von einer Gruppe jüdischer

Eliten gesteuert worden sei. Aber auch rassistische Gedanken finden Eingang in die Verschwörungsnarrative: So ist etwa von einem „Großen Austausch“ die Rede, einem angeblich bewusst gesteuerten Prozess, der die Bevölkerung Europas durch Zuwanderung aus dem Nahen Osten und Afrika „ersetze“.

Ein dritter Ansatzpunkt, der szenübergreifend geteilt wird und aktuell immer mehr an Zuspruch gewinnt, ist der Verschwörungsmythos von QAnon aus den USA. Seine Anhänger sind von der Existenz eines weltweit agierenden, geheimen elitären Zirkels überzeugt, der als grundlegend böse dargestellt wird. Da der seinerzeitige US-Präsident Donald Trump ihnen oftmals als Erlöser und Retter im Kampf gegen diese Elite gilt, ist es nicht überraschend, dass sich auch Tamara K. in ihrer Rede auf den damaligen US-Präsidenten berief.²

Bei allen drei Gruppierungen manifestiert sich eine starke Wissenschaftsfeindlichkeit. Unter den Esoterikern zeigt sich dies etwa durch alternative Heilmethoden, die teilweise zu schweren Verletzungen und weltweit mehreren Todesfällen geführt haben. Mitglieder der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene betrachten historische Ereignisse revisionistisch und negieren geltendes Recht. Die Gruppe der Delegitimierer spricht Expertinnen und Experten – vor allem im Bereich der Virologie – die Expertise ab.

Zwei weitere Aspekte sind meist mit der Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse verbunden: Komplexitätsreduzierung und Überlegenheitsdenken. Die Welt der drei Gruppen ist von der Auffassung geprägt, dass es für hochkomplexe Fragen allzu einfache Antworten gebe: Krebs könne durch positive Energie geheilt werden, Deutschland sei nicht frei, sondern werde von einer kleinen Gruppe regiert, und mithilfe von Impfungen seien den Menschen Mikrochips injiziert worden. Dieses „Wissen“ ist allerdings ausschließlich innerhalb der eigenen Gruppe bekannt, wodurch sich ein Überlegenheitsgefühl gegenüber den „Schlafschafen“ entwickelt hat. Diese sollten doch endlich „aufwachen“ und die korrekten Zusammenhänge verstehen.

VERTRAUENSVERLUST KANN IN HASS UMSCHLAGEN

Während der COVID-19-Pandemie erhielten zahlreiche verschwörungsideologische Gruppen großen Zulauf. Internet und soziale Medien wirken aufgrund der einfachen Verbreitung von Falschinformationen und daraus resultierender Verunsicherung als Katalysatoren dieses Prozesses. Gezielte Fake News untergraben das Vertrauen in politische Parteien, staatliche Institutionen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie in Politikerinnen und Politiker. Dieser Vertrauensverlust kann in Hass umschlagen oder sich in gewalttätigen Übergriffen, beispielsweise gegenüber Einsatzkräften der Polizei, ausdrücken.

Oftmals geht mit dieser Entwicklung die Manifestierung eines Selbst- und Feindbildes einher. Die eigene Gruppe wird als das Gute mit idealistischen

Eigenschaften wie Anstand und Tüchtigkeit beschrieben; sie sei dabei die Mehrheit in der Gesellschaft, aber gleichzeitig das von den Eliten unterdrückte Opfer. Der Feind ist in ihren Augen das faule und sittenwidrige Böse, das zwar eine kleine Minderheit darstellt, jedoch als Täter fungiert.³ Das sich daraus ergebende Schwarz-Weiß-Denken wirkt stark identitätsstiftend und führt dazu, dass sich eine neue Autorität etablieren kann.

Diese Rolle können verschiedene Personen einnehmen. Es kann der mystische Heiler sein oder auch jemand wie Peter Fitzek, dessen „Königreich Deutschland“ rund 2.000 Mitglieder aufweist, oder Michael Ballweg – der Gründer von *Querdenken 711*. Mit der Akzeptanz dieser neuen Autorität verbindet sich in verschiedener Hinsicht großes Vertrauen: Die Gefolgschaft der neuen Autoritäten billigen ihren „Anführern“ Kompetenz in allen Lebenslagen zu. So werden etwa medizinische Ratschläge von diesen vermeintlichen Autoritätspersonen ernst genommen und umgesetzt. Gleichzeitig sind die Anhänger auch zu finanzieller Unterstützung der Führungsfiguren bereit, was sich an monetären Zuwendungen bis hin zu Grundstücksschenkungen ablesen lässt.

Von Anhängern des esoterischen Milieus, der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene und von den Delegitimierern gehen eine Reihe von Gefahren aus. Mit der Verbreitung gezielter Falschinformationen schüren sie nicht nur Ängste in der Bevölkerung, sondern sorgen auch für einen Vertrauensverlust gegenüber demokratischen Prozessen und staatlichen Institutionen. Darüber hinaus kam es bei zahlreichen Demonstrationen zu gewaltsamen Ausschreitungen gegenüber anderen Demonstranten und der Presse. Der Polizistenmord in Georgensgmünd 2016 sowie die Bildung einer terroristischen Zelle mit dem Ziel des Umsturzes im Jahr 2022 verdeutlichen das Gefahrenpotenzial der Reichsbürgerbewegung.

Der Rechtsstaat muss alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um verfassungsfeindliche Strömungen rechtzeitig aufzuspüren und zu unterbinden. Gleichmaßen sind größere finanzielle und personelle Kapazitäten im Bereich der Präventionsarbeit, Deradikalisierung sowie für Beratungs- und Aussteigerprogramme notwendig. Die Politik muss das Gefahrenpotenzial verstehen und die Sicherheitsbehörden entsprechend unterstützen.

¹ Inwiefern Reichsbürger-affine Einstellungen in der deutschen Bevölkerung verbreitet sind, siehe Dominik Hirndorf: „Kein Staat, meine Regeln“. Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von Reichsbürger-affinen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung (Online-Publikation), Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2023, <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/kein-staat-meine-regeln> [letzter Zugriff: 30.05.2023].

² Siehe hierzu auch Pia Lamberty / Katharina Nocun: *Gefährlicher Glaube. Die radikale Gedankenwelt der Esoterik*, Köln 2022.

³ Siehe hierzu Jan Rathje: *Reichsbürger, Selbstverwalter und Souveränisten. Vom Wahn des bedrohten Deutschen*, Münster 2017.

Nguyens Kacheln

Wie Influencer zu Autoritäten werden

ANNEKATHRIN KOHOUT

Geboren 1989 in Gera, Kultur- und Medienwissenschaftlerin, freie Autorin, seit 2015 Betreiberin des Blogs „Sofrischsgut.com“, Herausgeberin und Redakteurin der Zeitschrift „POP. Kultur und Kritik“.

Autoritäten haben die Macht, andere zu beeinflussen. Betrachtet man Autorität als eine Zuschreibung, die nicht nur durch Machtausübung, Regeln, Ge- und Verbote entstehen kann, sondern genauso durch Erfahrung, Kompetenz und Wissen, dann lassen sich Personen mit Autorität auch als Instanzen definieren, denen man ein besonderes Vertrauen entgegenbringt. Man hält etwas auf ihre Meinung, orientiert sich an ihnen, ja man folgt ihnen – und zwar, ohne sie immer wieder aufs Neue in Frage zu stellen.

Schon dem Namen nach liegt es daher nahe, Influencer als neue und bedeutende

Autoritäten in der Gegenwartsgesellschaft aufzufassen: *To influence* heißt schließlich „beeinflussen“. Bei Influencern denkt man zuerst an eine Einflussnahme im Sinne der Werbung und bringt sie mit den Bereichen Mode und Lifestyle in Verbindung. Ole Nymoen und Wolfgang M. Schmitt haben Influencer nicht grundlos als „Werbekörper“ definiert.¹ Doch es gibt auch unzählige politische, aktivistische oder journalistische Influencer und sogenannte Sciencefluencer, die weniger zum Kaufen als zu bestimmten Meinungen, Ansichten oder gar politischen Handlungen veranlassen.

Den Grad ihrer Autorität kann man zunächst einmal den Zahlen entnehmen: Wie viele Follower hat das Profil, wie viele Likes und Kommentare haben die einzelnen Beiträge, wie oft werden die Inhalte geteilt? Letzteres lässt zudem Rückschlüsse auf die tatsächliche Anerkennung durch

Follower und die Position innerhalb einer Community zu.

Sosehr im Zeitalter der Aufmerksamkeitsökonomie Zahlen konstitutiv für die Autorität von Influencern sein können – je mehr Follower, desto glaubwürdiger –, sie erklären nicht, wie die Person zu diesen Zahlen und dementsprechend zu ihrer Autorität gekommen ist. Diese Frage bleibt besonders dann rätselhaft, wenn Influencer nicht bereits vorher einen besonderen sozialen Status hatten, einer renommierten Tätigkeit nachgingen oder mit einer etablierten Institution assoziiert waren. Wie erlangt die Autorität von Influencern also Geltung? Durch Wissen – sei es im Bereich Mode und Styling oder im Bereich Wissenschaft und Forschung. Das ist erst einmal nichts Neues: „Wer Wissen hat, hat Autorität. Er kann die anderen belehren“, schrieb Niklas Luhmann in *Die Wissenschaft der Gesellschaft* (1992).²

WISSENSKULTUR IN DEN SOZIALEN MEDIEN

Luhmanns Zitat gilt noch immer, auch wenn sich die Wissenskultur durch die Sozialen Medien im Wandel befindet. Auf Twitter, TikTok, Instagram oder YouTube herrschen neue Praktiken und Konventionen sowohl der Wissensproduktion als auch der Verbreitung und Darstellung vorhandenen Wissens und dessen individueller Aneignung. Noch nie war es so einfach, Informationen über das Netz zu erhalten, sie für kurze Postings aufzuarbeiten (hier wird *ChatGPT* ein Übriges tun, wie Tutorials belegen, in denen man lernt, die Künstliche Intelligenz auf das Erstellen von Instagram-Postings oder TikTok-

Skripten zu trainieren) und zu veröffentlichen. Quellen werden dabei nur in seltenen Fällen angegeben.

Der Medienwissenschaftler Johannes Paßmann hat treffend von einer „Wissenspopularisierung mit Social Media“ gesprochen. In seinem gleichnamigen Aufsatz nennt er zwei Modi dieser Popularisierung: die Übersetzung und die Elizitation. Elizitation meint „eine Methode, durch vorgeführtes Material Reaktionen zu erzeugen, die ungenanntes, nicht recherchiertes, unbewusstes oder anderweitig noch nicht thematisiertes Wissen in Zirkulation bringen“.³

Gerade weil die Übersetzung komplizierter Zusammenhänge und Begriffe notwendigerweise Vereinfachungen vornimmt, teilweise „Entscheidendes in den Hintergrund treten“ lässt, was wiederum zu Missverständnissen führen kann, besitzt sie das Potenzial, viele Reaktionen hervorzurufen. Man könnte sagen: Wissenspopularisierung ist per se *affordant* („ anbietend“), fordert zum Weiter- und Mitproduzieren von Wissen auf, denn mit zehn ein- oder zweizeiligen Instagram-Slides oder in einem sechzigsekündigen TikTok-Video können bestimmte Begriffe oder Konzepte nicht erschöpfend erklärt werden. Das wiederum bedeutet, dass es sich um attraktive Inhalte für Influencer handelt. Sie bringen ihnen nämlich Interaktionen ein, die deshalb so begehrt sind, weil sie zu einer Bevorzugung durch den Algorithmus führen, also die Verbreitung der Inhalte fördern. Nicht zufällig professionalisieren sich daher fast alle erfolgreichen Influencer auf Wissen aus einem Bereich. Das kann intellektueller oder handwerklicher Art, der Theorie oder der Lebenswelt entnommen sein. Oft wird das Wissen nicht sachlich vermittelt, sondern

persönlich gefärbt oder mit Meinungsäußerungen vermengt.

Autorität haben in den Social Media also diejenigen, die nicht ausgewogen, detailliert, erschöpfend über etwas berichten, sondern pauschal oder lückenhaft bleiben, denn damit können die Follower „einsteigen“, etwas hinzufügen, sich selbst aktiv fühlen.

INFOKACHELN AUF INSTAGRAM

Ein in den Bereichen Wissenschaft, Politik und Aktivismus beliebtes Instagram-Format sind sogenannte Infokacheln. Sie bestehen oft nur aus Schrift und erwecken ästhetisch den Anschein von Seriosität. Man findet sie zum Beispiel auf den Plattformen von Louisa Dellert (@louisadellert), die sich mit Nachhaltigkeit und Umweltschutz beschäftigt, Timur (@timurs.time), dessen Schwerpunkt auf *Queerness* liegt, oder Hami Nguyen (@hamidala_), bei der man sich über (antiasiaten) Rassismus schlau machen kann. Auf mehreren Slides wird dabei ein Begriff, ein Konzept, eine Theorie oder aktuelles Geschehen erklärt. Als Anfang Juni 2023 in Brüssel die europäische Asylreform besprochen wurde, erstellte Nguyen folgende Infokacheln: Auf dem ersten Bild stand „In den nächsten beiden Tagen schafft die ‚Wertegemeinschaft‘ EU das Asylrecht faktisch ab und niemand schaut hin“, wobei die Worte „schafft“ und „Asylrecht faktisch ab“ rot eingefärbt wurden, um die Dringlichkeit der Sichtbarmachung dieser Information zu unterstreichen.⁴ In den folgenden Kacheln wurden zunächst Fakten gegeben, dann teilweise mit persönlichen Einschätzungen ergänzt. Im Kommentarbereich

verwies Nguyen auf andere aktivistische Accounts. Um die 12.000 User reagierten auf dieses Posting. Im Kommentarbereich wurde kontrovers diskutiert, und viele ergänzten im Sinne Paßmanns Informationen und Kontexte, die im Post selbst nicht enthalten waren.

Dass Nguyen für ihre Follower zu einer Autorität geworden ist, deren Meinung grundsätzlich von Interesse sein und Orientierung stiften kann, wird besonders deutlich, wenn sie sich in ihren Storys dafür rechtfertigen muss, nicht zu allen Ereignissen Inhalte liefern zu können. Offenbar steigt mit zunehmender Autorität der Druck, sich auch zu Fragen außerhalb des eigenen Themenschwerpunkts zu äußern.

Auf Nguyens Kachel zum neuen EU-Asylrecht gab es eine Reihe von Kommentaren in diesem Stil: „Wieso höre ich jetzt das erste Mal davon? Wieso berichten darüber keine Nachrichtensender und noch mehr? Oder wird mir das einfach nicht in die Timeline gespült?“ Wer eine Tages- oder Wochenzeitung liest, die *Tagesschau* oder politische Talkshows ansieht, wundert sich über solche Reaktionen. Sie bestätigen aber den schon länger existierenden Verdacht, dass die „alten“ Medien an Autorität verlieren. Zeit also, sich ernsthaft mit den Autoritäten der neuen Medien zu beschäftigen – mit den Influencern.

¹ Ole Nymoen / Wolfgang M. Schmitt: Die Ideologie der Werbekörper, Berlin 2021.

² Niklas Luhmann: Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main 1992, S. 149.

³ Johannes Paßmann: „Am Beispiel Rezo. Zwei Modi der Wissenspopularisierung mit Social Media“, in: POP. Kultur und Kritik, Heft 15, Herbst 2019, S. 65–76, hier S. 66.

⁴ <https://www.instagram.com/p/CtPEE6mMvLi/> [letzter Zugriff: 19.06.2023].

SCHWERPUNKT

Geliked

—
Wie viel Autorität verleihen 100.000 Follower?

AMELIE DUCKWITZ

Geboren 1977 in Köln, Professorin für Medien- und Webwissenschaften mit den Forschungsschwerpunkten Social Media, Influencer-Kommunikation und „User Experience“ sowie Transformation von digitalen Öffentlichkeit(en), Technische Hochschule, Köln.

Pamela Reif hat 9,5 Millionen, Lisa und Lena haben 19,6 Millionen, und Toni Kroos zählt mit fast vierzig Millionen Followern auf Instagram zu den erfolgreichsten Influencern in Deutschland. Während Toni Kroos dem internationalen Publikum als Fußballprofi ein Begriff ist, sind Pamela Reif, Lisa und Lena fast ausschließlich durch selbst produzierte Videos über die Social-Media-Kanäle YouTube, Musical.ly, TikTok und

Instagram bekannt geworden. Die Inhalte von Influencern oder *Content Creators*, wie sie sich selbst gern bezeichnen, gehören heute zu den meistrezipierten Kommunikationsformen im Internet. Etwas mehr als die Hälfte (52 Prozent) der Onlinenutzerinnen und -nutzer in Deutschland folgt Influencern, bei den 16- bis 24-Jährigen sind es 71 Prozent.

Der Begriff Influencer leitet sich vom englischen Begriff „to influence“ ab und weist auf ihr Einflusspotenzial hin, was sich vor allem in Produktempfehlungen zeigt: So gibt ein Viertel aller Follower in Deutschland an, ein bereits von Influencern beworbenes Produkt gekauft zu haben; in der jüngeren Altersgruppe liegt dieser Wert bei 52,6 Prozent. Das Influencermarketing, bei dem Unternehmen Influencer abhängig von ihrer Reichweite dafür bezahlen, für ihre Produkte zu werben, hat sich im Marketingmix längst etabliert und sorgt für einen weltweiten Umsatz von geschätzten 13,8 Milliarden Dollar.

Doch Influencer geben nicht nur Produktempfehlungen ab, sondern produzieren Unterhaltungs- und Comedy-Formate, Fitnesstutorials, Reise- und Interior-Inspirationen. Sie zeigen ihren Alltag mit Kind, Hund und mit den Herausforderungen einer nachhaltigen, veganen oder von Krankheit bestimmten Lebensweise. Sie setzen sich für die LGBTQ+-Community ein, wehren sich gegen Rassismus oder verbreiten rechte und fremdenfeindliche Botschaften. Sie nur auf die kommerzielle Komponente zu beschränken, greift zu kurz: Als mittlerweile fester Bestandteil des alltäglichen Medienrepertoires gibt über die Hälfte der 14- bis 24-Jährigen in Deutschland an, sich bei Influencern über aktuelle Ereignisse zu informieren, und spätestens seit Rezos Video „Die Zerstörung der CDU“ im Vorfeld der Europawahlen 2019 ist auch der breiten Bevölkerung bekannt, dass Influencer zur politischen Meinungsbildung beitragen.

INFLUENCER ALS NEUE AUTORITÄTEN?

Die Popularität und damit einhergehend die mutmaßliche Orientierung an Influencern, besonders der jüngeren Bevölkerungsgruppen, legt die Frage nahe, ob es sich um eine neue Form von Autorität handelt, die sich nicht länger durch eine hierarchische Gesellschaftsordnung begründet, sondern durch die öffentliche Aufmerksamkeit und eine sichtbare, soziale Zustimmung in Form von Followerzahlen und Likes. Gerade in der modernen Gesellschaft, die von einer zunehmenden Mediatisierung, Individualisierung und Globalisierung geprägt ist, verlieren klassische Autoritäten an Einfluss; der Begriff „Autorität“ ist zunehmend negativ konnotiert, während Influencer die soziale Funktion der Orientierung in einer kontingenten Welt zu übernehmen scheinen.

Interessanterweise dient der Begriff „Authority“ im englischsprachigen Raum als wichtige Kennzahl für den Erfolg von Webangeboten: So ist die

„page authority“ ein standardisierter Erfolgsindikator für die Suchmaschinenoptimierung, die sich aus Besuchen der Website und der Anzahl von *Backlinks*, also Seiten, die auf die Website verweisen, zusammensetzt, und auch im Influencermarketing wird die „Authority“ eines Influencers anhand seiner Followerzahlen und Interaktionsraten operationalisiert. Dennoch handelt es sich mehr um einen quantitativ messbaren, datengetriebenen Begriff, der die soziale Bedeutung nur implizit berücksichtigt.

In den Sozialwissenschaften geht der Begriff der Autorität maßgeblich auf Max Weber zurück, der damit das soziale Konstrukt von Herrschaft und Macht beschreibt. Autorität beruht dabei auf beanspruchter und anerkannter Kompetenz und Überlegenheit einer Person, die in der Regel mit einem Amt, einem Status als Experte oder einer Funktion verbunden ist und die Machtausübung dieser Person legitimiert. Autorität weist immer auf ein ungleiches Verhältnis zwischen denen, die Macht ausüben, und denen, die folgen, hin. Die Zuschreibung von Autorität dient in einer Gesellschaft der Reduktion von Komplexität, da diese Autorität nicht fortlaufend hinterfragt oder erläutert werden muss.

INFLUENCER ALS DIGITALE MEINUNGSFÜHRER

Aber worauf beruhen nun der Erfolg und das Einflusspotenzial der Influencer? Das Phänomen, dass in sozialen Netzwerken einige Menschen andere in ihrem Wissen, Einstellung und Verhalten beeinflussen, wurde bereits in den 1940er-Jahren in der Studie *The People's Choice* entdeckt: Der Soziologe Paul Lazarsfeld und seine Co-Autoren stellten fest, dass Menschen sich in ihrer politischen Meinungsbildung weniger durch die Massenmedien als durch die Kommunikation mit Menschen in ihrem sozialen Umfeld beeinflussen lassen. Dabei stellten sich einige Personen als sogenannte Meinungsführer heraus, die als gut informiert gelten und oft um Rat gefragt werden.

Diese Meinungsführer finden sich, wie eine Vielzahl weiterer Studien zeigte, in jedem sozialen Netzwerk, zeichnen sich durch eine zugeschriebene Expertise oder ein hohes Involvement aus, gelten als persönlichkeitsstark, sind „early adopters“ von Innovationen und sozial gut vernetzt. Obwohl ihnen ein Expertenstatus zugeschrieben wird, findet man in der umfangreichen wissenschaftlichen Literatur zu Meinungsführern allerdings kaum den Begriff der Autorität, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass sie ihren Einfluss horizontal entfalten, also innerhalb ihrer eigenen sozialen Schicht. Ihre Glaubwürdigkeit, die als wesentlicher Faktor für ihr Einflusspotenzial gilt, resultiert aus der Tatsache, dass sie auf gleicher Ebene kommunizieren, die soziale Beziehung also nicht durch Ungleichheit geprägt ist und keine Persuasionsabsicht, wie etwa bei Politikern oder Werbetreibenden, unterstellt wird.

Bei den Influencern, die als „digitale Meinungsführer“ bezeichnet werden, hat sich die Meinungsführerschaft an sich professionalisiert, und das trotz antizipierter Persuasionsabsicht – so geben 92 Prozent der Onlinenutzerinnen und -nutzer an, zu wissen, dass Influencer über Werbung Geld verdienen.

ENTFALTUNG EINER MEDIENSPEZIFISCHEN DYNAMIK

Im Gegensatz zur interpersonalen Kommunikation entfaltet sich in digitalen Netzwerken eine medienpezifische Dynamik, die dazu führt, dass digitale Meinungsführer rasch eine hohe Anzahl von Views und Followern generieren können. Unterstützt wird dieser Effekt durch die Algorithmen der Plattformbetreiber: Favorisierte Inhalte werden befreundeten Personen sowie Nutzerinnen und Nutzern mit einem ähnlichen Profil priorisiert angezeigt, damit diese länger auf der Plattform verweilen. Das führt in Netzwerken, in denen jeder jedem folgen kann, zu der typischen, mathematischen Verteilung des *Long Tails*, bei dem wenige Influencer eine sehr hohe Popularität und sehr viele eine mittlere bis verschwindend kleine Reichweite aufweisen. Nur etwa 0,5 Prozent zählen dabei mehr als eine Million Follower, 6,54 Prozent bewegen sich im sechsstelligen Bereich, 26,82 Prozent erreichen zwischen zwanzig und 100.000 Follower, während der große Rest ein Nischenpublikum bedient. Dementsprechend sind Influencer wie Meinungsführer sehr divers, disparat und dispers, was sie wiederum für ein zielgruppenorientiertes Marketing interessant macht.

Die Persuasionsforschung benennt die Glaubwürdigkeit als wichtigsten Faktor für eine Einflussnahme. Tatsächlich zeigen Studien, dass Influencern von ihren Followern hohe Glaubwürdigkeit zugeschrieben wird. Bei Glaubwürdigkeit handelt es sich um ein mehrdimensionales, zugeschriebenes Konstrukt, das sich vor allem auf die Faktoren der Expertise und Vertrauenswürdigkeit zurückführen lässt. Die Expertise kann dabei auch auf Erfahrungen oder einem hohen Involvement in einem Themenbereich beruhen. Darüber hinaus zeichnen sich Influencer durch eine soziale Nähe zu ihren Followern aus, sie wirken sympathisch, da sie ähnliche Wert- und Normvorstellungen vertreten. Auch wenn viele der veröffentlichten Inhalte hochgradig inszeniert sind, gelten die Influencer bei ihren Followern als authentisch, da sie immer wieder Einblick in ihren Alltag gewähren und eine inhaltlich und zeitlich konsistente Kommunikation verfolgen, sich also gewissermaßen selbst treu bleiben.

Schließlich gehen Influencer und Follower über Social-Media-Plattformen eine sogenannte „parasoziale“, weil medienvermittelte Beziehung ein. Diese beruht auf gegenseitigen Erwartungen und lässt typische Kommunikationsstrukturen entstehen: Influencer sprechen ihre Follower direkt an, antworten auf Fragen und erhoffen Zustimmung, während Follower auf das

tägliche Update warten. Rezipienten können sich durch die sichtbare Zustimmung eines Likes einer sozialen Gruppe zuordnen oder sich auch durch kritische Kommentare bewusst abgrenzen. Das „soziale Feedback“ wird in Social-Media-Netzwerken für alle sichtbar.

Influencer können also durchaus die Suche nach sozialer Orientierung unterstützen und so eine Lücke füllen, die in der modernen Gesellschaft durch den Bedeutungsverlust traditioneller Autoritäten entsteht. Allerdings beruht ihr Einflusspotenzial nicht, wie es der Begriff „Autorität“ impliziert, auf einer sozialen Beziehung, die durch ungleiche Verteilung von Macht geprägt ist. Der Reiz des Influencertums beruht darauf, dass jeder, sei es durch Expertise, kreativen Content, Inszenierung der eigenen Person, geschicktes Austarieren der Algorithmen und einer Portion Zufallsglück zum Influencer werden kann.

Erfolgreich zu bleiben, ist indes harte Arbeit: Zwar spielt die kommunikative Inszenierung der Authentizität schon bei traditioneller Herrschaft eine wichtige Rolle, ist heute aber Voraussetzung, um stetige Aufmerksamkeit zu generieren. In Social-Media-Netzwerken finden sich Influencer in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis zu Followern, den netzwerktypischen Algorithmen und den Unternehmen, die mit ihnen kooperieren: Influencer haben Einfluss; dieser gründet allerdings auf der ständigen kommunikativen Aushandlung der Glaubwürdigkeit und Authentizität, dem Druck, der Community zu gefallen, die jede Abweichung mit dem „Entfolgen“ sanktioniert, das wiederum die Geschäftsgrundlage infrage stellt.

Welche Folgen das hat, mussten unlängst die Influencer Fynn Klieemann und Kanye West erleben, die mit unsauberen „Maskendeals“ und antisemitischen Äußerungen Follower sowie Kooperationspartner verloren. Aber auch jede Form des Paternalismus wird von den Followern abgestraft, die sich eher mit den Influencern identifizieren wollen, als von ihnen Vorschriften zu erhalten. Nutzerinnen und Nutzer suchen in sozialen Netzwerken nicht nur nach Orientierung, sondern nach Unterhaltung, Inspiration, Ablenkung und nicht zuletzt Rabattcodes. Der nächste Trend, der die Aufmerksamkeit fesselt, ist nur einen „Swipe“ entfernt. Die Autorität über 100.000 Follower ist ein sehr fragiles Konstrukt.

Zum Weiterlesen

Duckwitz, Amelie: „Influencer*innen im digitalen Wahlkampf“, in: Fuchs, Martin / Motzkau, Martin (Hrsg.): *Digitale Wahlkämpfe*, Springer VS, Wiesbaden 2023.

Schach, Annika / Lommatzsch, Timo (Hrsg.): *Influencer Relations: Marketing und PR mit digitalen Meinungsführern*, Springer Gabler, Wiesbaden 2018.

In der elektronischen Fassung dieses Beitrages auf unserer Website www.politische-meinung.de ist dieser Beitrag mit einem wissenschaftlichen Anmerkungsapparat einzusehen.

Haltlose Kinder

Zur Notwendigkeit institutioneller Autorität in Erziehung und Bildung

SASCHA DÜMIG

Geboren 1977 in Offenbach am Main, staatlich anerkannter Erzieher, promovierter Germanist und Dozent an den Ludwig Fresenius Schulen, Frankfurt am Main.

In Anbetracht aktueller Entwicklungen, wie der oftmals ausgeübten Gewalt gegen Lehrkräfte, des Nichterreichens von Mindestleistungen in den Kulturtechniken Lesen und Rechnen sowie des massiven Anstiegs von Eingliederungshilfen für Minderjährige, kann niemand bestreiten, dass im deutschen Bildungswesen einiges im Argen liegt. Bereits 2004 sollten die

sogenannten Bildungspläne der Bundesländer als Reaktion auf das schlechte Abschneiden deutscher Kinder in diversen Studien, wie PISA und IGLU (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung), klare Orientierungen geben, wie frühkindliche Bildung neugestaltet werden könne. Aus den unterschiedlichen Bildungsplänen lassen sich zwei Theorierichtungen herausdestillieren, die ein gemeinsames Fundament darstellen – so *erstens*, dass Bedürfnisse bei Kindern nach Bindung vorhanden sind, um befriedigt zu werden, und *zweitens*, dass die (gesellschaftliche) Realität eine (Ko-)Konstruktion ist.

Die erste Theorie wird wesentlich durch die Bindungstheorie repräsentiert. Sie geht davon aus, dass Kinder mit der angeborenen Disposition zur Welt kommen, emotionale Bindungen einzugehen. Möchte man Kinder erziehen, die ihr Umfeld aufmerksam erkunden und damit Lernerfahrungen sammeln, ist es nach dieser Theorie wichtig, die Bindungssignale des Kindes angemessen, zuverlässig und prompt zu beantworten. Die Bindungsperson beziehungsweise das Umfeld werden so zu einem dauerhaften Interpretanten und Dienstleister der kindlichen Bedürfnisse.

Die zweite Theorie, der Ansatz der Ko-Konstruktion, nimmt an, dass das Verstehen der Welt mit und durch andere geschieht. Eine verbindliche Wirklichkeit an sich gibt es nach diesem Ansatz nicht, sodass Wissen letztlich relativ ist und eine bloße soziale Vereinbarung von Interpretationen darstellt.

SCHAM ANSTELLE VON SCHULD

Die beiden Theorien eint offensichtlich eine wesentliche Tendenz – die fast monomanische Orientierung am Subjekt und seinen Interaktionen. In der konkreten Praxisumsetzung verlangt dies, mit den Kindern ausschließlich auf Augenhöhe zu kommunizieren und ein „Von-oben-herab“ zu vermeiden. Daher wird zwingend auf den Wissensvorsprung Erwachsener verzichtet, und den Kindern werden nur mehr Rechte ohne korrespondierende Verpflichtungen vermittelt.

Für die moralische Bildung bedeutet ein solcher Verzicht auf allgemein orien-

tierungsgebende Maßstäbe, dass an die Stelle von Schuld, die sich durch das Übertreten allgemein akzeptierter Normen einstellt, Scham tritt. Bei dieser bestimmt die Angst vor Ächtung durch die dominanteste Interpretationsgemeinschaft das Handeln und nicht ein verinnerlichter, allgemeiner Wertekanon. Es sollte hellhörig machen, wenn aktuelle Erziehungsleitlinien genau das widerspiegeln, woran die Gesellschaft krankt. Deutungen der Welt durch Meinungsverbände werden zum leitenden Maßstab gemacht, was dazu führt, dass die aggressive Durchsetzung des Subjektiven zu einer leidvollen Norm geworden ist. Wird hier nicht der ideologische Bock zum Gärtner gemacht?

Um es auf den Punkt zu bringen: Die einseitige Subjektorientierung in Erziehung und Bildung offenbart eine chronische Vermeidung von (eigener) Autorität, die sich nicht zuletzt in der Vernachlässigung orientierungsgebender Themen wie Regeln, Vorbildern und Macht zeigt.

Für diesen problematisierenden Umgang mit Autorität im sozialwissenschaftlichen Feld insgesamt kann schon die Diskussion Arnold Gehlens mit Theodor W. Adorno im *Südwestfunk* aus dem Jahr 1965 als maßgeblich erachtet werden. Entscheidend ist in dieser der Begriff der Institution. Institutionen können grob verstanden werden als etablierte und anerkannte soziale Regeln, Normen und Statuspositionen, die durch Personen oder Organisationen realisiert werden. Gehlen betonte die stabilisierende Funktion von Institutionen für das Mängelwesen Mensch. Ohne Orientierung an Institutionen und deren Autorität könne das instinktlose Individuum kaum seine Lebensprobleme lösen. Deshalb müssten Institutionen auch in ihrem Grundwirken

frei von Widerspruch bleiben. Adorno hingegen bestand auf der dauerhaften Kritik an Institutionen, gerade *weil* sie einen unterdrückenden Charakter hätten. Mündigkeit wurde von ihm als Loslösung von der Bedürftigkeit der Institutionen gedeutet. Über diesen polarisierenden Diskurs im Hinblick auf Institutionen sind die Sozialwissenschaften bis heute nicht hinausgekommen.

X GILT ALS Y IN Z

Wie könnte aber nun ein balanciertes Verständnis und ein zielführender Umgang mit Institutionen und ihrem Autoritätsgehalt in der Erziehung und Bildung aussehen? Die Bedingung der Möglichkeit einer Institutionenbildung überhaupt ist uns allen durch unser Sprachvermögen gegeben. Wie der Philosoph John Searle herausgearbeitet hat (Searle 2017), erzeugen wir neue soziale Tatsachen durch eine besondere Form des sprachlichen Handelns. Mit bestimmten Wörtern, wie zum Beispiel „ernennen“, „taufen“, „befördern“ und so weiter, die Deklarativa – Sprechakte, die sich in einem stark etablierten und institutionalisierten Rahmen bewegen – genannt werden, beziehen wir uns sprachlich nicht auf eine gegebene Realität, sondern erzeugen objektiv eine neue soziale Gegebenheit mit realen Wirkungen. Wenn Thomas, acht Jahre, zum heutigen Kinderratsmoderator ernannt wird, dann muss er verstehen, dass er (X) jetzt als Kinderratsmoderator (Y) im Kinderrat gilt (Z). Thomas muss also ein Symbolverständnis besitzen (X gilt als Y; etwas gilt als etwas anderes) und Fiktion von Nicht-Fiktion – was der Fall *ist*, von dem, was der

Fall *sein* könnte – unterscheiden (in Z; in jedem möglichen Kontext). Searle spricht technisch davon, dass allen Deklarativa (konstitutive) Regeln zugrunde liegen, die die Formel *X gilt als Y in Z* haben.

Bereits Kinder unter sechs Jahren üben solche Regeln ein, wenn sie in Fiktionsspielen den Konjunktiv II als Vorläuferform gebrauchen („Du [X] wärest jetzt [Z; in diesem Spiel] die Mama [Y]“) und Möglichkeitsszenarien mit unterschiedlichen Rollen auf einer Form von Miniaturbühne simulieren (vgl. Dümig 2021). Im Alter von sechs Jahren verwenden Kinder dann im Alltag Deklarativa und spielen Fiktionsspiele, ohne eine eigene sprachliche Markierung vornehmen zu müssen. Das heißt, durch ihre Vorübungen können sie nun konkrete Einzelpersonen eindeutig von zugewiesenen Rollen unterscheiden und somit auch objektive Funktionen, wie Lehrer oder Erzieher, von den sie tragenden Privatpersonen trennen. Im zweiten Schritt führt diese Unterscheidungsfähigkeit zur Akzeptanz der Werte, die durch diese (an-)erkannten Funktionen angetragen werden.

Zwei Dinge sind also vonnöten: *erstens* eine hinreichend ausgeformte Syntax, so dass Konjunktivkonstruktionen für Fiktionsspiele verwendet werden können. Auch hier deutet der massive Anstieg an Sprachbeeinträchtigungen darauf hin, dass Sprachförderung als Grundbaustein des Institutionenverständnisses anders und mehr als bisher fokussiert werden muss.

Zweitens muss eine genuine Förderung des Institutionenverständnisses stattfinden. Ziel derselben sollte Sprechhandlungsbewusstheit sein. Diese beinhaltet das Vermögen, die Doppelnatur von Deklarativa bewusst einzusehen: Einerseits sind soziale Tatsachen von uns selbst

sprachlich erzeugt und sind deshalb, im Sinne Adornos, auch veränderbar – andererseits sind sprachliche Festlegungen orientierungsgebende Verbindlichkeiten, die nicht willkürlich von Einzelnen aufgehoben werden können, so wie es Gehlen betonte.

In der praktischen Bildungsarbeit bedeutet dies, die Orientierungsgebung und Würde, die *auctoritas*, einer institutionellen Funktion nicht in Formen intersubjektiver Partnerschaftlichkeit aufzulösen. Das Kind muss an den konkreten Fachkräften lernen, dass sie beides sind – wichtige Bindungspersonen, aber auch Bildungsverantwortliche für alle und deshalb institutionelle Machtinhaber. Nur so, und dies kann man gar nicht oft genug wiederholen, können sie überhaupt einen geeigneten Rahmen schaffen, in dem Bildungsprozesse stattfinden können.

SUBJEKTIVITÄT UND INSTITUTIONELLE AUTORITÄT

Kindern sollten institutionelle Funktionen und Regeln zudem sichtbar gemacht werden. Dies gelingt nur dadurch, dass sie selbst häufig Regeln erzeugen und Rollen annehmen dürfen (Selbsterprobung), diese anerkannt werden und mit Befugnissen einhergehen (Sichtbarkeit von Effekten) und sie für das jeweilige Alter überschaubar sind (zeitliche Begrenzung). Projektarbeit, in der Theorie zwar seit Langem vorhanden, in der Praxis allerdings kaum durchgeführt, ist hierfür maximal zielführend.

Zu guter Letzt muss das objektive Argument im Kontrast zur Meinung rehabilitiert werden. Pädagogische Fachkräfte sollten das Vermögen besitzen, Regeln altersangemessen begründen zu können. Wenn Macht die Fähigkeit ist, jemanden dazu zu bringen, eigenen Wünschen und Neigungen zuwiderzuhandeln, dann sollte dies durch Argumente und nicht durch Zwang geschehen. Auch jüngere Kinder sind dem rationalen Austausch von Argumenten zugänglich. Diese aufkeimende Vernunft altersspezifisch zu fördern, sollte in pädagogischen Curricula endlich das vornehmste Ziel werden.

Es gilt also, gänzlich neue Wege einzuschlagen, damit Kinder lernen können, dass Gemeinschaft nur im Zusammenspiel von Subjektivität und institutioneller Autorität gelingt. Dies betonte bereits Wilhelm von Humboldt am 1. Juni 1792 in seinem Brief an den Naturforscher Georg Forster: „Denn der isolierte Mensch vermag sich ebensowenig zu bilden, als der in seiner Freiheit gewaltsam gehemmte.“

Literatur

- Dümig, Sascha: „Meine, deine, unsere Kita. Deklarative Sprechakte, Projektmethode und der Erwerb von Institutionenverständnis“, in: Textor, Martin R./ Bostelmann, Antje (Hrsg.): Das Kita-Handbuch, 2021, ausschließlich online erschienen, 2021, www.kindergartenpaedagogik.de/fachartikel/bildungsbereiche-erziehungsfelder/sprache-fremdsprachen-literacy-kommunikation/meine-deine-unsere-kita-deklarative-sprechakte-projektmethode-und-der-erwerb-von-institutionenverstaendnis/#_blank [letzter Zugriff: 08.05.2023].
- Searle, John: Wie wir die soziale Welt machen. Die Struktur der menschlichen Zivilisation, Suhrkamp Verlag, Berlin 2017.

Begleiter und Vorbilder

Autorität bei Erzieherinnen und Erziehern in Kindertagesstätten

BARBARA NOLTE

Geboren 1962 in Paderborn, Referentin für Erzieher und Erzieherinnen, Verband Bildung und Erziehung Nordrhein-Westfalen (VBE NRW), Leiterin Kindergarten und Familienzentrums Schattenstraße (Hövelhof, Kreis Paderborn).

Autorität – was verbinde ich damit? Vorbild, autoritären Erziehungsstil, Macht, Werte, Regeln, Aufgaben, Gehorsam,

Chancen und Grenzen, Respekt, Respektlosigkeit, Bestimmtheit, Bindung, Beziehung, Authentizität, Erklärungen, Rechte, Unrecht. Und was hat das mit meinem Berufsfeld und mit mir als Erzieherin zu tun?

Ich will versuchen, diesen Fragen nachzugehen: Vierzig Jahre Erfahrung als Erzieherin kann ich selbst einbringen. Ich leite seit 1987 eine Kindertageseinrichtung und ein Familienzentrum und kenne

die Wahrnehmung vieler Kolleginnen und Kollegen. Darüber hinaus engagiere ich mich ehrenamtlich als Referentin für Erzieher und Erzieherinnen im Elementarbereich im Verband Bildung und Erziehung Nordrhein-Westfalen.

Die meisten von uns berichten, dass der Berufsalltag immer anstrengender wird – durch die wachsenden Aufgabenstellungen wie Dokumentation, Beratung, neue Konzepte zur Partizipation, Kinderschutz, Inklusion, Erziehungspartnerschaft mit Eltern, Vorgaben durch die Kitaträger, Flexibilisierung, Vernetzung; die sich stetig verändernden Rahmenbedingungen wie den unzulänglichen Erzieher-Kind-Schlüssel, den Fachkräftemangel; immer mehr Vorschriften, die in den Bereichen Arbeitsschutz, Gesundheit zu beachten sind, ständig neue Gesetzesvorgaben, Verordnungen; die steigenden Anforderungen, die Eltern an uns herantragen, aber auch immer mehr Erziehungsunsicherheiten bei den Eltern selbst, immer mehr Belastungen in den Familien, Erschöpfung und auch Themen wie Vernachlässigung, Desinteresse und Gleichgültigkeit – „Hauptsache, ich habe einen Kitaplatz“ – und Respektlosigkeit bei Anfragen oder in Gesprächen.

Doch der Fokus sollte sein, die Kinder auf ihrem Bildungsweg und in ihrer Entwicklung zu begleiten und es ihnen zu ermöglichen, die Welt zu entdecken, zu erforschen, zu begreifen. Auch hier ist ein großer Wandel zu beobachten, denn das, was unter Kindheit verstanden wird, hat sich massiv verändert. Davon wird der Alltag geprägt, es sind die Grundbedingungen, um umreißen zu können, wie wichtig „Autorität“ von Erzieherinnen und Erziehern in der Kita ist.

Wir leben in einer Zeit, in der alle am Kitaleben Beteiligten einen enormen Wandel erleben. Wissen und Informationen zum Thema Erziehung stehen immer und überall zur Verfügung. Erziehungsstile haben sich verändert. Die Wissenschaft zur Erforschung der kindlichen Entwicklung, der Wirksamkeit von Erziehungsstilen und therapeutischen Möglichkeiten und noch vieles mehr gewinnt rasant an Bedeutung. Gleichzeitig sind wir selbst durch unsere Erziehung, unsere Entwicklung, Erfahrungen und unsere Haltung geprägt. Wenn heute Eltern Beratung suchen, stehen ihnen ungefiltert Bücher, Informationen und Foren im Internet zur Verfügung.

ENTSCHIEDENES „NEIN“ WÄRE OFT KLARER

Man könnte eigentlich davon ausgehen, dass sich dadurch die Erziehungsqualität verbessert. Doch weit gefehlt: Einerseits begegnet uns in der Erziehungspartnerschaft mit Eltern, dass diese insgesamt sehr bewusst und reflektiert den Blick auf die Entwicklung ihrer Kinder richten. Sie erklären ihren Kindern alles, egal, wie alt das Kind ist; und jeder kann sich vorstellen, wie es manchmal ausgehen kann, wenn man mit einem anderthalbjährigen Kind diskutiert, dass wir unser Gegenüber nicht beißen dürfen, wobei hier ein entschiedenes Nein durchaus klarer wäre und das Wahrnehmen von Erziehungsverantwortung in den Mittelpunkt rücken würde.

Andererseits erleben wir unreflektiertes Erziehungsverhalten, Unentschiedenheit bei Eltern, Abschieben von Verantwortlichkeit auf Erzieherinnen respektive

Erzieher und damit verbunden das Ablehnen von Beratungs- und Unterstützungsangeboten sowie eine Vernachlässigung von Kindern. Und immer sprechen wir davon, Eltern seien Fachleute für ihr Kind. Eltern stellen hohe bis gar keine Ansprüche an die Professionalität von Erzieherinnen und Erziehern in den Kitas. Die Erziehungsunsicherheit bei vielen Eltern steigt, da sie all die verfügbaren Informationen nicht filtern können. Daher ist es wesentlich, Erzieherinnen gut auszubilden und sie in ihrer Gesprächskompetenz zu stärken. Gute Beispiele dafür sind das Projekt des Bundes zur Zusatzqualifikation von Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern und der Ausbau von Familienzentren, um die Erziehungskompetenz von Eltern von Anfang an auf Augenhöhe vertrauensvoll zu stärken. Denn Erziehung geschieht immer und zu jeder Zeit, reflektiert, spontan, überlegt, unüberlegt. Sie hat viele Auswirkungen, kann viel erreichen, aber auch viel zerstören.

BILDUNG DURCH SICHERE BINDUNGEN

Kinder wachsen in Deutschland unter sehr unterschiedlichen Bedingungen auf. Dies bedeutet, dass die Kindertageseinrichtungen die Erzieher-Kind-Beziehung mehr in den Mittelpunkt stellen müssen. Neben allen Förderungs- und Bildungsangeboten für Kinder müssen die konkreten Bedürfnisse der Kinder in den Fokus gerückt werden. Dies muss Leitlinie für das Handeln der Erzieherinnen und Erzieher sein, damit Kinder positive Bindung und Bestärkung erfahren. Bildung gelingt nur durch gute und sichere Bindungen.

Das Erziehungsverhalten muss geprägt sein von Beobachtung, Partizipation, Glaubhaftigkeit, Wertschätzung und der Ermöglichung von Freiräumen. Dadurch erfahren Kinder ihre eigenen Stärken, und wir Erwachsenen können sie dabei begleiten. Wir Erwachsenen sind Vorbild, das heißt allerdings nicht, dass wir niemals etwas falsch machen dürfen. Wir müssen unser Handeln immer wieder reflektieren, uns auch bei Kindern entschuldigen, wenn etwas nicht gut gelaufen ist. Kinder brauchen eine echte Teilhabe, die sie entsprechend ihrer Entwicklung und ihren Möglichkeiten einlädt, mitzuentcheiden. Wir Erwachsenen ermöglichen ihnen dies, indem wir immer wieder unser Handeln darauf ausrichten, dass Kinder, die uns genau beobachten und daraus lernen, uns vertrauen, dadurch selbstbewusst und stark heranwachsen und langsam, aber stetig eigene Entscheidungen treffen.

Dies erinnert mich an eine Begebenheit, als ein kleiner Junge nachmittags in Begleitung seiner Mutter die Kita verließ. Mein Büro liegt neben dem Eingang, das Fenster war offen, und so hörte ich, wie er sagte: „Du, Mama, heute hatte ich Streit mit Barbara, aber dann haben wir geredet, und jetzt ist alles gut und es war gerecht.“ Ja, er und sein Freund hatten ein anderes Kind sehr geärgert, und ich hatte mich mit den Kindern hingestellt, ihnen zugehört und gemeinsam mit ihnen nach einer Lösung gesucht, die ihre Vorschläge berücksichtigt hat und dann umgesetzt werden konnte. Die Mutter schaute in Richtung Büro und schmunzelte, genauso wie ich, es war eine stumme Verständigung. Am nächsten Tag haben wir uns kurz dazu ausgetauscht, und die Situation war von gegenseitigem Vertrauen geprägt.

Erzieherinnen und Erzieher müssen in ihrem Handeln glaubhaft für ihr Gegenüber sein, denn sie prägen frühzeitig neben dem Elternhaus die Lebenswirklichkeit von Kindern und können Halt und Orientierung geben.

Viele Erzieherinnen und Erzieher berichten auch von Anfeindungen, Beschimpfungen, Ignoranz und damit verbundener Resignation. Diese Situationen nehmen zu, denn die Rahmenbedingungen in den Kitas sind sehr unterschiedlich, und die Personalsituation wird immer angespannter. In der deutschen Kitastudie wird deutlich, wie massiv sich der Fachkräftemangel aus Sicht der Kitaleitungen auf die Arbeit und das Gefühl der Wertschätzung durch Politik, Gesellschaft, Trägerorganisationen und so weiter auswirkt. Die daraus resultierenden Ziele liegen auf der Hand:

- für die Politik, die gute Bildung und Erziehung will und dafür die Kitaplätze weiter ausbauen muss,
- für die Träger, die eine gute Bildungslandschaft vor Ort bereitstellen und damit eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen wollen,
- für die Eltern, die sich eine gute Erziehung und Bildung sowie eine sichere Betreuung für ihr Kind wünschen,
- für die Erzieherinnen und Erzieher, die Kinder und Familien auf ihrem Weg begleiten und unterstützen wollen.

Erzieherinnen und Erzieher sind in gewisser Hinsicht Autoritätspersonen. Wenn wir selbst in unserer Biographie zurückblicken, dann können wir selbstbewusst feststellen, dass uns vieles besonders gut gelungen ist, wir immer gut lernen konnten, Freude hatten, selbstbewusst waren, wenn wir uns angenommen, uns sicher gefühlt, uns gestärkt und geliebt gefühlt haben. Oft wurden solche Empfindungen von jemandem vermittelt, der oder die neben unseren Eltern ein Vorbild für uns war.

Erzieherinnen und Erzieher sind Begleiter und Vorbilder für Kinder und Familien, und sie brauchen die Anerkennung und Wertschätzung zur Erfüllung ihrer Tätigkeit. Dies bedeutet die Weiterentwicklung ihrer Professionalität. Sie sind Tag für Tag konfrontiert mit vielfältigen Anforderungen und Sorgen, aber auch mit kleinen und großen Herausforderungen, die die Kinder und Eltern an sie stellen. Um diesen vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden, brauchen sie eine gute Ausbildung, Fort- und Weiterbildung und vor allem Zeit für ihre Kernaufgaben Bildung, Erziehung und Betreuung.

In unserer pädagogischen Arbeit geht es bei dem Thema Autorität um Partizipation, Vorbild, Miteinander, Akzeptanz sowie echte Wertschätzung in der Gesellschaft und Politik für das Berufsbild der Erzieherinnen und Erzieher – verbunden mit Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und -stärkung.

Krieg als Realityshow

Die manipulative „Autorität“ der Lüge in russischen Staatsmedien

TAMINA KUTSCHER

Geboren 1977 in München, Slawistin und Historikerin, freie Journalistin, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Medien und Gesellschaft in Russland, Mittel- und Osteuropa. 2016 bis 2023 Chefredakteurin der Medien- und Wissenschaftsplattform „dekoder. Russland und Belarus entschlüsseln“. Mitglied im Vorstand des internationalen Journalistennetzwerks „n-ost“ sowie im Fachbeirat der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Ein Video vom März 2023: Russlands Präsident Wladimir Putin ist erstmals seit Beginn des russischen Angriffskriegs im annektierten Donbass zu sehen – und zwar im ukrainischen Mariupol, das russische Truppen nahezu komplett verwüstet hatten. Er will sich – öffentlichkeitswirksam – ein Bild von der Lage machen. Gleich zu Beginn des Films ruft eine Frauenstimme aus dem Hintergrund: „Das ist alles nur Lüge, das ist alles nur Show.“

Lüge und Show unter Putin hat der Politikwissenschaftler Helmut König seziiert: Sein Buch *Lüge und Täuschung in den Zeiten von Putin, Trump & Co.* ist 2020 erschienen – zwei

Jahre vor Ausbruch des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. König nimmt eine umfassende Analyse vor, er beschreibt ein System der Lüge, das alle Schichten staatlichen Handelns durchdringt: Politische Institutionen, Wahlen, Gerichte, Parteien, Verfassung sind „in sich selber Täuschungen und

Irreführungen. Sie sind nicht das, was sie zu sein vorgeben“.¹ Die Medien begreift König als Teil dieses Systems: So seien „die wichtigsten Medien zu staatlichen Instrumenten geworden, mit denen der Kreml die Zustimmung zu seiner Politik organisiert“. Im Ergebnis werde die Welt für die russische Gesellschaft „zur Realityshow, der das Wichtigste, nämlich die Realität der Realität, abhandengekommen ist“.²

Dennoch bedeutete der Beginn des russischen Angriffskriegs für die russische Medienlandschaft noch einmal eine Zäsur. Die meisten unabhängigen Medien und Journalisten mussten das Land verlassen. Die Staatsführung sicherte sich die volle Kontrolle über den russischen Medien- und Informationsraum – und setzt auf Zensur und Propaganda. Letztere bedient sich bestimmter Narrative und Verfahren, die nun auch den Krieg zur „Realityshow“ werden lassen; zu einer „Show“, die bekanntlich damit beginnt, dass keinesfalls von Krieg, sondern von einer „militärischen Spezialoperation“ die Rede sein darf. Wichtiges Instrument ist das staatliche und staatsnahe Fernsehen, wobei die drei größten Sender *Perwy Kanal* („Erster Kanal“), *Rossija 1* und *NTW* nahezu alle Haushalte in Russland erreichen; sie sind direkt dem Staat oder staatsnahen Unternehmen unterstellt. Immer wieder dringen Informationen nach außen, die Präsidentschaftsadministration schicke regelmäßig Themenpläne an die Sender.³

OFFIZIELLE NARRATIVE UND AFFEKTRHETORIK

Nahezu jede Meldung, jedes Ereignis im Krieg gegen die Ukraine wird über bestimmte Narrative erklärt und eingeordnet – es sind die gleichen wie die, die Wladimir Putin in seinen programmatischen Reden benutzt und die vermutlich von seinem Redenschreiberstab entwickelt werden.⁴ Der Krieg wird als Verteidigungskrieg gegen den Westen dargestellt, der Russland bedrohe.

„Die Organisatoren jeglicher Provokation, die unsere grundlegenden Sicherheitsinteressen bedrohen, werden bereuen, was sie getan haben, so wie sie schon lange nichts mehr bereut haben.“ Dieser Satz entstammt einer Rede Putins vom April 2021. Mit „Provokation“ sind der Maidan in der Ukraine 2014 und die Proteste in Belarus 2020 gemeint. Die Slawistin Sylvia Sasse zitiert diesen Ausspruch in ihrem Band *Verkehrungen ins Gegenteil* (2023). In Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zeige sich, „dass die Verkehrung von Ursache und Wirkung nicht nur darauf angelegt ist, die Gegenwart durch die nachträglich neu interpretierte Vergangenheit umzudeuten, vielmehr richten sich Uminterpretationen der Vergangenheit auf erst noch geplante, zukünftige Ereignisse und rechtfertigen diese bereits, bevor sie überhaupt eingetreten sind“. Ein Verfahren, das Sasse „Aktion als Reaktion“ nennt. Der Slawist Riccardo Nicolosi sieht in den Reden Putins zudem eine Affektrhetorik am Werk, mit der die Zuhörer emotional aufgestachelt werden sollen.⁵ Sasse

nimmt diese Argumentation auf und führt sie weiter aus: Es gehe um „die eigene Aggression, die Putin seinen Zuhörer:innen als westliche Aggression zu lesen gibt, von der man sich durch die ‚Spezialoperation‘ zu befreien sucht“. Die Affektrhetorik greifen die Staatsmedien auf, und das fast rund um die Uhr: 2014, als Russland die Krim annektierte und der Krieg im Osten der Ukraine begann, entdeckte das Staatsfernsehen die Polittalkshows neu, derzeit erfährt ihre Ausstrahlung eine nochmalige Steigerung. So sendet etwa der *Perwy Kanal* Polittalkshows und „Nachrichten“ rund zwölf Stunden täglich, die klare Feindbilder bedienen: die Opposition im Inneren, den Westen und die Ukraine. Ihr hetzerischer Charakter wird auch an dem Auftreten der Moderatoren deutlich, die ihre Rolle meist nicht wahrnehmen, sondern sich mit heftigen Wutausbrüchen einmischen.

Dmitri Kisseljow ist ein bekanntes Fernsehgesicht – der Generaldirektor der staatlichen Auslandsnachrichtenagentur *Rossija Sewodnja* wird inzwischen als „Chefpropagandist des Kreml“ bezeichnet. In seinem sonntäglich ausgestrahlten, quotenstarken Nachrichtenrückblick *Westi nedeli* („Nachrichten der Woche“) des Staatssenders *Rossija 1* hatte er bereits im März 2014 behauptet, dass Russland der einzige Staat sei, der die USA „jederzeit in radioaktive Asche verwandeln“ könne. 2022 drohte er, untermalt von einer Videoanimation, dass Russland Großbritannien mittels einer nuklearen Torpedorakete „auf den Meeresgrund schicken“ könne.

„FASCHISTEN“ IN KYJIW

Ein weiteres Narrativ, das Putin in seinen Reden vorgibt und das die Propaganda mantraartig wiederholt, lautet: Man müsse die russischsprachige Bevölkerung im Osten der Ukraine vor dem „faschistischen Regime“ in Kyjiw schützen, das als „Söldner“ des russlandfeindlichen Westens agiere. Dieses Narrativ dockt am historischen russischen Gedächtnis an: Es reicht zurück in die Zeit des Zweiten Weltkriegs, als nationalistische ukrainische Gruppen in Teilen mit den Nationalsozialisten kollaborierten. Es ist in Russland deshalb wirkmächtig, weil die Erinnerung an den „Kampf gegen den Faschismus“ gerade in der älteren Generation als ein Erbe empfunden wird, dem man sich bis heute verpflichtet fühlt.

Auch die historische Erinnerung wurde längst vom russischen Staat gekapert, der vergessen macht, dass der siegreichen sowjetischen Roten Armee auch ukrainische Soldaten angehörten. Und dass nirgends in der Sowjetunion so viele Menschen dem Holocaust zum Opfer fielen wie in der Ukraine und in Belarus. Ebenso bleibt unbeachtet, dass das „Faschisten“-Narrativ nicht nur deswegen abwegig ist, weil der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky aus einer russischsprachigen jüdischen Familie stammt. Sondern auch, weil er bei

den Wahlen 2019 mit einem Programm angetreten war, das sich vom Programm seines politischen Opponenten Petro Poroschenko abhob.⁶

Doch das Narrativ hält sich und wird eskaliert: So sagte Margarita Simonjan, Chefredakteurin des staatlichen Auslandssenders *RT*, man habe unterschätzt, wie tief der Nazismus die ukrainische Gesellschaft durchdrungen habe.⁷ Was aber bedeutet diese Aussage in ihrer Konsequenz? Kurz nachdem die Massaker von Butscha bekannt geworden waren, erschien im April 2022 ein Artikel bei der staatlichen Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* mit dem Titel „Was Russland mit der Ukraine machen muss“. Der Autor Timofei Sergejew, ebenfalls häufiger Gast in Fernsehtalkshows, fordert darin, die Ukraine als Staat zu zerstören und die Zivilbevölkerung einer „Entukrainisierung“ zu unterziehen.⁸ In politischen Talkshows und Nachrichtensendungen im Staatsfernsehen wurde mitunter dazu aufgerufen, ukrainische Kinder zu ertränken.⁹ Propagandist Sergej Mardan forderte nicht nur „totale Dunkelheit“ für die Zivilbevölkerung der Ukraine durch noch massivere Angriffe auf die Infrastruktur,¹⁰ sondern etwa auch, ukrainische Lehrer ins Gulag zu stecken, wenn sie sich nach der russischen Besatzung weigern sollten, weiter zu unterrichten.¹¹

MANIPULATIVES SPIEL MIT DER LÜGE

Auf die Konsequenzen einer solchen Rhetorik weist der russische Soziologe Grigori Judin hin: „Nun bedeutet Befreiung Säuberung.“¹² Judin hatte den russischen Angriffskrieg in einem viel beachteten Artikel vorausgesagt und nach seinem Beginn im Interview mit dem russischen Exilmedium *Meduza* gewarnt: „Wörter wie ‚Nazis‘ und ‚Entnazifizierung‘ sind alles andere als harmlos – in der heutigen Sprache haben sie das Potenzial einer völligen Entmenschlichung und bilden die Grundlage für eine ‚Endlösung‘ des Problems.“¹³ Wenn König 2020 noch konstatieren konnte, dass die gegenwärtige Lüge in Russland etwas anderes sei als das totalitäre „Wahrlügen“ (Hannah Arendt), „bei dem die Lüge Ankündigung einer Handlung ist“, so muss dies nach Russlands Krieg gegen und die Verbrechen in der Ukraine neu untersucht und bewertet werden.

Im manipulativen Spiel mit der Lüge geht es allerdings nicht darum, die *eine*, höhere Wahrheit durchzusetzen – im Unterschied zur sowjetischen Ideologie –, sondern es besteht laut König darin, „Misstrauen, Verwirrung und Konfusion“ zu erzeugen.¹⁴

Was das bedeutet, lässt sich anhand der Berichterstattung russischer Staatsmedien über die Massaker von Butscha aufzeigen: Zu sehen waren die gleichen schrecklichen Bilder von Leichen auf den Straßen, wie sie in den Nachrichten westlicher Sender gezeigt wurden. Doch die dafür gelieferten Erklärungen waren andere und in sich widersprüchlich: Da hieß es, die Bilder seien Inszenierung, was man daran erkennen könne, dass sich einzelne

„Leichen“ bewegten. Dann wieder wurde behauptet, sie seien zwar keine Inszenierungen, jedoch seien die Verbrechen nicht von russischen, sondern von ukrainischen Soldaten verübt worden.

Auch nach dem Mord an dem Oppositionspolitiker Boris Nemzow 2015 oder nach der Vergiftung des Ex-Spions Sergei Skripal 2018 wurden bewusst unterschiedliche Versionen in Umlauf gebracht. Einmal in der Welt, lassen sie sich nicht so einfach entkräften, man kann sich streiten, wie es denn nun wirklich war – und die Wahrheit ist erschüttert. Die Medienwissenschaftlerin Anna Litvinenko konstatiert: „Die Phrase ‚Es ist alles nicht so eindeutig‘ ist zu einem Meme geworden, mit dem man die pro-staatliche Rhetorik im Krieg beschreibt.“¹⁵ Diese Strategie hat nichts mit Perspektivenvielfalt oder Meinungsfreiheit zu tun, vielmehr stellt die Propaganda „eine unübersichtliche Menge an Versionen zur Desorientierung der Rezipient:innen überhaupt erst her“, und „die angebliche Komplexität wird zum Instrument der Manipulation“, erläutert Sylvia Sasse.¹⁶

MIT DER WAHRHEIT STIRBT DIE FREIHEIT

Dieses manipulative Spiel mit der Lüge lässt sich aufrechterhalten, weil immer größere Aggressionen nach außen mit massiveren Repressionen nach innen einhergehen. Und weil mit der Wahrheit auch die Freiheit stirbt: Nahezu wöchentlich werden weitere unabhängige Akteure – Journalistinnen und Journalisten, Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler, Oppositionelle, Aktivistinnen und Aktivisten – auf die diffamierende Liste „ausländischer Agenten“ gesetzt, deren Name bereits bewusst auf den Großen Terror der Stalinzeit anspielt.

Der russische Journalist Maxim Trudoljubow, der seit mehreren Jahren im Exil lebt, bezeichnete den Angriffskrieg gegen die Ukraine kurz nach Beginn in einem Text für das Exilmedium *Meduza* als „Endkampf gegen die Realität“: „Putins alternative Wirklichkeit nicht ernstzunehmen, war ein weit verbreiteter, tragischer Fehler, ein Fehler, den auch ich begangen habe. Diese Politik als virtuell wahrzunehmen, war trügerisch. Die von billig angeheuerten Malern bemalten groben Bühnenbilder erwachen zum Leben und werden zu Tod und Leid.“ Trudoljubow ist überzeugt: „Noch viele Jahre – nach Putin – werden wir in Russland eine Gesellschaft aufbauen müssen, die frei ist von politischen Kulissen und Fiktionen.“¹⁷

Das Video von Putins Besuch in Mariupol war übrigens nur kurzzeitig auf der Website des Kreml abrufbar. Es wurde durch eine gekürzte Version, in der der Ruf der Frau nicht mehr zu hören ist, ersetzt, war allerdings lange genug online, um die Aufmerksamkeit von Social Media zu erregen: Der Telegram-Kanal *Mozhem Obyasnit* berichtete darüber und zeigte das Video in ungekürzter Version – zahlreiche unabhängige russische Exilmedien verlinkten schließlich darauf.

¹ Helmut König: Lüge und Täuschung in den Zeiten von Putin, Trump & Co., Bielefeld 2020, S. 17. Das Russland unter Putin unterscheidet sich darin von Trumps USA insofern, als die Lüge zwar hier wie dort „inflationär“ sei, aber in den USA auf ein mehr oder weniger intaktes Institutionengefüge treffe (ebd.).

² Ebd., S. 134.

³ Andrej Perzew: „Мы внимательно изучили кремлевские методички для СМИ“ („Leitfäden der Propaganda“), in: *Meduza*, 10.10.2022, <https://meduza.io/feature/2022/10/10/my-vnimatelno-izuchili-kremlevskie-metodichki-dlya-smi-napisannye-za-poslednie-polgoda-i-rasskazyvaem-kak-ustroena-realnost-rossiyskoy-propagandy>; deutsche Übersetzung: <https://www.dekoder.org/de/article/staatsmedien-leitfaden-propaganda-praesidialadministration> [letzter Aufruf jeweils: 17.05.2023]; schon nach den Protesten der Opposition im Winter 2011/12 und der sogenannten Ukrainekrise 2014 verschärfte sich die Kontrolle. Die Berichterstattung der Staatssender entsprach bereits damals fast immer der offiziellen Rhetorik. Dazu gehörte auch, dass die staatlichen und staatsnahen Kanäle Teile der russischen Opposition immer wieder als „Fünfte Kolonne“ bezeichnen.

⁴ Riccardo Nicolosi: „Erniedrigte und Beleidigte. Vladimir Putins Affektrhetorik“: „Putins Reden, an denen ein großer Stab von Redeschreibern arbeitet, sind zentrale Orte der Formulierung von politischen Ideologemen, die dann in allen Staatsmedien konsequent propagiert, d. h. ausbuchstabiert und gebildet werden.“, in: *geschichte der gegenwart*, 23.03.2023, <https://geschichte.dergegenwart.ch/erniedrigte-und-beleidigte-vladimir-putins-affektrhetorik/> [letzter Zugriff: 17.05.2023].

⁵ Ebd.: „Das postsowjetische Russland modelliert Putin als einen Emotionsraum, der vom Gefühl einer tiefen Kränkung dominiert wird.“

⁶ Vgl. dazu auch Fabian Baumann auf *dekoder.org*: „Während sein Opponent Petro Poroschenko eine nationalistische Kampagne unter dem Slogan Sprache, Glaube, Armee führte, signalisierte Selensky Gesprächsbereitschaft mit Russland und trat als zweisprachiger Versöhner auf. Selbst inmitten des Kriegs sendet er versöhnliche Botschaften an die russische Bevölkerung und verzichtet auf jegliche Dämonisierung der Russischsprachigen im Land“, 07.03.2022, <https://specials.dekoder.org/putin-angriffskrieg-ukraine-faq/> [letzter Zugriff: 17.05.2023].

⁷ „Simonyan steht unter Schock. Alle Ukrainer sind Bandera-Mitglieder“, www.youtube.com/watch?v=H__OHE0bdqQ [russischsprachiges Video; letzter Zugriff: 17.05.2023].

⁸ Timofei Sergeizew: „Was man mit der Ukraine tun sollte“, in: *Ria Novosti*, 03.04.2022, <https://ria.ru/20220403/ukraina-1781469605.html> [letzter Zugriff: 17.05.2023].

⁹ Anton Krassowski, Sendedirektor beim staatlichen Auslandssender RT, hatte während seiner Gesprächssendung „Antonimy“ (deutsch: „Antonyme“) im Oktober 2022 unter anderem gesagt, dass man ukrainische Kinder, die von einer Okkupation durch Moskau sprechen, ertränken sollte. Julia Davis dokumentiert den Ausschnitt auf Twitter mit englischen Untertiteln: <https://twitter.com/JuliaDavisNews/status/1584054018145685504> [letzter Zugriff: 17.05.2023]; Krassowski wurde anschließend suspendiert, aber strafrechtlich nicht belangt.

¹⁰ Russian Media Monitor: Russian host wishes Ukraine to spend the New Year's Eve in total darkness, 31.12.2022, <https://www.youtube.com/watch?v=8a12kh17B7A> [letzter Zugriff: 17.05.2023].

¹¹ „Russische Staatsmedien schlagen ein Gulag in den besetzten Gebieten der Ukraine vor“, www.youtube.com/watch?v=luZd6sUWrG4 [russischsprachiges Video; letzter Zugriff: 17.05.2023].

¹² Grigori Judin: „Das Massaker von Butscha“, 03.04.2022, deutsche Übersetzung: www.dekoder.org/de/article/butscha-kriegsverbrechen-gewalt-entnazifizierung [letzter Zugriff: 17.05.2023].

¹³ Svetlana Reiter / Grigori Judin: „Die naheliegendste Analogie sind die Jahre 1938/39“, *Meduza*, 01.03.2022, deutsche Übersetzung: www.dekoder.org/de/article/krieg-ukraine-stimmung-russland-judin [letzter Zugriff: 17.05.2023].

¹⁴ Helmut König, a. a. O., S. 132.

¹⁵ Alona Shestopalova / Anna Litvinenko / Magdalena Kaltseis / Tatiana Golova: FAQ#9: Propaganda in Russland – wie und warum funktioniert sie?, *dekoder special*, <https://specials.dekoder.org/faq-propaganda-russland-krieg-ukraine/#q9> [letzter Zugriff: 17.05.2023].

¹⁶ Sylvia Sasse: *Verkehrungen ins Gegenteil*, Berlin 2023, S. 131.

¹⁷ Maxim Trudoljubow: „Endkampf gegen die Realität“, in: *Meduza*, 01.03.2023, deutsche Übersetzung: www.dekoder.org/de/article/krieg-ukraine-putin-realiaet-luege [letzter Zugriff: 17.05.2023].

Wladimir wirkt

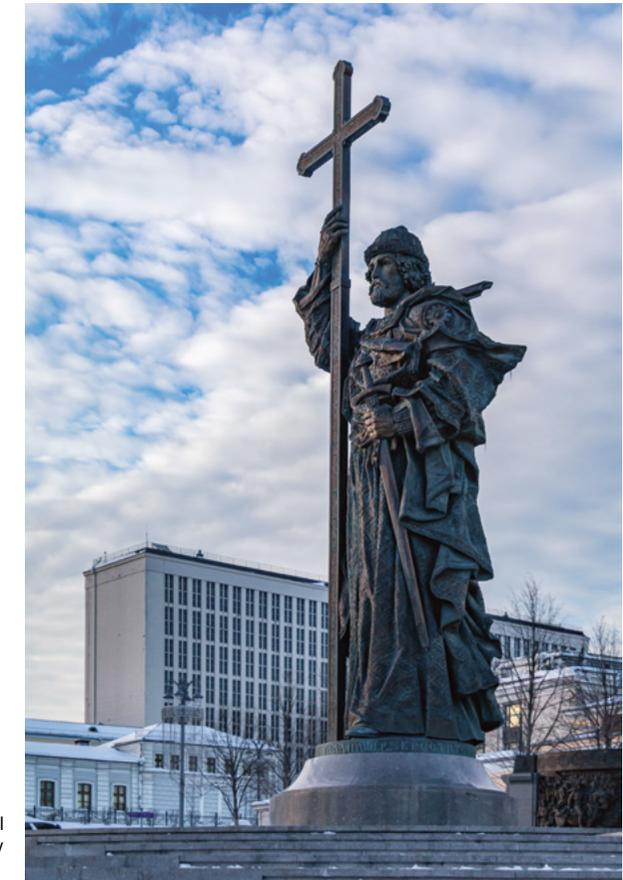
Politische Ikonographie in Russland

INA SCHAEDE

Geboren 1979 in Moskau, promovierte Theologin, Pastorin der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers.

Heilsglauben und Heroismus zu verbinden, ist ein wirksames Motiv in Historienshmökern. Das öffentliche Schwärmen für Felix Dahns auf Nationalstolz zielenden Roman *Ein Kampf um Rom* über die Ostgoten in der Spätantike und sein in Szene gesetztes problematisches Bild von Karl dem Großen als dem „Begründer des Abendlandes“ sorgten noch in den späten 1970er-Jahren für die Präsenz eines Herrscherbildes als deutscher Nationalheiliger – in enger Verbindung mit dem Motiv des Krieges.

Zur Inszenierung eines Herrscherbildes als (literarisches) Denkmal gehört der Fokus auf die Person und die Bildpolitik ihres Körpers. Das Herrschaftsverständnis wird danach fluide von diesem Bild aus gestaltet und medial zur Darstellung gebracht.¹ So ging beispielsweise das *Finger Pointing* als Markenzeichen Donald Trumps mit der Idee von *America First* um die



Fürst-Wladimir-Denkmal
Foto: © picture alliance/
Zoonar | Bruno Coelho

Welt. Angespielt wird auf das berühmte Rekrutierungsplakat für die Armee der Vereinigten Staaten, das der Illustrator James Montgomery Flagg während des Ersten Weltkriegs entwarf. So erinnert Trumps Geste an den Finger von „Uncle Sam“, der entschlossen auf den Betrachter zeigt, und dessen Botschaft „I Want You“.

Putin-Ikonen in Souvenirshops ernteten in der „westlichen Welt“ hingegen bisher nur Kopfschütteln. Medial in Szene gesetzte Bilder der Person Wladimir Putins mit nacktem Oberkörper hoch zu Ross, auf der Jagd nach Hechten oder auf einem „russischen Bären“ reitend, wurden als *Fake Facts* belächelt oder als ein Propagandabild der „Rückkehr des starken Mannes“ oberflächlich interpretiert. Eine nähere Analyse dieses Herrscherbildes und der damit verbundenen Herrschaftsstrategien schien – im starken Kontrast zum Medienhype um die Person und Körpersprache Trumps – damals der Mühe nicht wert. Trotz aller Umbrüche blieb der Blick nach Osten offensichtlich allzu lange dem Status quo ante verhaftet.²

Das von Putin in Szene gesetzte und im Westen unterschätzte Herrscherbild folgt erneut der Verbindung von Heilsglauben und Heroismus und ist Teil einer äußerst wirksamen Authentifizierungsstrategie. Diese könnte darin bestehen, dass in Russland seit Jahrzehnten eine politische Ikonographie des „mittelalterlichen Russland“ als „authentisches Russland“ im öffentlichen Raum aufgerufen und immer wieder aktualisiert wird.³ Sowjetische Historienfilme des legendären Regisseurs Sergei Eisenstein über Alexander Newski oder Iwan den Schrecklichen, die diese Herrscher als Nationalheilige darstellen, haben vermutlich Eingang in die Aktualisierung gefunden. Denkbar sind aber auch frühere Einflüsse der Petersburger Künstlervereinigung *Mir Iskusstwa* („Welt der Kunst“) um das Jahr 1900 sowie Buchillustrationen russischer Märchen von Wiktor Wasnezow (Tretjakow-Galerie), die im politischen Raum über das Zeitalter des sowjetischen Imperiums hinweg bis heute äußerst wirksam sind und mit ihren Herrschaftsbildern ein „authentisches Russland“ zu illustrieren versuchen.

In den 2000er-Jahren lässt sich eine Zunahme des „authentischen“ traditionellen russischen Stils im öffentlichen Raum, etwa des Moskauer Stadtbilds, beobachten. Auf dem Gut Kolomenskoje wurde beispielsweise der Holzpalast Zar Alexejs, des Vaters Peters des Großen, nach alten Skizzen restauriert. Die Kreml-Nachbildung im Freizeit- und Kulturpark *Ismailowo* erfolgte im Stil einer „authentischen“ russischen Architektur, die sich an den Zustand des 16. und 17. Jahrhunderts mit Elementen früherer Epochen anlehnt.



Kreml in Ismailowo

Foto: © picture alliance / imageBROKER | Peter Seyffert

Welche Elemente der Ideengeschichte auch immer einfließen – die Ikonographie eines „authentischen“ Russland ist außerordentlich wirksam und geht ikonographisch weit über die Staatssymbolik hinaus. Längst steht das in Szene gesetzte „authentische“ Russland für ein Nationalheiligtum und einen neuen Heilsglauben, der mit Kreuz und Schwert verteidigt wird. Der Fokus der neueren politisch-religiösen Tendenzen liegt nicht allein auf der nationalstaatlich-kirchlichen Verbindung von „Thron und Altar“, die sich in der Nähe von Wladimir Putin zu Bischof Tichon oder Kyrill I. widerspiegelt. Dabei greift das Narrativ eines „authentischen“ Russland als homogenes Gebilde staatlicher und medialer Machtpropaganda viel zu kurz. Vielmehr bildet sich ein Konglomerat (zum Teil) konkurrierender Elemente und Ideen der eigenen nationalstaatlich-religiösen Identität.

VERMEINTLICH HISTORISCHE „AUTHENTIZITÄT“

Inzwischen bestimmen neuere Reiterstandbilder und Denkmäler historischer Personen, etwa von Iwan IV. oder Wladimir dem Großen, dem bedeutendsten Fürsten der Kiewer Rus, als „Zeugen“ des „authentischen“ Russland den öffentlichen Raum. Was hat diese Flut religiös konnotierter Herrscherbilder zu bedeuten?

Die spätestens seit dem Jahr 2000 zu beobachtende Intensivierung der Präsenz von „heiligen“ Personen, Objekten oder Orten erhält dadurch ihre nachdrückliche Wirkung, dass Motive christlicher Religion mit den historischen Personen, Objekten, Orten oder gar Landesteilen (Krim) verschmolzen und im Sinne einer vermeintlich historischen Authentizität für „wahr“ befunden werden. Die scheinbar authentischen Bilder des Heiligen werden im Kontext des Politischen mit künstlerischen Mitteln visualisiert und inszeniert. Diese Form beziehungsweise dieser politische Stil der Bildbenutzung dient dazu, Bilder in sichtbare Affektbilder zu verwandeln, deren Wirkung sich die sie betrachtende Person kaum entziehen kann.⁴

„Wladimir“ wirkt! So, wie die Hostie im Herrenmahl, die Heilige in der Reliquie, der Fußballheld im Trikot oder „der Geliebte in der Haarlocke“⁵ strahlt das Herrschaftsbild des „authentischen“ Russland über Person und Körper Wladimir Putins und des „Systems Putin“ hinaus – als Konglomerat im Kontext des Religionspolitischen. Für die Deutung der hier beschriebenen Dynamik im europäischen Raum gibt es bisher wenig Erfahrung.

Diese Behauptung lässt sich an keinem anderen als dem Fürst-Wladimir-Denkmal in Moskau so gut verdeutlichen (siehe Foto Seite 97). Die den gesamten Körper abbildende Bronzestatue in der Nähe des Roten Platzes überragt die sie umgebenden Gebäude im Stadtraum. Das Gesicht und die muskulösen Hände (mit Rüststücken), Augen, Nase und Mund treten scharf hervor. Das halblange Haupthaar und die Barttracht, Helm, Gewand, Schmuck

und Gürtel sind Elemente mittelalterlich-christlichen Ikonographik. Dieser „Wladimir“ ist ikonographisch nahezu identisch mit Wiktor Wasnezows „Bogatyr“, einem mythischen Helden. Auffällig an der Statue ist insbesondere das monumentale Kreuz, das bis zum Himmel zu reichen scheint. Die rechte Hand umschließt dieses Wallfahrts- und Prozessionskreuz, während die bloße linke Hand die Klinge eines Schwerts umgreift.

MIT KREUZ UND SCHWERT

Diese Kolossalstatue der umstrittenen historischen Fürstenperson Wladimir I., der als Verfechter der Christianisierung der Heiligen Kiewer Rus verehrt wird, wurde im Jahr 2016 aufgestellt. Der Bildhauer Salavat Scherbakov hat sich auf monumentale Herrscherbildnisse männlicher historisch-mythischer Personen aus der Geschichte Russlands spezialisiert. In Interviews spricht er von dem künftigen Schicksal Russlands, das eine Schlüsselrolle in der Weltgeschichte innehat. Wladimir Putin wirkt ikonisch als „Wladimir“ durch das Antlitz des heiligen Wladimir hindurch in den öffentlichen Raum als *imitatio Christi*.⁶

Dieses neue Herrschaftsbild mit Kreuz und Schwert in Verbindung mit Heilsglauben und Heroismus ist nicht (nur) als bildpolitische Propaganda zu beurteilen. Es sind Formen postsäkularer Auratisierung im öffentlichen Raum, die auf eine neuartige hybride Religion in Rückgriff auf Elemente christlichen Glaubens schließen lassen. Diesen Glauben zu beschreiben und zu deuten, könnte ein Schlüssel zur Verständigung und zur Friedenssicherung in Europa sein.

¹ Zu personalisierten Inhalten im öffentlichen Raum vgl. Anke Finger / Manuela Wagner (Hrsg.): *Bias, Belief, and Conviction in an Age of Fake Facts*, London 2023.

² Bernd Löhmann: Editorial, in: *Die Politische Meinung*, CCCP. Der lange Schatten des sowjetischen Imperiums, 67. Jg., Nr. 577, November/Dezember 2022.

³ Vgl. Martin Sabrow / Achim Saupe: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): *Historische Authentizität*, Göttingen 2016, 8. Auflage.

⁴ Vgl. Wilhelm Gräb: „Sinnsuche. Transformationen des Religiösen in der modernen Kultur“, in: Dorothee Böhm et al. (Hrsg.): *Erscheinungen des Sakralen*, Bonn 2011, S. 9–22, S. 10.

⁵ Philipp Stoellger (Hrsg.): *Präsenz im Entzug*, Tübingen 2011, S. 5.

⁶ Dazu etwa Ute Kreibich: *Die Entwicklung der russischen Ikonenmalerei von Theophanes dem Griechen bis Andrej Rublev*, S. 5 ff.

Große Ernüchterung

Über die Autorität des Rechts in den internationalen Beziehungen

MATTHIAS HERDEGEN

Geboren 1957 in Schwarzenbach am Wald, Direktor des Instituts für Öffentliches Recht und Direktor des Instituts für Völkerrecht, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Jüngst erschienen: „Heile Welt in der Zeitenwende“ (C. H. Beck).

Herr Professor Herdegen, kann das Völkerrecht in den internationalen Beziehungen „Autorität“ entfalten?

Matthias Herdegen: Wenn wir im Völkerrecht von Autorität sprechen, meinen wir in erster Linie die steuernde Kraft des

Völkerrechts. Thomas M. Franck hat das als *pull to compliance* bezeichnet, also als Anreiz zur Befolgung einer Regel. Dazu gehört, dass Rechtsregeln in der internationalen Ordnung als rational und legitim erachtet werden. Zur Autorität gehört auch, dass sich Staaten nicht in der Typik durch bestimmte Regeln überfordert fühlen. Wichtig ist für die Geltungskraft des Völkerrechts, dass es abgesichert ist durch ein Gleichgewicht der Kräfte im internationalen Gefüge und durch institutionelle Sicherungsmechanismen wie die internationalen Gerichte und andere Organe der Streitbeilegung.

Die Autorität des Völkerrechts in der Binnenstruktur der Staaten hängt davon ab, inwieweit ein Staat völkerrechtliche Bindungen verinnerlicht. Für einen Staat wie die Bundesrepublik Deutschland und andere europäische Staaten ist ein völkerrechtswidriges Handeln keine politische Option. Das gilt aber nicht für alle Staaten.

Blickt man auf die Entwicklungen der letzten dreißig Jahre zurück, wo steht das Internationale Recht heute?

Matthias Herdegen: Nach der Beendigung des Kalten Krieges haben George Bush senior und Michail Gorbatschow die neue Weltordnung ausgerufen, die „New World Order“, in der sich die großen Mächte zusammengefunden haben im Bemühen um eine dauerhafte Befriedung der internationalen Ordnung. Francis Fukuyama hat seinerzeit vom „Ende der Geschichte“ gesprochen. Das hat sich aus der Rückschau als allzu optimistisch erwiesen.

Wir sind mittlerweile weit hinter frühere Standards zurückgefallen, das Gewaltverbot ist noch fragiler geworden, als es in der Rechtswirklichkeit schon immer war. Wir haben eine sehr selektive Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch die Vereinten Nationen, insbesondere durch den UN-Sicherheitsrat. Bei den Menschenrechten sehen wir einerseits einen steten Ausbau bis zu einer Art Hypertrophie im europäischen Kontext, während andererseits in weiten Teilen der Welt elementare Menschenrechte notleidend sind.

Im Bereich des internationalen Handels und im Investitionsschutz wurden dichte Regelungswerke entwickelt, die in einem beachtlichen Maße auch be-

folgt werden. Ebenso gibt es beim Umweltschutz manche, zäh erarbeitete Fortschritte. Beim Klimaschutz sind die vertraglichen Verpflichtungen recht elastisch. Es ist eine deutsche und europäische Illusion, dass unsere relativ kostenaufwendige Agenda zur Reduktion der CO₂-Emissionen den Rest der Welt anspornt. China baut mit seinen Exportüberschüssen lieber Flugzeugträger. Auch bei der Unternehmensverantwortlichkeit für Menschenrechte und Umwelt in Lieferketten blickt die Welt eher staunend auf den gutgemeinten europäischen Regelungseifer.

Wie ist die Stimmung unter den Völkerrechtlern: Ernüchterung und Realismus auf der einen, Idealismus auf der anderen Seite?

Matthias Herdegen: In der Tat gibt es eine Mischung aus Idealismus und Realismus. Wir sehen im Völkerrecht ähnliche Muster wie im politischen Denken. Der Idealismus ist in Zentraleuropa noch am stärksten ausgeprägt, während er in Frankreich oder im Vereinigten Königreich schon seit langer Zeit dem Realismus Platz gemacht hat. Die Proklamation der Zeitenwende hat nicht nur in der Politik, sondern auch im Völkerrecht zu einer großen Ernüchterung geführt.

Wir führen vor dem Hintergrund des Angriffs Russlands auf die Ukraine auch neue Diskussionen, etwa über die Frage, inwieweit wir das Recht der Neutralität neu denken müssen. Die Stimmung unter den Völkerrechtlern ist auch abhängig von den einzelnen Rechtsgebieten. Im internationalen Wirtschaftsrecht, im Welt handelsrecht, im Investitionsschutzrecht gibt es ein hohes Maß an Übereinstimmung von normativen Bindungen und

Rechtswirklichkeit; das Gleiche gilt für den regionalen Menschenrechtsschutz, insbesondere in Europa. Auch die Staatenimmunität erfreut sich immer noch einer hohen Befolgung und Zustimmung, aber Kernfragen wie die Achtung der territorialen Integrität sind gefährdet, soweit uns die NATO nicht Schutz bietet. Das Kriegsvölkerrecht, also das Recht im Kriege, das sogenannte Humanitäre Völkerrecht, war lange ein sehr stabiler Regelungsbereich. Das hat sich mit dem russischen Vernichtungskrieg in der Ukraine geändert.

Sie haben den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine als „Epochenbruch“ bezeichnet ...

Matthias Herdegen: Es ist insoweit ein „Epochenbruch“, als ein Prozess rückgängig gemacht wird, bei dem sich eine Großmacht wie Russland zum Völkerrecht als Grenze und Schranke politischer Optionen bekannt hatte. Es war die große Errungenschaft am Ende der Sowjetunion, dass sich die Staatsführung an das Völkerrecht gebunden fühlte und Politik und Interessenverfolgung nur im Rahmen des Völkerrechts betrieb. Davon hat sich das jetzige russische Regime völlig gelöst.

In der jetzigen Situation müssen wir sagen, dass die Begehung von Kriegsverbrechen für Russland einerseits zum System in der militärischen Auseinandersetzung geworden ist. Andererseits zahlt Russland dafür einen sehr hohen Preis, der mittelbar die Autorität des Völkerrechts stärkt. Aber natürlich leidet das Völkerrecht darunter, dass diese Macht trotz ihres Vernichtungsfeldzuges gegen ein Nachbarland weiter ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats ist. In der Dimension ist das nicht vergleichbar mit

Völkerrechtsverstößen, wie sie sich in der Vergangenheit auch westliche Staaten zuschulden haben kommen lassen.

Als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates kann Russland jegliches Eingreifen blockieren. Ist der Sicherheitsrat noch handlungsfähig?

Matthias Herdegen: Wenn wesentliche Interessen Russlands oder Chinas berührt werden, sehen wir, dass der Sicherheitsrat gelähmt ist. Auch die USA haben sich immer wieder – etwa im Interesse Israels – quergestellt, aber ohne den Sicherheitsrat kontinuierlich zu lähmen. Das Problem ist natürlich nicht neu. Die Blockade des Sicherheitsrats ist ein Strukturproblem, das die Vereinten Nationen von Anfang an begleitet hat. Denken wir an den Koreakrieg, der dazu geführt hat, dass die Generalversammlung angesichts der Blockade des Sicherheitsrats eine neue Rolle in Anspruch genommen hat! Darauf greift die UN-Generalversammlung im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg jetzt wieder zurück. Neu ist die grundsätzliche Erschütterung der Legitimität des Sicherheitsrats durch eine völlig unverhüllte Aggressionspolitik Russlands, die nicht einmal den Ansatz eines Versuchs völkerrechtlicher Rechtfertigung bietet.

Russland erkennt die Urteile des Internationalen Gerichtshofs nicht an. Welche Wirkung kann der Internationale Gerichtshof dann noch entfalten?

Matthias Herdegen: Das Problem bei der internationalen Gerichtsbarkeit ist, dass internationale Gerichte nur dann eine Jurisdiktion haben, wenn die Staaten zustimmen. Davon sind die größeren

Mächte mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs abgerückt. Sie haben die Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofs allenfalls noch in speziellen Streitfragen anerkannt. Auch die USA haben sich zurückgezogen, und China lehnt etwa die Anerkennung eines internationalen Schiedsspruchs zum Südchinesischen Meer ab. Es ist ein grundsätzliches Problem der internationalen Gerichtsbarkeit, dass große Mächte nur noch sehr eingeschränkt bereit sind, sich dieser Gerichtsbarkeit zu unterwerfen, oder, wenn sie es einmal getan haben, die Urteile oft ignorieren. Wir sehen, dass eine befriedende Wirkung durch internationale Gerichtsurteile nur dann eintritt, wenn beide Parteien in einem aktuellen Streit noch ernsthaft gewillt sind, sich abschließenden Entscheidungen durch ein internationales Gericht zu unterwerfen.

Die Generalversammlung hat zum Angriffskrieg gegen die Ukraine verschiedene Beschlüsse gefasst. Kann die Generalversammlung in dem Konflikt etwas bewirken?

Matthias Herdegen: Zumindest hat die Generalversammlung für Rechtsklarheit gesorgt. Wenn Sie einen Beschluss der Generalversammlung mit einer überwältigenden Mehrheit haben, der eine Aggression feststellt und der Russland auffordert, sich aus der Ukraine zurückzuziehen, und wenn Sie eine Resolution haben, die die Referenden in der Ostukraine als klar völkerrechtswidrig anprangert, dann gibt es über die Frage der Völkerrechtswidrigkeit als solche keine ernsthafte Diskussion mehr. Die UN-Generalversammlung kann insoweit durchaus eine hilfreiche Rolle spielen.

Ihre Schwäche liegt darin, dass sie kaum operative Fähigkeiten hat. Sie könnte vielleicht Beobachtungsmissionen einsetzen. Aber weitergehende Schritte und Zwangsmaßnahmen bleiben dem Sicherheitsrat vorbehalten.

In Ihrem aktuellen Buch „Heile Welt in der Zeitenwende. Idealismus und Realismus in Recht und Politik“ beklagen Sie den „politischen Gestaltungsanspruch“ der Gerichte insgesamt. Zu welchen Problemen führt dieser Gestaltungsanspruch?

Matthias Herdegen: Dieser Gestaltungsanspruch ist dann problematisch, wenn Gerichte selbst eine eigene politische Agenda verfolgen. Wir erleben das in einzelnen Bereichen im Klimaschutz; deutsche und auch niederländische Gerichtsentscheidungen sind Beispiele dafür. Die Gerichte in anderen Ländern sind viel zurückhaltender und überlassen den politischen Kompass auch den politischen Organen, also den Regierungen und den Parlamenten. Das gilt etwa für die USA, das Vereinigte Königreich, Frankreich oder die Schweiz.

Wir sehen in der Biomedizin oder Reproduktionstechnologie, wie regionale Gerichte, insbesondere regionale Menschenrechtsgerichte, Entscheidungen treffen, mit der Folge, dass für den demokratischen Gesetzgeber nichts mehr zu entscheiden übrig bleibt. Ob das die In-vitro-Befruchtung ist oder ob es darum geht, dass gleichgeschlechtliche Paare nicht nur ein Recht auf eine anerkannte Form der Lebensgemeinschaft haben, sondern auch gerade auf die Ehe, das sind Fragen, die vereinzelt internationale Gerichte, insbesondere Menschenrechtsgerichtshöfe, an

sich gezogen haben, ohne diese Fragen den internen politischen Prozessen und der Mehrheitsentscheidung zu unterwerfen.

Welche Chancen und Grenzen des heutigen Völkerrechts sehen Sie?

Matthias Herdegen: Wir müssen schärfer differenzieren zwischen bestimmten Regeln, die global, universell für jedes Mitglied der Staatengemeinschaft gelten, und jenen, die nur in bestimmten Staaten gültig sind. Zu den universellen Regeln gehören das Gewaltverbot und der Schutz der territorialen Integrität. Dazu gehört auch der Kern der Menschenrechte. Aber nicht alles, was wir in Europa menschenrechtlich gern geschützt sehen, ist etwas, von dem wir erwarten können, dass dies alle anderen Staaten genauso für sich verinnerlichen. Das bedeutet dann auch einen geschärften Blick auf die Realitäten.

Wir müssen uns auch von der Illusion verabschieden, dass das Strafrecht ein Allheilmittel ist. Der Haftbefehl, den der Strafgerichtshof gegen Wladimir Putin erlassen hat, ist ein starkes Signal, aber vollzogen wird er erst dann, wenn es zu einem Regimewechsel in Russland kommen sollte.

Es wäre auch wichtig, dass wir bestimmte Regionalorganisationen stärker unterstützen, etwa in Afrika. Diese haben eine durchaus hilfreiche Wirksamkeit im Dienste des Völkerrechts und im Sinne der Stabilisierung innerer Ordnungen entfaltet.

Sie haben die Idee einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts als einen deutschen „Sonderdenkweg“ bezeichnet. Was meinen Sie damit?

Matthias Herdegen: Die Vorstellung einer Konstitutionalisierung, die insbesondere in Deutschland kultiviert wird, hängt der Idee an, das Völkerrecht sei so etwas Ähnliches wie eine Verfassung, die ein hohes Eigenleben hat, das von Gerichten und klugen Rechtsprofessoren immer wieder ausgelegt und angereichert wird. Diese Analogie greift ins Leere, weil das Völkerrecht eben keine Verfassung ist und die Staaten keine Bürger eines konstitutionellen Staatswesens sind, sondern souveräne Gebilde. In diesem Punkt gilt das Konsensprinzip. Wir haben gewohnheitsrechtliche Verpflichtungen und im Übrigen die vertraglichen Verpflichtungen, die die Staaten bewusst für sich übernehmen.

Ich halte es für problematisch, wenn wir im Wege der Rechtsauslegung Verträge ständig fortentwickeln in einem bestimmten, einer Zeitströmung nützlich und wertvoll erscheinenden Sinne – oft mit einem Ergebnis, an das die Vertragsstaaten und ihre Parlamente bei der Ratifikation nie gedacht haben. Das sind Entwicklungen, wie wir sie vielfach vor allem bei den europäischen Verträgen sehen. Im alten Kontinent wird das noch weithin hingenommen, aber für den Rest der Welt gilt, dass man dieses Modell eines letzten Eigenlebens von Verträgen, die man ständig fortentwickelt, ohne dass die Vertragsstaaten selbst eine Mitsprache haben, nicht durchsetzen kann. Auch der Brexit hat etwas mit diesem Überrollen der Politik durch dynamische Vertragsauslegung zu tun.

Deutschland betont die Wichtigkeit von Grundwerten in der internationalen Politik. Inwiefern kann und soll Deutschland diese auf internationaler Ebene durchsetzen?

Matthias Herdegen: Es ist wichtig, dass wir Grundwerte mit einer wirksamen, energischen Interessenpolitik verbinden, so, wie das realitätsbewusste Staaten wie Frankreich und das Vereinigte Königreich seit Langem tun. Für diese Verbindung von Werten mit Interessen und die neue Unbefangenheit, sich auch zu eigenen Interessen zu bekennen, die ihrerseits auch wertgetragen sind, brauchen wir einen klaren strategischen Kompass. Wir tun uns hier noch schwer, wenn wir etwa an das Ringen um eine deutsche Sicherheitsstrategie denken, die wir in unseren Gesprächskreisen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cecilienhof in Potsdam bereits vor vielen Jahren angemahnt haben.

Ist eine „feministische Außenpolitik“ dafür der richtige Ansatz?

Matthias Herdegen: Der Schutz von Frauen in Konflikten, in Diktaturen ist ein legitimes Thema; es aber gewissermaßen zur Leitmaxime der gesamten Außenpolitik auszuflaggen, macht aus einer politischen Miniatur den gesamten Kompass, und das ist zu kleinteilig und zu kurz gegriffen. Es gibt der Außenpolitik eine asymmetrische Schlagseite und versagt gerade dann, wenn systematische Menschenrechtsverletzungen vorliegen, die eine Unzahl von Menschen ohne Rücksicht auf ihr Geschlecht oder alle Angehörigen einer Minderheit betreffen.

Die Demokratie als Staatsform steht weltweit unter Druck. Seit längerem zeichnet sich eine schleichende Autokratisierung in einer Reihe von Staaten ab. Wie ist dem zu begegnen?

Matthias Herdegen: Ich halte es für wichtig, dass wir auch in unseren wirtschaftlichen Beziehungen ein stärkeres Augenmerk auf die Binnenstruktur der Staaten richten, dass wir klare Ansagen an autokratische und halbautokratische Regime formulieren, die uns für schwächelnde, überholten Idealen anhängende Länder halten und deswegen meinen, sie müssten uns nicht auf Augenhöhe begegnen.

Mit dem „Regime-Change“ sollten wir vorsichtig umgehen. Wir haben bittere Lehren aus dem Irak, aus Libyen und auch aus Afghanistan ziehen müssen. Wir sollten uns auch von der Illusion verabschieden, dass ein bestimmtes Modell von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einfach in andere Staaten zu exportieren ist. Das, was wir in Afghanistan mit dem Scheitern der westlichen Intervention erlebt haben, wird diejenigen nicht überrascht haben, die Winston Churchills erste Biographie „My Early Life“ gelesen haben, in der er Verhältnisse beschrieben hat, die uns mit Sicht auf das heutige Afghanistan höchst aktuell erscheinen. Die aktuelle Sicherheitsstrategie der USA nimmt klar auf die Differenzierung zwischen Demokratien und Autokratien Bezug und sollte uns insoweit Inspiration sein. Wir sollten die Zusammenarbeit mit Autokratien oder Halbautokratien durch unsere eigenen europäischen Interessen viel stärker konditionieren, als wir das bisher getan haben.

Das Interview führte Ralf Thomas Baus am 9. Juni 2023.

Perversion von Frieden

Vom Nimbus der Friedensbewegung

NORBERT SEITZ

Geboren in Wiesbaden, Soziologe, Buchautor und freier Mitarbeiter des „Deutschlandfunk“.

„Unsere neuen Kriegsnarren, die wir da so alle plötzlich in der Regierung haben, komischerweise. Also gestern haben sie noch den Wehrdienst verweigert, heute kennen sie alle Panzertypen, die in Deutschland oder irgendwo produziert werden – wir

brauchen eine Friedensbewegung, die denen contra gibt.“¹ Mit diesen kämpferischen Worten starteten Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer zum ersten Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine im Februar 2023 ihr „Manifest für den Frieden“. Mit dem Versprechen einer Wiederbelebung der alten Friedensbewegung wird versucht, den Nimbus jener Protestkultur neu anzuzapfen, von der

weiterhin eine beachtliche nostalgische Wirkung auszugehen scheint. Mit seinen knapp 800.000 Unterschriften ist das „Friedensmanifest“ zahlenmäßig allerdings noch überschaubar, gemessen an den vier Millionen Unterschriften des „Krefelder Appells“, der Anfang der 1980er-Jahre gegen den NATO-Doppelbeschluss veröffentlicht wurde.

Die alte Friedensbewegung verfehlte ihr Ziel. Die NATO-Nachrüstung und das fortgesetzte Wettrüsten wurden zur Sollbruchstelle für das ökonomisch marode System im Osten. Woher also rühren der Nimbus, der vom Resultat aus betrachtet nur ein Verliererkult sein kann, und die scheinbar moralische Autorität der alten Friedensbewegung? Die Friedensbewegung entsprang dem damaligen Alternativmilieu und ihrer aufkommenden Gefühlsladung für Heimat, Natur, Provinz und Volk. Es „tümelte“ mächtig in der Post-68er-Szene. Die altlinke Protestkultur mit ihrer verbissen kopflastigen Radikalität schien überwunden. Im Lebensgefühl einer nun bunten, basisorientierten Szene spielten Angstbeschwörung und Friedenserhaltung eine zentrale Rolle, fernab aller militärstrategischen Abschreckungs- und Aufrüstungsbemühungen auf der Regierungsebene.

Einer ihrer Protagonisten war der evangelische Theologe und langjährige Anhänger der Ostermarschbewegung Helmut Gollwitzer, der sich im Nachrüstungsstreit zu der Aussage hinreißen ließ: „Kein Deutscher kann diese bedingungslose Unterwerfung der Interessen unseres Volkes unter fremde Interessen, diese Auslieferung der Verfügung über die Existenz unseres Volkes an eine fremde Regierung hinnehmen.“² Diese „rechte“ Tonlage nahm der Essayist und Adorno-Schüler

Wolfgang Pohrt zum Anlass, der Friedensbewegung Spurenelemente deutsch-nationalen Denkens vorzuhalten: „Dass wir hier weitgehend unbehelligt leben können, verdanken wir keiner deutsch-nationalen Souveränität, sondern dem Sieg der Alliierten.“ Und: „Früher haben die Deutschen der Welt den Krieg erklärt, heute versuchen sie, der Welt den Frieden zu erklären.“³

EINFLUSS AUF DIE NACH-RÜSTUNGSGEGNERSCHAFT

Die erste große Demonstration gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise-Missiles fand am 10. Oktober 1981 in Bonn statt. 300.000 Menschen waren dem Aufruf der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste „Gegen die atomare Bedrohung – für Abrüstung und Entspannung“ gefolgt. Die zweite Großdemonstration ereignete sich im Oktober 1983 im Bonner Hofgarten. An den Massenaufmärschen, Menschenketten, Mahnwachen und Blockaden nahmen geschätzte 500.000 Menschen teil.

Am 23. November 1983 entschied der Deutsche Bundestag über die Raketenstationierung. Die Regierung Kohl-Genescher ließ sich durch den Protest der Friedensbewegung nicht beeindrucken, zumal diese längst im Verdacht der Einflussnahme aus Moskau und Ost-Berlin stand. Die SPD war nach dem Kanzlersturz Helmut Schmidts im Oktober 1982 zurückgerudert und hofierte die Protestbewegung nun über Parteichef Willy Brandt, Erhard Eppler und Oskar Lafontaine, um jüngere Jahrgänge für die SPD nicht zu verlieren.

Während vor Kasernen gegen die Ankunft der Pershings mit Mahnwachen protestiert wurde, war die sowjetische Aufrüstung mit der atomar bestückbaren SS-20-Langstreckenrakete für die Bewegung kein Ärgernis. Ein Grund mehr für die Regime in Moskau und Ost-Berlin, die Friedensfrage zu forcieren und über die linientreuen Kommunisten der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Einfluss auf die Nachrüstungsgegnerschaft in der Bundesrepublik zu gewinnen.

Der Historiker Manfred Wilke hatte Einblick in die Moskauer Protokolle zur Friedensbewegung nehmen können. Aus ihnen geht hervor, dass die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) 1980/81 fest damit rechnete, die Protestbewegung in der Bundesrepublik würde so stark werden, dass sie die Stationierung der US-Raketen verhindern könne.

DER „KREFELDER APPELL“ UND DIE DKP

In einem Hintergrundgespräch mit dem Autor vom Juli 2018 schilderte Wilke: „Es ist in der Realgeschichte dieser Friedensbewegung so, dass der Apparat funktionierte, aber ironischerweise weniger für die DKP als für die Grünen. Die Friedensbewegung war die gesellschaftliche Bewegung, aus der die grüne Partei entstand. Und die grüne Partei hat, zumindest was ihre Funktionäre anging, sehr wohl gewusst, dass die DKP bei ihrem Aufstieg eine kleine Rolle gespielt hat, indem sie – wie dies ein Beobachter sarkastisch sagte – dafür sorgte, dass der Lautsprecherwagen da war, dass die Klos da waren, bei den Massendemonstrationen. [Die DKP sorg-

te] für alle nützlichen unauffälligen Dienste, die dem großen Zwecke dienten, die NATO-Raketen zu verhindern.“⁴

Der „Krefelder Appell“ sei eine „Glanzleistung“ der DKP gewesen – so Manfred Wilke –, war es ihr doch gelungen, zwei Ikonen der damaligen Friedensbewegung, Petra Kelly und General Gert Bastian, zur Unterschrift zu bewegen, obwohl die grüne Pionierin das Regime der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) mit der Unterstützung der Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ aktiv bekämpft hatte und sich dafür auch auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin verhaften ließ. Mit deren kostbaren Signaturen konnten sich die Betreiber des „Appells“ ihren Protest als eine „unabhängige Friedensbewegung“ schönreden.

Parteichef Herbert Mies zeigte sich auf dem DKP-Parteitag von 1981 voll des Lobes über die „friedenspolitische“ Basisarbeit seiner moskauhörigen Truppe: „Klar ist, die Friedensbewegung in der Bundesrepublik von heute ist eine Bewegung neuer Dimensionen, eine Bewegung vielfältiger Kräfte, eine Bewegung mit einer unübersehbaren Ausstrahlungskraft. Das ist das Ergebnis des Wirkens aller Kräfte, die seit Jahr und Tag in Friedenskomitees engagiert sind. Das ist mit ein Ergebnis des Wirkens von uns Kommunisten.“⁵

Trotz der Präsenz der DKP sahen Petra Kelly und Gert Bastian in dem Aufruf zunächst eine „historische Tat“, ehe beide am 19. Februar 1984 die Friedensinitiative aus Protest verließen. Der Grund dafür war, dass die SED-nahen Mitinitiatoren sich geweigert hatten, die unabhängige Friedensbewegung in der DDR zu unterstützen.

Saskia Richter fasst in ihrer Petra-Kelly-Biografie die verschiedenen Deutungen der Friedensbewegung zusammen.⁶

Wohlvollend betrachtet, habe Kelly zur Abrüstung im Ost-West-Konflikt beigetragen, auch wenn sie die Nachrüstung nicht verhindern konnte. Außerdem sei es ihr gelungen, der westdeutschen Demokratie neuen außerparlamentarischen Schwung zu verleihen.

SCHWERE INNERE ZERREISSPROBEN

Doch gibt es auch kritische Bewertungen: Die Friedensbewegung habe weder politische Entscheidungen noch militärische Maßnahmen beeinflussen, geschweige denn verhindern können. Stattdessen sei sie nur mit „hysterischen Angstbekundungen“ (Hans-Ulrich Wehler) in Erscheinung getreten. Schlimmer noch: Die Friedensbewegung habe sogar zum Scheitern von Abrüstungsgesprächen beigetragen, „weil die Sowjets sich durch das anhaltende Geschrei über die wahren Verhältnisse in der deutschen Bevölkerung täuschen ließen und auf die falsche Karte gesetzt haben“.⁷

Trotzdem ist es nicht von der Hand zu weisen, dass die Bewegung eine in der Bevölkerung weit verbreitete Angst- und Bedrohungsstimmung artikuliert hat. Es herrschte Verdruss über den Rüstungswettlauf, den man mit der Entspannungspolitik in den 1970er-Jahren gebremst zu haben glaubte. Viele waren es leid, zu hören, dass die Friedenserhaltung nur auf immer höherem atomarem Niveau zu sichern sei. Doch trotz ihrer vielerorts erhörten Weckrufe sollten auf die Friedensbewegung seit dem Epochenbruch und dem Niedergang des Weltkommunismus schwere innere Zerreißproben zukommen.

Während des Zweiten Golfkriegs bildeten sich 1991 zwei Fraktionen aufseiten der Linken heraus: die sogenannten „Bellizisten“ um den Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger, der Saddam Hussein mit Adolf Hitler verglich und die universalistischen Werte des Westens beschwor, sowie die Pazifisten aus der alten Friedensbewegung, die auf weißen Tüchern mit der Losung „Kein Blut für Öl“ firmierten und eisern an ihrem Feindbild NATO festhielten. Dass Saddam Hussein in diesem Krieg auch Scud-Raketen auf Israel abfeuerte, änderte nichts an der mehrheitlich waffenabstinenten Einstellung der Bewegung.

Der Kosovokrieg – seit Juni 1999 erstmals mit Beteiligung der Bundeswehr – führte endgültig zur Spaltung innerhalb der Friedensbewegung, symbolisiert durch den Farbbeutelwurf auf Außenminister Joschka Fischer während der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Bielefeld. Es ging um die Frage: Wie legitim ist Pazifismus nach dem Massaker in Srebrenica, dem Massenmord an muslimischen Bosniern während der Post-Jugoslawien-Kriege durch prorussische Tschekisten des Serbenführers Slobodan Milošević? Bedeutete Pazifismus weiterhin nach traditioneller nachkriegsdeutscher Lesart „Nie wieder Krieg!“? Oder war nicht eher eine neue, nicht minder moralisch begründete Betrachtungsweise gerechtfertigt: einen bereits begonnenen Krieg zu stoppen, in dem man dem Angreifer militärisch in die Arme fällt, um kriegführend friedliche Zustände wiederherzustellen, getreu der Devise *Pacem facere*?

In der Auseinandersetzung zwischen den beiden unversöhnlichen Grundpositionen wimmelte es von hinkenden Vergleichen und falschen Analogien im

Umgang mit der jüngsten deutschen Geschichte. Während sich die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) im Kosovokrieg auf Auschwitz berief, als sie die *Out-of-Area*-Einsätze der Bundeswehr auf ehemals von der Nazi-Wehrmacht eroberten Gebieten strikt ablehnte, diente Außenminister Joschka Fischer die Chiffre „Auschwitz“ für das genaue Gegenteil: den ersten kriegerischen Einsatz der Bundeswehr gegen den Aggressor Serbien, um eine Wiederholung des Massenmords wie in Srebrenica zu verhindern.

ANTIAMERIKANISCHE VERBLENDUNG

Immerhin wurde die Debatte völkerrechtlich durch die Einführung des Rechtsinstituts der *responsibility to protect* entschieden – das heißt der Schutzverantwortung und damit der Verpflichtung, im Notfall auch Diktatoren in den Arm fallen zu dürfen, wenn sie die Menschenrechte der eigenen Bevölkerung grob missachteten.

Die alte, kaum noch präsenste Friedensbewegung hatte in den Post-Jugoslawien-Kriegen viel an ihrer Glaubwürdigkeit eingebüßt. Gefangen in ihrer anti-amerikanischen Verblendung und dem ewigen Hass auf die NATO, schien sie nach dem Epochenbruch paralysiert, zur Empathie unfähig und brachte es nicht fertig, zwischen Aggressoren und Opfern zu unterscheiden. Sie war gleichsam der Denke eines „linken“ Treitschke verfallen: „Amerika ist an allem schuld, Amerika ist unser Unglück.“ Eine Auffassung, die heute beim Überfall auf die Ukraine wieder als Hintergrundmelodie zu vernehmen ist.

Für ihr Projekt einer erneuerten Friedensbewegung gegen eine weitere militärische Unterstützung der Ukraine nimmt das „Friedensmanifest“ von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer die Zustimmung aus dem extrem rechten Umfeld der Alternative für Deutschland (AfD) wie auch aus der Querdenker-Szene in Kauf. Denn in bestimmten Kreisen links wie rechts herrscht Einigkeit darüber, dass die Ukraine nur eine „US-Marionette“ sei und Putins Angriffskrieg ein „Notwehrakt“ gegen die nach 1991 alsbald erweiterte NATO. Russlands imperialistische Ziele werden hier als legitime Sicherheitsinteressen wahrgenommen.

Was aber ist ein Friedensbegriff wert, der auf eine antitotalitäre Unterscheidung zwischen Demokratie und Diktatur verzichtet?

Die „neue“ Friedensbewegung, soweit es sie überhaupt schon gibt, geriert sich moralisch ebenso fragwürdig wie die alte. Mit ihrem pervertierten Verständnis von Frieden verwechselt sie den geforderten Waffenlieferungsstopp gegenüber der um ihre freiheitliche Existenz kämpfenden Ukraine mit einer Solidaraktion für das notleidende Volk. Offenbar wäre eine kriegerisch erzwungene Rückkehr der Ukraine in die Tyrannei Russlands für die pharisäerhaften Betreiberinnen des neuen Friedensmanifestes eine gerechte Sache.

Wagenknechts Vorgehen gründet sich auf die kremlerprobte Strategie von Lüge und Täuschung. Das Manifest *lügt*, wenn es ein mehrheitliches Unbehagen in der Bevölkerung an weiteren Waffenlieferungen unterstellt. In Wahrheit plädiert eine relativ stabile Mehrheit nach wie vor für eine militärische Unterstützung der Ukraine. Und das Manifest *täuscht*, wenn es dem Menschenfreund im Kreml ein

diplomatisches Verlangen nach einer Friedenslösung zugute hält, die von den Kriegstreibern und Eskalatoren im Westen aber verhindert würde. So beklagte die jüngst verstorbene frühere Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer in einer Abschiedsbotschaft die Kriegssituation.⁸ Damit meinte die Friedensaktivistin aber nicht den kaum noch für möglich gehaltenen barbarischen Überfall Putins auf die Ukraine und das Erwachen in einer anderen, sinistren Welt mitten in Europa. Eher schien sie erschüttert darüber, dass ihren klüger gewordenen früheren Mitstreiterinnen und Mitstreitern von Bündnis 90/Die Grünen zu dieser imperialistischen Aggression nur noch massiv militärische und keine alten pazifistischen Antworten mehr einfallen.

¹ Vgl. Text zu: „Der Fall Schlageter und das Prinzip Querfront“, in: Deutschlandfunk, Hintergrund-Geschichte aktuell, 04.04.2023, [www.norbert-seitz.de, http://norbert-seitz.de/wp-content/uploads/2023/04/Hintergrund-Schlageter-Querfront.pdf](http://norbert-seitz.de/wp-content/uploads/2023/04/Hintergrund-Schlageter-Querfront.pdf) [letzter Zugriff: 03.05.2023].

² Helmut Gollwitzer, zitiert nach Wolfgang Pohrt: Endstation. Über die Wiedergeburt der Nation. Rotbuchverlag, Berlin 1982.

³ Wolfgang Pohrt, a. a. O.

⁴ Manfred Wilke, Gesprächsprotokoll des Autors vom Juli 2018.

⁵ Vgl. Herbert Mies: „Parteitagrede 1981“, in: Vor 50 Jahren: Gründung der DKP, Deutschlandfunk, Hintergrund-Geschichte aktuell, 25.09.2018, www.norbert-seitz.de.

⁶ Saskia Richter: Petra Kelly. Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2010.

⁷ Zitiert nach Saskia Richter, a. a. O.

⁸ Antje Vollmer: „Was ich noch zu sagen hätte“, in: Berliner Zeitung, 23.02.2023, www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/ein-jahr-ukraine-krieg-kritik-an-gruenen-antje-vollmers-vermaechtnis-einer-pazifistin-was-ich-noch-zu-sagen-haette-li.320443 [letzter Zugriff: 03.05.2023].

Wo sitzt die Macht?

Zur Visualisierung von Autorität im Parlamentarismus

BURKARD STEPPACHER

Geboren 1959 in Wiesentheid/Unterfranken, promovierter Politikwissenschaftler, Honorarprofessor der Universität zu Köln, Mitglied der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste, Altstipendiat und Mitarbeiter der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Christoph Schönberger: Auf der Bank. Die Inszenierung der Regierung im Staatstheater des Parlaments, C. H. Beck, München 2022, 282 Seiten, 29,95 Euro.

Allein sitzend, rechts neben dem Rednerpult des Deutschen Bundestags: Das sind bekannte ikonische Darstellungen deutscher Bundeskanzler, womit deren herausgehobene Rolle als Regierungschefs optisch unterstrichen wird. Wenn diese Bilder in den Medien gezeigt werden, dann kommt es offenbar mal wieder „auf den Kanzler an“ oder, wie in den Jahren zwischen 2005 und 2021, auf die Kanzlerin.

Wie wird Herrschaft, wie das Verhältnis von Legislative und Exekutive, sei es in Deutschland, sei es in anderen Staaten, öffentlich dargestellt? Gibt es Unterschiede

zwischen parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystemen? Bilder erzeugen Sinn, sie besitzen ihren eigenen Logos: Herrschaftsbilder bleiben in Erinnerung, kluge Verfassungstexte nicht so sehr. Bilder sind weitaus wirkmächtiger als Texte und Zahlen. Von den alten Hochkulturen der Sumerer und Ägypter bis hin zu Päpsten, Königen und (Provinz-) Fürsten der Gegenwart bewirken Bilder tiefgreifende Vorstellungen von Herrschaft, die sowohl in dem individuellen wie in den kollektiven Gedächtnissen bleiben.

Der Jurist Christoph Schönberger, Direktor des Seminars für Staatsphilosophie und Rechtspolitik an der Universität zu Köln, untersucht in einer exzellenten Studie die visuelle Repräsentanz von Regierungen im Parlament. Schon mit dem präzise formulierten Untertitel macht Schönberger darauf aufmerksam, dass Herrschaft in einer Demokratie der Repräsentation bedarf und auch öffentlich inszeniert werden muss. Wollte man darauf verzichten, bestünde der Verdacht, dass etwas verschleiert wird.

Wie ist also das Verhältnis der Herrschenden zum Staatsvolk und seinen Repräsentanten? Im Parlament kann die staatliche Verfassung praktisch deutlich werden, auch und gerade wenn einzelne Akteure dabei nicht immer einen regulären Platz haben.

Der Kanzler also vorn und erhöht? In anderen Parlamenten sind die Exekutive und ihr Chef oft völlig anders positioniert: In London sitzt der Premierminister im House of Commons inmitten „seiner“ parlamentarischen Mehrheit; in der französischen Assemblée nationale ist die Regierung ebenso wie im spanischen Parlament in den ersten Reihen des Halbkreises mit Blick zum Parlamentspräsidenten po-

sitioniert; in der italienischen Abgeordnetenkammer sitzt die Regierung umgekehrt „zu Füßen“ des Parlamentspräsidenten, jedoch Auge in Auge mit den Abgeordneten. Im Bundeshaus in Bern gibt es im Nationalratssaal des Schweizer Parlamentsgebäudes lediglich vier Plätze für die sieben Bundesräte (Regierungsmitglieder), räumlich zudem aufgeteilt und eingefügt zwischen dem Nationalratspräsidium und den Stimmenzählern. In den USA hat die Regierung im Kongress überhaupt keinen eigenen Platz; allenfalls wird der Präsident einmal im Jahr im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kammern des Kongresses für die Rede zur Lage der Nation als Gast empfangen.

Offenbar existieren, historisch und vom Verfassungsverständnis her begründet, unterschiedliche politische Traditionen, die in der jeweiligen Innenarchitektur der Parlamentsgebäude zum Ausdruck gebracht werden.

Das Erbe der historischen ständestaatlichen „rechteckigen“ Saalordnung ist am ehesten noch im britischen Unterhaus erkennbar. Von Frankreich ausstrahlend, ist heute jedoch der Halbkreis eines der häufigsten Parlamentsmodelle, verschiedentlich auch die Ellipse oder der Kreis.

PUTIN AM ÜBERLANGEN TISCH

Kernfrage bei der Sitzordnung ist das zugrunde liegende Bild der Staatsrepräsentation. In Russland oder China wird Herrschaft anders abgebildet: Es gibt zwar Bilder von Wladimir Putin im Parlamentsgebäude der Staatsduma, weitaus bekannter politische „Ikonen“ sind hingegen

Aufnahmen dieses „Zaren“ beim Durchschreiten großer Türen, allein sitzend im Kreml vor handverlesenem, andächtigem Publikum oder bei der Audienz an einem überlangen Tisch. Bei den nur einmal jährlich stattfindenden Tagungen des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China wiederum residiert der Staats- und Parteichef auf einer Tribüne im Zentrum mehrerer Tausend Delegierter.

Im präsidentialen US-System mit seiner strengen Gewaltenteilung wird die Macht des Präsidenten idealtypisch am Schreibtisch des Weißen Hauses abgebildet oder aber bei der jährlichen Rede zur Lage der Nation als Gast vor beiden Kammern des Kongresses. Entstanden aus der englischen Tradition, erinnert das an eine Thronrede, sodass auch keine Diskussion stattfindet. Politischer Dialog findet bei den Pressekonferenzen im Weißen Haus statt; allerdings nicht mit gewählten Volksvertretern, sondern mit Journalisten als Vertretern der Öffentlichkeit.

RAUMORDNUNG ALS CHOREOGRAPHISCHES ELEMENT

Wie funktionieren Kommunikation und Interaktion im Parlament, in dessen Namen das Wort *parlare* (sprechen!) von zentraler Bedeutung ist? Welche Botschaft vermittelt die Sitzordnung? Ausgehend vom Plenarsaal des Deutschen Bundestags in Berlin, untersucht Schönberger historisch kundig und instruktiv das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament im Plenarsaal und vergleicht es mit früheren räumlichen Inszenierungen sowie mit anderen demokratischen Staaten.

Die Raumanordnung ist dabei jeweils ein wesentliches choreographisches Element. Wie wird der Dialog durch den Raum strukturiert? Wie sitzen die Abgeordneten, im Kreis, im Halbkreis? Gibt es ein Oben, ein Unten, ein Vorn? Wo ist das Zentrum, wo sind die Pole der Interaktion? Zwei parlamentarische Modelle lassen sich erkennen: Im Deutschen Bundestag bildet, ähnlich wie in der französischen Assemblée nationale, das Rednerpult unterhalb des Präsidenten das Zentrum der Interaktion. Von hier aus sprechen die Parlamentarier, ebenso die Regierungsmitglieder und gegebenenfalls auch die Bundesratsmitglieder.

In Deutschland ist die Regierung seit der Reichsgründung 1871 neben dem Parlamentspräsidium und gegenüber den Abgeordneten erhöht positioniert. Schönberger sieht darin eine Art „Thronersatz“. Versuche, dies nach 1945 zu ändern, blieben trotz verschiedener Anläufe und umfangreicher Diskussionen letztlich ohne Erfolg: Der Vorschlag des Architekten Hans Schwippert 1948 für eine kreisrunde Sitzordnung im Bonner Plenarsaal scheiterte ebenso wie Überlegungen der 1950er-Jahre für eine sogenannte Westminster-Lösung. 1969 wurde immerhin die „erhabene“ Regierungsbank bei einem Umbau um fünf Stufen abgesenkt. Die „Loge war im Parterre angekommen“, kommentiert Schönberger.

Mit dem in den 1980er-Jahren geplanten neu errichteten Bonner Bebnisch-Bau wurde zwar ab 1992 eine optisch ansprechende „demokratische“ Kreislösung geschaffen, doch die großen Abstände zum Rednerpult und andere Mängel ließen das Parlament nicht wie erhofft „interaktiver“ werden, sodass nach der Deutschen Einheit beim Bau des völlig neu

konzipierten Berliner Bundestagsplenums in der Hülle des historischen Reichstagsgebäudes vom kreisrunden Plenum wieder Abstand genommen wurde.

ENKLAVE FÜR DIE REGIERUNGSBANK

Mit der heutigen, elliptisch gestauchten Kreislösung wurde in Berlin eine Kompromisslösung gefunden, mit der alle Beteiligten seit 1999 überwiegend zufrieden sind. Das Rednerpult in der Mitte ist das Zentrum des Raums, die Regierungsbank eine Art „Enklave im Plenarsaal“.

Im Bundestag findet die politische Auseinandersetzung zwischen der Regierung und der sie tragenden Parlamentsmehrheit auf der einen Seite und der parlamentarischen Opposition auf der anderen Seite fokussiert am Rednerpult statt. Legendär sind die Debatten mit Urgesteinen wie Herbert Wehner (SPD) oder Franz Josef Strauß (CSU), der später auch als bayerischer Landespolitiker von der Bundesratsbank aus am Rednerpult des Parlaments den Bundestag als Forum zur Auseinandersetzung mit der Bundesregierung nutzte. Willy Brandt, Helmut Kohl, Gerhard Schröder, Angela Merkel: Vom Rednerpult aus wirkt das Wort, von der Regierungsbank aus wirkt die visuelle Aura der Macht.

In anderen europäischen Parlamenten, in denen die Exekutive räumlich an-

ders positioniert ist – vom Unterhaus in London bis zum italienischen Parlament – wird üblicherweise vom jeweiligen Platz des Redners gesprochen, sodass sich das Zentrum der Aufmerksamkeit bei jedem Redner im Raum verändert.

In den sechzehn deutschen Landesparlamenten sind beide Formen vorhanden: sowohl die Kreisanordnung, der Halbkreis, als auch die (über)mächtige frontale Anordnung, beispielsweise im 2005 neu gestalteten Plenarsaal des Bayerischen Landtags, in dem die Abgeordneten einer breiten Regierungsbank gegenüber sitzen.

Auch im Europäischen Parlament, in Straßburg ebenso wie im Brüsseler Plenarsaal, sprechen alle Redner üblicherweise von ihrem jeweiligen Platz. Im optisch runden Saal sitzen an den Segmenten links und rechts vom Parlamentspräsidenten die Kommissare beziehungsweise die Vertreter des Rats der Europäischen Union. Es ist aus demokratietheoretischer Sicht erfreulich, dass im Europäischen Parlament, dem zentralen Organ der Europäischen Union, in dem die demokratische Legitimation europapolitischen Handelns abgebildet ist, auch die Interaktion der beiden legislativen Organe mit der Exekutive sichtbar wird. Die Legitimation europäischen Handelns wird nicht durch „Familienfotos“ der im Europäischen Rat versammelten Staats- und Regierungschefs deutlich, sondern in dem von den Bürgern unmittelbar demokratisch gewählten Europäischen Parlament.

„Der Staat ist für den Menschen da“

—
Zum Verhältnis von Bürger und Staat

GISELA MEISTER-SCHEUFELN

Geboren 1956 in Stuttgart, promovierte Juristin, 2012 bis 2016 Kanzlerin der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, 2017 bis 2022 Vorsitzende des Normenkontrollrats Baden-Württemberg.

Die Frage, wie die Politik auf die aktuellen Krisen reagieren soll, lenkt den Blick darauf, wie sich das Verhältnis von Bürger und Staat verändert hat und was dies für die Demokratie bedeutet.

Den Griechen verdanken wir die Grundform der Demokratie, das heißt, dass nicht eine oder mehrere Personen die Herrschaft über das Volk ausüben und

allein entscheiden, sondern die Herrschaft vom Volk ausgeht. Rom verdanken wir das Prinzip der Gewaltenteilung und der Gewaltenteilung. Wesentlichen Einfluss auf die Demokratieentwicklung hatte die Reformation mit ihrer gewaltsamen Befreiung der Individuen aus der Unmündigkeit der Kirche. Die Aufklärung war die Grundlage für die Individualisierung und die Überzeugung, dass Vernunft und Bildung dem Menschen zur Selbstbestimmung verhelfen. Schließlich führte die Industrialisierung zu einem grundlegenden Umbruch der sozialen und ökonomischen Strukturen. In der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika wurde 1787

die Bedeutung des Menschen verfassungsrechtlich als Individuum begründet, was europaweit prägend wurde.

Die Geburtsstunde der deutschen Demokratie ist das Jahr 1919. Die Nationalversammlung beruhte auf allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlen, und auch Frauen durften erstmals wählen. Es gehört zu den großen Schicksalsschlägen der deutschen Demokratiesgeschichte, dass die Demokratie in der Bevölkerung keinen ausreichenden Rückhalt hatte, auch nicht bei den Eliten oder beim Militär, der Richterschaft oder den Beamten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ist es gelungen, die Demokratie in Deutschland sowohl im Staatssystem als auch in der Gesellschaft zu verankern. Als Lehre aus der Vergangenheit enthält die deutsche Verfassung die Ewigkeitsgarantie, wonach der Deutsche Bundestag die Grundrechte der Staatsbürger nicht aufheben kann – durch keine wie auch immer geartete Mehrheit. Ebenso enthält sie eine Bestandsgarantie für die Demokratie, den föderalen Staat, den Rechtsstaat und den Sozialstaat.

Verfasstheit der heutigen Demokratie

Es gibt kaum ein Land der westlichen Welt, in dem die Machtverhältnisse zwischen den Verfassungsorganen so ausbalanciert sind wie in Deutschland zwischen dem Deutschen Bundestag, dem Bundesrat, der Bundesregierung und dem Bundesverfassungsgericht. Diese Verfasstheit sichert allen Bürgern bis heute rechtsstaatliche Freiheiten. Sie schützt sie vor Willkür. Auch dass sich die politischen

Parteien – trotz aller Gegensätze – jeweils zu Regierungskoalitionen zusammenfinden, sichert die Regierungsfähigkeit und zeigt, dass sie bei aller Kritik die notwendige Verantwortung für unseren Staat zu tragen bereit sind.

„Es ist also das Gemeinwesen die Sache des Volkes, ein Volk ist aber nicht jede irgendwie zusammengescharfte Ansammlung von Menschen, sondern die Ansammlung einer Menge, die in der Anerkennung des Rechts und der Gemeinsamkeit des Nutzens vereinigt ist“, so Cicero. Was für eine Aussage, und das im Jahr 51 vor Christus! Sind wir heute in Deutschland eine Gesellschaft, die sich hinter unserer Rechtsordnung versammelt und ein gemeinsames Verständnis von den Vorzügen eines freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaats hat? Die Wahlergebnisse der AfD und der Linken lassen Zweifel daran aufkommen.

Betrachten wir zunächst das Diktum von Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Was bedeutet das? Für Böckenförde, der dies 1964 formulierte, war eine der zentralen Fragen, woraus der Staat lebt und worin er die ihn tragende Kraft und die inneren Regulierungskräfte der Freiheit findet, die er benötigt, zumal die Bindungskraft der Religion für ihn nicht mehr essenziell ist. Eine Demokratie kann ihre Existenz weder mithilfe ihrer Institutionen noch mit der Reichweite ihrer Exekutivgewalt sichern. Sie ist darauf angewiesen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger freiwillig an die Regeln halten und den Staat tragen.

Wie sieht dies aktuell in unserem Land aus? Drei Themenfelder sollen hier zu näher betrachtet werden: Die sozialen

Medien, die Partizipationsbewegung und die Funktionsfähigkeit des Staates.

Kommunikation gehört zum zentralen Instrument der Politik und insbesondere des Regierens. Die Digitalisierung hat der Demokratie neue Spielregeln politischer Öffentlichkeit verordnet. Die Online-Öffentlichkeit ist ohne feste Strukturen und nicht steuerbar.

Die sozialen Medien

Politiker haben es mit einer Netzwerkgesellschaft zu tun, in der Interaktion in grundlegend anderen Formaten stattfindet. Kommunikative Schwärme bilden sich plötzlich und sind ohne erkennbare Anführer – ganz im Gegensatz zu politischen Bewegungen in Zeiten der analogen Demokratie.

Facebook kennt keinen Rudi Dutschke. Gleichzeitig geht die Zahl der Zeitungsleser massiv zurück. Die amerikanische Journalistin Megan Garber meint, dass die sozialen Medien und Online-nachrichten kein Ersatz für Tageszeitungen sind. Für den Zusammenhalt einer demokratischen Gesellschaft sei wichtig, dieselben Nachrichten und Kommentare zu lesen. Dies schaffe ein Gemeinschaftsgefühl. Die gemeinsame Faktenkenntnis verbinde sowohl die Bürger untereinander als auch die Bürger mit dem Staat. Dies geht immer stärker verloren. Hinzu kommt die Manipulationsgefahr. Diese belegt etwa der Wahlkampf von Donald Trump und ganz aktuell der russische Einfluss auf die Meinungsbildung in Deutschland.

Was bedeutet das für unsere Demokratie? Wir können und wollen die sozialen Medien nicht zurückdrehen, jedoch müssen sie staatlich besser kontrolliert werden, und die Medienerziehung in un-

seren Schulen ist unabdingbar. Die Politik muss sich Kommunikationswege suchen, wie sie die Bevölkerung erreicht. Deshalb sind die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender existenziell wichtig. Wir sollten Verfehlungen konsequent ahnden, aber keine Grundsatzdebatten führen und Verfassungsfeinden in die Hände spielen.

Politische Partizipationsbewegung

Deutschland gehört nicht zu den Staaten, die über eine große Tradition politischer Partizipation verfügen. Noch bis in die 1960er-Jahre hinein herrschte bei vielen Bürgern ein Obrigkeitsdenken vor. Dies änderte sich erst mit der 68er-Bewegung. Seitdem gehören Demonstrationen und Unterschriftenaktionen zum politischen Alltag, in Wellen erleben wir Protestaktionen, vor allem der Friedensbewegung, der Atomkraftgegner oder gegen das Bahnhofprojekt Stuttgart 21.

Bürgerinnen und Bürger sind nun endgültig mündig geworden. Die Zivilgesellschaft hat ihre eigenständige Rolle gefunden. Stärkt dies die Demokratie oder wird sie dadurch geschwächt? Grundsätzlich wird man sagen können, dass sie dadurch eher gestärkt wird. Politische Entscheidungsprozesse, vor allem bei Infrastrukturprojekten, finden durch Bürgerbeteiligungen eine bessere Akzeptanz. Es stärkt das Vertrauen der Bürger in den Staat, weil sie zumindest gehört werden.

Gleichwohl darf die Gefahr einer Radikalisierung und Manipulation nicht unterschätzt werden. Dies hat sich zuletzt bei den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen gezeigt. Der Staat muss deshalb wachsam und handlungsfäh sein. Angesichts der Erwartungshaltung einer immer besser ausgebildeten Bevölkerung

und des gewachsenen Selbstbewusstseins der Bürger gegenüber Vertretern staatlicher Einrichtungen sowie der Politik erleben wir aktuell eine weitere Aufwertung von Elementen direkter Demokratie.

Funktionsfähigkeit des Staates

Bis zur Flüchtlingskrise 2015 waren die meisten Menschen der Auffassung, dass die Staats- und Kommunalverwaltung zwar behäbig, aber verlässlich ist. Dieser Eindruck hat sich grundlegend verändert. Der Zweifel an der Funktionsfähigkeit unserer Verwaltung hat sich durch die Pandemie verfestigt. Wir liegen bei eGovernment auf Platz 21 der 27 EU-Staaten, die Genehmigungsverfahren dauern zu lange, und die Überbürokratisierung feiert Urstände. 1948 ist Carlo Schmid beim Verfassungskonvent in Herrenchiemsee für das Paradigma eingetreten: „Der Staat ist für den Menschen da und nicht der Mensch für den Staat“! Dies trifft das Kernproblem des heutigen Kulturverständnisses in vielen Verwaltungen. Überlastet durch die Überregulierung und den Personalmangel sowie einen jahrelangen Rückstau an Verwaltungsreformen, hat sich eine Mentalität in vielen Behörden etabliert, die die Funktionsfähigkeit des Staates einschränkt. Nicht selten wird ausschließlich auf die Einhaltung von Vorschriften geachtet, egal, wie lange ein Verfahren dauert, und egal, was eventuelle Auflagen den Antragsteller kosten. Das Bürokratiemodell von Max Weber, also klare Zuständigkeiten, Hierarchien und die eiserne Regel, dass jeder vor dem Gesetz gleich ist, diente ihm Anfang des 20. Jahrhunderts dazu, ein Exekutiv-

modell als Gegenentwurf zum Willkürstaat zu entwerfen. Darum geht es heute aber nicht. Wir benötigen ein Fitnessprogramm für die Verwaltung, um die Leistungsfähigkeit wiederherzustellen. Dies bedeutet: Staatsmodernisierung, Digitalisierung der Verwaltung, Flexibilität, Kundenorientierung, Teamarbeit, Agilität und vor allem Transparenz der Verfahren und der Verwaltungsleistungen.

Unsere Verfassung bietet nach wie vor einen verlässlichen Rahmen, auf den sich eine immer heterogener werdende Gesellschaft verständigen kann. Die für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat relevanten Organe sind institutionell gut aufgestellt. Die Fliehkräfte der digitalen Welt sowie der Verlust an Gemeinsamkeiten in den Wertvorstellungen einer heterogenen Gesellschaft gefährden jedoch unsere Demokratie im Innern und verlangen entschlossenes Handeln von Politik und Verwaltung. Gleiches gilt für Bedrohungen von außen, das heißt insbesondere für die Beeinflussung demokratischer Prozesse durch ausländische Diktaturen.

Auch die weltweite Flüchtlingskrise stellt eine Herausforderung für unsere Demokratie dar. Wir müssen deshalb als Gesellschaft wachsam sein und uns aktiv für den Erhalt der Demokratie einsetzen. Dies ist neu, weil wir die Komfortzone bürgerlicher politischer Konsumentenhaltung verlassen müssen. Staat und Politik benötigen die Unterstützung der demokratischen Bürgergesellschaft. Und wir wissen, wofür wir uns einsetzen. Wie sagte Winston Churchill: „Wenn es morgens um 6.00 Uhr an meiner Tür läutet, kann ich sicher sein, dass es der Milchmann ist, denn ich weiß, dass ich in einer Demokratie lebe.“

1923: Weg nach Pan-Europa

Richard Coudenhove-Kalergis Traum von einer demokratischen, Frieden stiftenden Weltmacht (Teil II)

PAUL MICHAEL LÜTZELER

Geboren 1943 in Doveren (damals Kreis Erkelenz), Dr. phil. und Dr. h. c., deutsch-amerikanischer Germanist und Vergleichender Literaturwissenschaftler, Rosa May Distinguished University Professor emeritus in the Humanities, Gründungsdirektor des Max Kade Center for Contemporary German Literature, Washington University, St. Louis.

Systematischer als seine Zeitgenossen entwickelte Richard Coudenhove-Kalergi unter dem Titel *Pan-Europa* Pläne zur Einigung des Kontinents, die er immer wieder

den neuen politischen Gegebenheiten anpasste (siehe *Die Politische Meinung*, Nr. 580, Mai/Juni 2023, S. 106–111). Seine Kolonialismusideologie erwies sich allerdings als schwere Hypothek seines Paneuropa-Projekts. Er änderte auch in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg nichts an seiner bereits 1923 überholten Einstellung, dass die paneuropäischen Länder (also vor allem Frankreich, Belgien und Portugal) den Kontinent Afrika nach ihrem Willen ausbeuten könnten. Hatte der Pan-Europäer, der so viel – durch Alfred Fried – über

Pan-Amerika wusste, noch nie von der Pan-Afrikanischen Bewegung gehört? Diese hatte bereits 1900 in London, der größten Kolonialmetropole der Welt, ein aufsehenerregendes Treffen veranstaltet. Hauptthema war die rassistische Diskriminierung von Schwarzen durch weiße Kolonialherren. Hatte Coudenhove-Kalergi nichts von den drei durch den Historiker W. E. B. Du Bois organisierten Pan-Afrikanischen Kongressen in den Jahren 1919, 1921 und 1923 in Paris, Brüssel und London mitbekommen? 1919 fand die Zusammenkunft parallel zur Pariser Friedenskonferenz statt. Damals wurde Woodrow Wilsons Versprechen zur Selbstbestimmung der Völker für Afrika und andere kolonisierte Weltregionen angelehnt. Diese Forderungen wurden 1921 und 1923 immer nachdrücklicher gestellt. Carl von Ossietzky fragte 1930 in seinem Essay über Paneuropa: „Weiß Coudenhove nicht, daß es schon lange eine Bewegung gibt: ‚Afrika den Afrikanern?‘“

DER CHAUVINISMUS ALS GEFAHR

Der Dekolonisierungsprozess im Britischen Imperium setzte bereits im März 1922 ein. Damals endete Großbritanniens vierzigjährige Herrschaft über Ägypten, ein sogenanntes Protektorat, dem seine Souveränität zurückgegeben werden musste und das sich mit einer eigenen monarchischen Regierung neu etablierte. Coudenhove-Kalergi setzte den anderen Weltmächten auseinander, dass die Macht Europas nicht zu unterschätzen sei, weil es „sein afrikanisches Kolonialreich“ besitze. Durch dessen „Erschließung“ könne

„Pan-Europa alle Rohstoffe und Nahrungsmittel, die es braucht, selbst erzeugen und so auch wirtschaftlich unabhängig werden“.

Der Paneuropa-Theoretiker redete jedoch keineswegs einem Rassismus das Wort, wie er Hitlers Ausrottungsphantasien zugrunde lag. Die Nationalsozialisten griffen Coudenhove-Kalergi sowohl aus rassistischen Gründen (seine Mutter war Japanerin) als auch vor allem wegen seiner pazifistischen und antichauvinistischen Pläne für ein vereintes Europa an. Ihre These von einer deutschen respektive germanischen oder „arischen“ Herrenrasse, ihre Absicht, das Christentum als Religion zurückzudrängen und das Judentum zu vernichten, wie auch ihr nationalistischer Hegemonialtraum samt ihren Plänen zur Versklavung und Eliminierung ganzer Völker in Osteuropa: All das stand in direktem Gegensatz zu den zentralen Ideen Coudenhove-Kalergis.

Er schrieb und publizierte *Pan-Europa* 1922/23, noch bevor Hitler den Marsch zur Feldherrnhalle in München unternommen hatte. Erst diese gescheiterte Aktion und der daraus resultierende Prozess machte Hitler als „Führer“ einer rechtsradikalen und antisemitischen Partei allgemein bekannt. Coudenhove-Kalergi erwähnte Hitler nicht in *Pan-Europa*. Erst in den späten 1920er-Jahren, als die Paneuropa-Bewegung Zulauf erhalten hatte, bezog Hitler aggressiv gegen Coudenhove-Kalergi Stellung. In Hitlers *Mein Kampf* sind innenpolitisch die bürgerlichen und marxistischen Parteien sowie als Minorität die Juden die erklärten Gegner. Außenpolitisch wird die Annullierung des Versailler Vertrags gefordert. Verlangt wird ebenfalls die volle Souveränität und Unabhängigkeit Deutschlands sowie die

Eroberung von „Lebensraum“ in Osteuropa, vor allem in Russland, mit Mitteln militärischer Landnahme, wodurch Krieg zum primären Vehikel der Begründung Deutschlands als Weltmacht erklärt wurde.

Es ist, als denke Coudenhove-Kalergi bereits an Adolf Hitler, wenn er damals vermutlich eher Georges Clemenceau und Erich Ludendorff meinte, als er 1923 über die Kriegstreiber in den Jahren nach 1918 schrieb: „Der Staatsmann, der die nächste intereuropäische Kriegserklärung unterzeichnet – unterschreibt damit das Todesurteil für Europa.“ Der „Zukunftskrieg“ mit seinen technisch weiterentwickelten „Zerstörungsmitteln“ ziele mit Sicherheit auf die „Ausrottung der feindlichen Nation“ ab, und seine „Schrecken“ würden „alle europäische Phantasie übersteigen“. Ein solcher Politiker könnte nur einer Clique „herostratischer Verbrechernaturen“ entstammen, die „den Untergang des eigenen Volkes“ in Kauf nähme. Wer solchen „Brandstiftern Vorschub“ leiste, sei „ein Hochverräter an seinem Volke, an Europa“, ja „an der Menschheit“ allgemein.

Coudenhove-Kalergi war überzeugt, dass er mit dem Entwurf eines vereinten Europas ein tragfähiges politisches Konstrukt geschaffen hatte. Diese Sicherheit resultierte aus seiner Kenntnis unterschiedlicher nationaler Kulturen, die er vergleichend studiert und auf Reisen konkret erlebt hatte. Seine Grundthese lautete: „Alle moderne Kultur in Europa ist national.“ Er verstand die nationalen Kulturen als „Kristallisationspunkt[e] der Gesittung und des Fortschritts“. Was er favorisierte, waren transnationale Horizonterweiterungen durch das Studium der Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten, Unterschiede und Gegensätze der europäischen Kulturen. Coudenhove-Kalergi unterschied

streng zwischen einer nationalen Identität, die sich im Dialog mit den Kulturen anderer Länder entwickle, und einem „Chauvinismus“, für den ein „perspektivischer Fehler“ bezeichnend sei.

NATIONALER UND EUROPÄISCHER PATRIOTISMUS

Dem Chauvinisten, so hielt er fest, fehlten „die Maßstäbe zur Einschätzung der eigenen Kultur“. Daraus resultiere oft „nationaler Größenwahn“. Coudenhove-Kalergi deduzierte die nationalen Kulturen nicht aus einer abstrakten Definition europäischer Identität. Was den Angehörigen einer nationalen Kultur zum Europäer mache, sei „die Vertiefung und Erweiterung der nationalen Kultur zu einer europäischen“. Diese „Erweiterung“ vermittele ein „Gemeinschaftsgefühl“, aus dem „europäischer Patriotismus“ resultiere, der „als Krönung und Ergänzung des Nationalgefühls“ zu verstehen sei. Es ist dieser induktive Weg von der nationalen zur transnationalen Kultur, die den Autor im Hinblick auf das Projekt der europäischen Unifikation optimistisch stimmte. Die individuelle Erfahrung europäischer Diversität und Pluralität lasse hoffen, dass die kollektive transnationale Praxis den kooperierenden Nationen zugutekomme. Im evolutionären Prozess der Zusammenarbeit sollte sich das Ziel des europäischen Bundesstaates erreichen lassen.

Der Philosophiehistoriker Dag Nikolaus Hasse hat in seiner Studie *Was ist europäisch? gezeigt*, dass man „koloniale“ und „romantische Denkformen“ hinter sich lassen solle, wenn es heute um die Bestimmung europäischer Identität gehe.

Nicht nur europäische Länder hätten Wertvorstellungen der griechischen und römischen Antike beerbt und Phasen einer Trennung religiöser und weltlicher Herrschaft durchlaufen oder demokratische Regierungsformen entwickelt; umgekehrt sei Europa selbst im Mittelalter kein ausschließlich christlicher und in der Neuzeit kein primär durch Aufklärung geprägter Kontinent gewesen. Das ist richtig, allerdings kann man sich dem Argument Coudenhove-Kalergis nicht verschließen, dass es eine besondere historische Folge und Ausprägung kultureller Konflikte gab, deren Resultate fast überall in Europa Spuren hinterlassen haben. Wenn er von einer „einheitlichen europäischen Kultur“ spricht, ist der Begriff der „Einheit“ nicht im romantischen Sinne des Novalis mit Harmonie gleichzusetzen. Die Geschichte Europas sei geprägt durch permanent sich ändernde Formen des Widerstreits auf allen Gebieten: der Politik, der Religion, der Philosophie, der Ökonomie, der akademischen Forschung und Lehre.

TAKTISCHE ÄNDERUNGEN BEI GLEICHER STRATEGIE

In weiteren Publikationen hat Coudenhove-Kalergi dargelegt, dass er in jedem Jahrzehnt zwischen den 1920er- und den 1960er-Jahren sein Einigungskonzept Pan-Europas modifiziert hat, weil sich in jeder Dekade die historischen Machtkonstellationen veränderten. Als Hitler 1933 seinen chauvinistischen, ebenso gegen West- wie Ost-Europa, das heißt gegen Demokratie und Kommunismus gerichteten Kurs, einschlug, bemühte sich Coudenhove-Kalergi um eine Art Scha-

densbegrenzung. Er wollte dazu beitragen, Hitlers Pläne des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich zu verhindern. Daher kooperierte er mit dem Ständestaat unter Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und hoffte, das faschistische Italien – 1934 noch Schutzmacht des Alpenstaates – von einer Allianz mit Hitler abzuhalten. Ihm schwebte ein „Defensivblock Frankreich – Italien – Kleine Entente – Österreich“ vor. Das ließ sich nicht realisieren, da sich Benito Mussolini 1936 auf den Freundschaftsvertrag „Achse Berlin–Rom“ einließ.

Als Coudenhove-Kalergi in den frühen 1940er-Jahren im amerikanischen Exil an der *New York University* lehrte, suchte er seine Paneuropa-Ideen der Roosevelt-Regierung plausibel zu machen: ebenfalls ohne Erfolg. Der amerikanische Präsident, so meinte Coudenhove-Kalergi feststellen zu müssen, sei davon überzeugt gewesen, dass es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nur zwei Weltmächte geben werde: die USA und die UdSSR. Mit der Sowjetunion glaubte er sich nach der Zusammenarbeit im Krieg auch im Frieden arrangieren zu können. Da Moskau die europäische Einheit verhindern wollte, um Teile Mitteleuropas in seinen Einflussbereich zu bringen, verlor man in der Roosevelt-Administration das Interesse an einem Paneuropa, das von Portugal bis Polen reichen würde.

Coudenhove-Kalergi rief bald nach Kriegsende die Europäische Parlamentarier-Union ins Leben, von der er hoffte, dass ihre Mitglieder das Thema der europäischen Einheit in ihren nationalen Parlamenten zur Sprache bringen würden. Eines ihrer Mitglieder war Konrad Adenauer. Coudenhove-Kalergi hatte früh auf

Adenauer in der Parlamentariergruppe gesetzt. Er behielt recht und formulierte in seinem Buch *Die Europäische Nation*: „Die große Wandlung, die sich seit dem Erscheinen Adenauers auf der politischen Bühne vollzog, war der Übergang der Initiative auf die Regierungen.“ Auch in seinen Lebenserinnerungen von 1958 spielte der bewunderte Adenauer eine große Rolle. Adenauer blieb in den Nachkriegsjahren mit dem Paneuropa-Theoretiker in Verbindung, und er gratulierte ihm anlässlich der Verleihung des Karlspreises im Mai 1950 mit den Worten: „Ich bin aufrichtig erfreut, daß Sie diesen Preis erhalten. Sie verdienen ihn an allererster Stelle.“ Coudenhove-Kalergi unterstützte alle sich ergebenden Integrationsbestrebungen von der Westeuropäischen Union als Verteidigungsgemeinschaft über die Montanunion, die er ja bereits 1923 vorgeschlagen hatte, bis zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der sechs westeuropäischen Länder. Frank Niess betont in seiner Studie *Die europäische Idee*, dass es im Jahrzehnt nach 1945 eine ganze Reihe neuer Europa-Strategen gab, und dass Coudenhove-Kalergi nicht mehr jene primäre Rolle spielte, die ihm in den 1920er-Jahren zugefallen war. Nichtsdestoweniger blieb er eine Autorität, und die Gründungsväter Europas konsultierten ihn.

Als Charles de Gaulle 1958 in Frankreich an die Macht kam, brachte dieser mit Nachdruck seine Vorstellung vom Europa der Vaterländer ohne Souveränitätseinschränkungen der Mitgliedstaaten zur Geltung. Weil Frankreich das politisch dominierende Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war, unterstützte ihn Coudenhove-Kalergi. Damit rückte sein eigentliches Ziel – Paneuropa als Bundesstaat – in weite Ferne. Man

müsse sehen, meinte er, dass in der Ära nach de Gaulle die föderale Struktur erneut angestrebt werde. Zur Beruhigung fünf EWG-Mitgliedstaaten die Kommission als supranationale Institution. Sie war ein Dorn im Auge des französischen Präsidenten, der die volle Souveränität seines Landes für sakrosankt hielt.

WAHLVERWANDTE WELTMÄCHTE

Heute bekommt man den Eindruck, dass es im Europäischen Rat mehr Anhänger de Gaulles als Unterstützer jenes von Coudenhove-Kalergi favorisierten europäischen Bundesstaates gibt. In Krisenzeiten wie jetzt sollten sich die Staatshäupter der Mitgliedsländer der Europäischen Union auf die Warnung des Paneuropa-Strategen besinnen, dass kein europäischer Einzelstaat den Einfluss einer Weltmacht besitzt und nur eine Europäische Union als Bundesstaat Weltmachtstatus erreichen kann. Coudenhove-Kalergi sah im demokratischen Amerika einen strategischen Partner, dem das vereinte Europa – trotz aller Konkurrenz – in „Solidarität“ verbunden sein sollte. Er erhoffte sich von „der Industrialisierung Chinas und dem Wiederaufbau Rußlands“ lediglich ökonomische Chancen für Paneuropa. Dagegen sah er das vielleicht in der Zukunft einmal geeinte Europa und die schon seit Langem vereinigten USA als wahlverwandte Weltmächte an. Zum 100. Geburtstag der visionären Schrift *Pan-Europa* sollte man die Hoffnung nicht aufgeben, dass sich die Alte Welt wirklich einmal vereinigen wird und die Neue vereinigt bleibt.

PUBLIKATIONEN

TikTok ist bei jungen Menschen verbreitet und beliebt. Die am 26. Mai 2023 erschienene qualitative Studie *Lohnt Politik auf TikTok?* zeigt, wie sie die App anwenden und dort mit politischen Informationen umgehen. Diskutiert wird, ob und in welcher Weise politische Akteure und die politische Bildung die Plattform nutzen können.

Obwohl Genf der zweite Hauptsitz der Vereinten Nationen ist, wird seine Bedeutung oft unterschätzt. Der am 18. Mai 2023 publizierte *Kleine Atlas des internationalen Genf* zeigt, dass dort über 45 internationale Organisationen und über 750 Nichtregierungsorganisationen ansässig sind. In Genf findet multilaterale Diplomatie wie an kaum einem anderen Ort der Welt statt.

Die am 9. Mai 2023 veröffentlichte Studie *Generationen über Generationen* befasst sich mit den Einstellungen und Werten verschiedener Altersgruppen. In qualitativen Fokusgruppen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowohl innerhalb ihrer Generationen als auch in altersheterogenen Gruppen. Die Publikation verdeutlicht unter anderem, dass das Thema Generationengerechtigkeit kein entscheidendes Konfliktthema ist.

Im letzten Jahrzehnt hat sich die Anzahl der Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland

deutlich erhöht. Sie sind jedoch überproportional oft im un-beziehungsweise geringqualifizierten „Helferbereich“ tätig, beziehen daher ebenso überproportional Transferleistungen und sind somit deutlich öfter von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen als andere Arbeitnehmer. Um zu verhindern, dass sich zwischen Gruppen unterschiedlicher Herkunft ein soziodemografisches Gefälle bildet oder verfestigt, und zur Ermöglichung von mehr Teilhabe muss in den Bereichen Bildung, Qualifikation und Arbeitsmarktintegration stärker gefördert und mehr von den Beschäftigten gefordert werden, belegt die Analyse *Arbeitsmarktintegration ausländischer Staatsbürger in Deutschland*, die am 9. Mai 2023 erschienen ist.

PERSONALIA

Im Juli 2023 übernimmt Daniela Braun die Leitung des Länderprojekts Philippinen mit Sitz in Manila. Thomas Tödting leitet künftig das Programm Multinationaler Entwicklungsdialo g in New York.

Im August 2023 wird Jan Philipp Wölbern als stellvertretender Leiter für das Länderprojekt Ukraine entsandt; Sebastian Enskat wird die Leitung des Länderprojekts Österreich und des Multilateralen Dialogs mit Sitz in Wien übernehmen; Julia Sandner wird das Regionalprogramm Energiesicherheit und Klimawandel in Lateinamerika mit Sitz in Lima leiten.

Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober 2023 zum Thema

Körper

Höchst umstritten

Mit Beiträgen unter anderen von Katajun Amirpur, Mikita Franko, Thomas Fuchs, Frauke Meta Rostalski und Jörg Scheller.

IMPRESSUM

Nr. 581, Juli/August 2023, 68. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung
Konstantin Otto
Jenny Kahlert (Assistenz)

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung
Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 310-333
kas@frommrasch.de

Herstellung
Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung
Stan Hema GmbH, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen
Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.





„AUF TIEFEM GELÄUF“

Nach dem Punktspiel der Kreisoberliga (1. Herren) SG Motor Trachenberge gegen FV Dresden 06 Laubegast II am 6. Dezember 2015.

Laut Spielbericht endete die Begegnung mit dem Ergebnis 2:3, wurde aber nachträglich aufgrund eines Aufstellungsfehlers mit 2:0 Toren und 3 Punkten für die Heimmannschaft gewertet. Die zwei gelben Karten behielten ihre Gültigkeit.

Foto: © IMAGO / Robert Michael

